Mittwoch, 11. Dezember 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 288 - 50.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Dänemark 8,75 dkr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 140 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 275,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 115 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 150 Pts. Kanarische Inseln 175 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Opec: Nach der Ankündigung der Opec, sie werde gegen die nicht in dem Kartell organisierte Konkurrenz – vor allem Großbritannien – kämpfen, sind auf den internationalen Spotmärkten die Ölpreise stark gefallen. (S. 2 und 9)

Rüstung: Über die weitere Strategie im Dialog mit der Sowjetunion werden die Außenminister der NATO-Staaten morgen und übermorgen auf ihrer Herbsttagung in Brüssel beraten. (S. 5)

Brandt: Nach seinem Gespräch mit dem polnischen Primas Glemp in Warschau erklärte der SPD-Vorsitzende vor der Bundestagsfraktion in Bonn: „Ich fühle mich bestärkt in der Einschätzung, daß Druck von außen den Menschen in Polen nicht hilft." Weiter sagte Brandt, er sei sehr beeindruckt von der Deutlichkeit, mit der der Primas die deutschen Politiker aufgefordert habe, für Klarheit in der Grenzfrage zu sorgen.

Terrorismus: In der linksradikalen Szene werden Pläne für einen neuen Hungerstreik zur Unterstützung der Forderungen von inhaftierten terroristischen Gewalttätern geschmiedet, verlautet aus Kreisen der Sicherheitsbehörden. Es werde versucht, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter Kirchenvertreter, für die Aktion zu gewinnen.

Ausschluß: Im Prozeß gegen den früheren Minister für innerdeutsche Beziehungen, Franke (SPD), ist gestern die Öffentlichkeit erstmals ausgeschlossen worden. Der Vorsitzende Richter, Manthei, erklärte, durch die öffentliche Befragung Frankes zu Details des Ministerhaushalts könnten die öffentliche Ordnung gefährdet und die humanitären Bemühungen der Bundesrepublik in Hinblick auf die „DDR" gestört werden.

Menschenrechte: Zum internationalen Tag der Menschenrechte hat Bundesaußenminister Genscher die UNO noch einmal aufgefordert, einen Hochkommissar für Menschenrechte einzusetzen und einen internationalen Menschenrechts-Gerichtshof zu schaffen.

Lufthansa: Als „völlig unsinnig" hat die Fluggesellschaft einen Bericht der prosowjetischen indischen Tageszeitung „Patriot" zurückgewiesen, wonach unter dem Schutz der Lufthansa-Basis in Bombay jahrelang ein deutscher Spionagering gearbeitet habe.

Polen: Zur Vorbereitung eines Streiks an der Universität von Breslau aus Protest gegen die Entlassungen von Professoren hat der örtliche Untergrundverband der Studentenvereinigung aufgerufen. Die 7000 Studenten sollten sich auf eine Besetzung des Campus einstellen.



Während des Golfkrieges haben viele irakischen Frauen Führungspositionen erreicht. Der Gouverneur von Basra sagt: „Sie arbeiten besser als die Männer." Studenten können bis zum Examen an der Uni bleiben, dann müssen sie an die Front – die meisten Soldaten dienen länger als vier Jahre. Eine Million Ägypter sind im Land; überall sieht man Gastarbeiter, nur an der Kasse nicht. Was hat der Krieg sonst noch verändert? Der Irak bot einen Einblick. Seite 8

WIRTSCHAFT

Wettbewerb: Der steigende Wechselkurs des Yen gegenüber dem Dollar macht amerikanische Produkte auf dem japanischen Markt attraktiver und hilft, den Handelskonflikt zwischen beiden Ländern zu entschärfen. Seit Ende September ist die Parität des Yen um nahezu 20 Prozent auf rund 200 zu einem Dollar gestiegen. (S. 10)

Konjunktur: Eine positive Bilanz der wirtschaftlichen Lage zieht das Bundeswirtschaftsministerium in seinem November-Bericht. Die konjunkturelle Entwicklung stehe im Zeichen eines „nachhaltigen Wirtschaftswachstums", das bereits drei Jahre andauere. (S. 9)

MAN-Bilanz: Nach zwei schlechten Jahren schreibt die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg wieder schwarze Zahlen. Für 1984/85 konnte ein Überschuß von 33 Millionen DM verbucht werden. (S. 11)

Börse: Der Aktienmarkt tendierte auf Grund von Käufen inländischer institutioneller Anleger freundlich. WELT-Aktienindex 248,00 (246,27). Am Rentenmarkt gab es bei steigenden Umsätzen leichte Kursgewinne. BHF-Rentenindex 104,458 (104,358). Performance-Index 108,659 (108,524). Dollar-Mittelkurs 2,5418 (2,5310) Mark. Goldpreis je Feinunze 317,00 (317,40) Dollar.

KULTUR

„Hollywood East": New York ist im Begriff, Hollywood den Rang als Filmmetropole abzulaufen. Die ungeheure Ballung von Menschen, von Geist und Geld, von Pracht und Häßlichkeit, von Hehrem und Niederem bietet eine Kulisse, wie sie Hollywood nicht nachzustellen vermag. (S. 19)

Ausstellung: „Der Weg Gauguins" ist die erste bedeutende Ausstellung im noch jungen Musée du Prieuré bei Paris. Nicht das gewohnte Tahiti-Ambiente, sondern die strengen bretonischen Bilder der frühen Jahre Gauguins bilden den Schwerpunkt der Ausstellung. (S. 19)

SPORT

Ski: Beim Training für die ersten Weltcup-Abfahrten am Donnerstag und Freitag in Val d'Isère (Frankreich) war Michela Gerg (Lenggries) als Fünfte schneller als Olympiasiegerin Michaela Figini (Schweiz). Am schnellsten: Emonet (Frankreich).

Reiten: Die schwer gestürzte Rennreiterin Carola Frobel (22) aus Hannover ist nach 58 Tagen aus dem Koma erwacht. Carola Frobel war am 13. Oktober in Hannover nach einem Sturz von den Hufen ihres Pferdes Bely am Kopf getroffen worden.

AUS ALLER WELT

Test: Die Stiftung Warentest ist schadenersatzpflichtig, wenn sie falsche Testberichte publiziert, urteilte der Bundesgerichtshof (Az.: VI ZR 160/84). (S. 20)

Frank Sinatra: Er ist Amerikas Ideal vom Selfmademan schlechthin. Sie nennen ihn „The Voice" oder einfach „King". Ol' Blue Eyes wird morgen 70. (S. 20)

Wetter: Bewölkt, weitgehend niederschlagsfrei. 3 bis 7 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Reagan hofft auf deutsche Technologie für SDI-Projekt

„Sicherheit des Bündnisses wird erhöht" / Interview für die WELT

FRITZ WIRTH, Washington

Präsident Ronald Reagan hat in einem Interview mit der WELT und drei weiteren europäischen Tageszeitungen die zu erwartende deutsche Beteiligung an den Forschungsarbeiten zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) begrüßt. „Die Vereinigten Staaten schätzen die einzigartigen Errungenschaften der Bundesrepublik in technologischen Bereichen, die direkt in der SDI-Forschung angewandt werden könnten. Wir glauben, daß die technologischen Ergebnisse dieser gemeinsamen Anstrengungen die Sicherheit des gesamten Bündnisses erhöhen werden und daß die Teilnahme der Bundesrepublik und anderer NATO-Verbündeter an diesen Forschungsarbeiten eine enge Zusammenarbeit innerhalb der NATO fördern wird."

Reagan ist zuversichtlich, daß dieses SDI-Programm auch nach dem Ende seiner Amtszeit von seinem Nachfolger fortgesetzt wird. „Demokratien pflegen solche Verteidigungsprogramme zu stützen, die für ihre nationalen Interessen und zur Verteidigung ihrer Freiheit lebenswichtig sind", erklärte er. Die strategische Verteidigungsinitiative sei ein solches Programm. Es werde fortgesetzt werden, weil es die Hoffnung bietet, eine sichere und stabilere Welt zu schaffen, und weil es eines Tages Nuklearwaffen überflüssig machen werde. Reagan machte diese Äußerungen in seinem ersten Interview seit dem Genfer Gipfel in schriftlichen Antworten auf Fragen, die ihm von den Korrespondenten der WELT, des „Corriere della Sera", des „NRC Handelsblad" und der „Neuen Zürcher Zeitung" vorgelegt wurden.

Reagan warnte in Einschätzung dieses Gipfels vor Hoffnungen auf unverzügliche und dramatische Änderungen in den Beziehungen zwischen den Großmächten. „Wir haben keine Illusionen über die Beschaffenheit des Kommunismus und der sowjetischen Außenpolitik. Wir sind uns der Lehren der letzten 40 Jahre bewußt. Unsere Politik gegenüber der Sowjetunion basiert auf einem langfristigen und realistischen Verständnis der Differenzen zwischen uns."

SEITE 4:
Deutsche Industrie drängt
SEITE 6:
Wortlaut des Interviews

Die Beziehungen mit der Sowjetunion waren und werden im wesentlichen immer konkurrenzartig sein, erklärte Reagan, wobei sichergestellt werden müsse, daß dieser Wettbewerb friedlich bleibe. „Generalsekretär Gorbatschow und ich stimmten in Genf darin überein: Ein Nuklearkrieg kann nicht gewonnen werden und darf niemals stattfinden."

Reagan fuhr fort: „Ich habe ihm in Genf alles das gesagt, was ich ihm sagen wollte. Ich bin bereit für die schwierige schrittweise Arbeit, die nötig ist, um dauerhafte Ergebnisse in der Rüstungskontrolle, Menschenrechtsfragen, regionalen Themen und im bilateralen Bereich zu erzielen."

Der US-Präsident äußerte sich enttäuscht darüber, daß die Verhandlungen über einen weltweiten Bann aller chemikalischen Waffen nicht so schnelle Fortschritte machen, wie sie es verdienten. Er zeigte sich jedoch ermutigt über die Tatsache, daß er sich in Genf mit Gorbatschow darauf einigen konnte, die beiderseitige Absicht, die Arbeiten am Abschluß eines effektiven und verifizierbaren weltweiten Verbots von chemischen Waffen zu beschleunigen, in die Schlußerklärung aufzunehmen.

DER KOMMENTAR

Bringschuld für Berlin

GÜNTER ZEHM

Allmählich nimmt die Sache mit dem innerdeutschen Kulturabkommen makabre Züge an. Wieder einmal lanciert Bonn, daß man eine unterschriftsreife Fassung beisammen hätte, und wieder einmal stellt sich heraus, daß diese „endgültige Fassung" weder den Berlinstatus noch das Problem „Preußischer Kulturbesitz" regelt.

In bezug auf Berlin will sich Bonn nach wie vor mit einer bloßen Anfügung der „Falin-Formel" ans Abkommen begnügen, jener Berlinklausel also, die Ost-West-Verträgen automatisch beigegeben wird und die Berlin noch niemals vor schlimmen Diskriminierungen geschützt hat. Der versprochene „Ereigniskalender" mit integrierter Berliner Beteiligung schrumpfte auf ganze zwei (!) ausdrücklich genannte Berliner Beiträge, und niemand weiß, ob man künftig nicht mit Hinweis auf diese zwei genannten alle übrigen Berliner Beteiligungen unterbinden wird.

Auch der „Preußische Kulturbesitz" bleibt im neuesten „endgültigen" Vertragstext weiterhin „ausgeklammert". Die Schätze dieser Stiftung können von Ost-Berlin weiterhin schutzlos aus Ausstellungen entfernt werden. Der öffentliche Unmut über den Gang der Dinge wächst. Nicht nur die Berliner Akademie der Künste mit ihrem Präsidenten Günter Grass warnt vor übereilten Schritten und unausgegorenen Texten, sondern auch die Berliner CDU.

Natürlich kann man die Mannen Diepgens parteipolitisch disziplinieren, und Grassens Akademie ließe sich ebenso leicht in die oppositionelle Ecke lavieren. Aber Bonn sollte das nicht tun. Bonn hat seit der Panne mit den Reiseerleichterungen bei innerdeutschen Verhandlungen eine eindeutige Bringschuld gegenüber dem freien Berlin. Und der optimale Schutz Berlins vor östlichen Diskriminierungs- und Abkopplungsversuchen hat in jedem Falle Vorrang vor anderen „Erfolgen".

„Ein Geheimagent im weißen Kittel"

Kopelew protestiert gegen Friedensnobelpreis an Tschasow / Demonstrationen in Oslo

DW. Oslo

Vor der Aula der Osloer Universität protestierten Hunderte von Menschen gegen die Verleihung des Friedensnobelpreises an die umstrittene Organisation „Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges" und deren negative Symbolfigur Jewgeni Tschasow. Im Saal ging der Vorsitzende des Nobelkomitees, Egil Aarvik, in Anwesenheit von König Olaf, mit keinem Wort auf die Diskussion um das Verhalten des sowjetischen Vize-Gesundheitsministers im Fall Sacharow ein. Aarvik erinnerte an den Eid des Hippokrates, der von den Ärzten einen bedingungslosen Einsatz für den Schutz des Lebens und der Gesundheit verlange. Die mit dem Nobelpreis ausgezeichnete Vereinigung habe wissenschaftlich fundiert die Gefahren für Leben und Gesundheit beschrieben, die von den Atomwaffen ausgingen.

Ebenso wie Aarvik berief sich Tschasow auf den Eid: „Wir können nicht schweigen, wenn wir wissen, was die letzte Seuche – der Atomkrieg – der Menschheit bringen kann." Tschasow zitierte die Worte des französischen Dichters Antoine de Saint-Exupéry: „Warum sollten wir einander hassen? Wir teilen alle denselben Planeten, wir sind die Besatzung ein und desselben Schiffs."

Stärker hätte der Konflikt um Tschasow nicht gekennzeichnet sein können: Aase Lionaes, die Vorgängerin Aarviks im Komitee-Vorsitz, war unter den Demonstranten. „Friedenspreis gegen Sacharow" stand auf einem der Plakate. Ein Spruchband richtete sich an den amerikanischen Vorsitzenden der Ärzte-Vereinigung: „Suchen Sie sich bessere Freunde aus, Dr. Lown."

SEITEN 2 UND 3:
Weitere Beiträge

Als „empörend und beleidigend für alle, die wirklich den Frieden wollen", bezeichnete der in Köln lebende russische Schriftsteller Lew Kopelew die Übergabe des Nobelpreises an Tschasow. Der „Bild"-Zeitung sagte Kopelew: „Herr Tschasow ist ja nicht der legitime Vertreter Tausender gutwilliger Ärzte in der Sowjetunion, sondern ein Geheimagent im weißen Kittel. Er hat nicht nur 1973 mit seiner Unterschrift die Kampagne gegen Sacharow miteröffnet, sondern noch vor wenigen Tagen versucht, Sacharows Verbannung nach Gorki zu rechtfertigen. Das war dumm und gemein. Sacharow geht es doch schlimmer als manchem gemeinen Verbrecher: Er wurde auf der Straße verhaftet. Er wird noch heute ohne jedes Urteil, ohne eine Chance der Verteidigung festgehalten und psychiatrisch behandelt."

CDU-Generalsekretär Geißler hat Tschasow beschuldigt, bei der Verfolgung von Dissidenten mit dem KGB zusammenzuarbeiten. Geißler stützte sich auf einen Bericht des Kölner Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien.

Rodungsarbeiten in Wackersdorf beginnen

lz, München

Heute beginnen die ersten Rodungsarbeiten in einem Wald nahe der bayerischen Gemeinde Wackersdorf, nachdem der bayerische Verwaltungsgerichtshof gestern den Antrag ablehnte, den Bebauungsplan der kerntechnischen Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) zumindest vorläufig auszusetzen. Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung (DWK) kündigte den Einsatz von 30 bis 40 Arbeitern an.

Allerdings wird die Planung der Wiederaufarbeitungsanlage nun doch noch von einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß des bayerischen Landtags geprüft. Nachdem die SPD mit einem ersten Antrag vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof in der vergangenen Woche gescheitert war, stimmt die CSU-Fraktion gestern einem reduzierten Fragenkatalog zu.

Seite 8: Grüne wollen Widerstand

Wirtschaftliche Belebung erreicht den Arbeitsmarkt

pje. Bonn

„Die Zwischenbilanz der Regierungskoalition zur Halbzeit der Legislaturperiode ist in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht positiv, wenn man die Verhältnisse mit denen von vor zwei Jahren vergleicht: Die Wirtschaft befindet sich im dritten Jahr des Konjunkturaufschwungs." „Die wirtschaftliche Belebung ist allenthalben fühlbar geworden und hat auch den Arbeitsmarkt erreicht." Zu diesem Ergebnis kommt die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in ihrem Jahresbericht 1985, den sie heute aus Anlaß ihrer Mitgliederversammlung in Bonn vorlegt. Der Bericht vermerkt weiter positiv, daß sich „Klima und Zeitgeist in der Bundesrepublik gewandelt haben", daß die „ökonomischen Rahmenbedingungen verbessert" seien und die „wirtschaftliche Zukunft für die Unternehmen wieder kalkulierbarer geworden" sei.

Seite 9: Aussichten günstig

Kunst-Austausch in kleinem Rahmen

Streit mit „DDR" um Stiftung Preußischer Kulturbesitz bleibt / Kulturabkommen mit Vorbehalten

H.-RÜDIGER KARUTZ, Berlin

Die „DDR" hält auch nach dem bevorstehenden Abschluß des Kulturabkommens die Stiftung Preußischer Kulturbesitz für eine „revanchistische Konstruktion". Diese Bundeseinrichtung in Berlin wird auch an keiner Stelle des Abkommens namentlich erwähnt. Dennoch zeigte sich Ost-Berlin gegenüber den Bonner Wünschen nach einer faktischen Einbeziehung West-Berlins kompromißbereit: Die „Schaubühne" gastiert mit Anton Tschechows „Drei Schwestern" in der „DDR". Außerdem stellt das Bauhaus-Archiv eine Schau zusammen. Die andere Seite schickt eine Ausstellung mit Bildern des Malers Otto Nagel über die Mauer – Ansichten aus dem proletarischen Berlin der 20er Jahre.

Das Theatergastspiel der Truppe von Peter Stein – sie trat schon 1978 mit den „Sommergästen" in der „DDR" auf – kann binnen sechs Monaten über die Bühne gehen. Das Bauhaus-Archiv, in West-Berlin unmittelbar neben dem Verwaltungssitz der Stiftung gelegen, will spätestens 1986 die Ausstellung auf die Reise schicken. Die ursprüngliche Absicht Bonns, die Ausstellung „Puppe, Fibel, Schießgewehr" (Kinderspielzeug von früher) des Museums für Deutsche Volkskunde aus dem Bereich der Stiftung in den beiderseitigen Kulturkalender aufnehmen zu lassen, scheiterte vorerst.

Das Problem der Stiftung – ihre Schätze werden, weil vor 1945 auf dem Boden der heutigen „DDR" ausgelagert, von Ost-Berlin als Eigentum beansprucht – bleibt auch im Vertragstext ausgeklammert: In einer Protokollnotiz ist stets nur von „unterschiedlichen Auffassungen" und der Frage „kriegsbedingt verlagerter Kulturgüter" die Rede.

Ost-Berlin empfindet die Stiftung Preußischer Kulturbesitz trotz der Ausklammerungstaktik weiterhin als politischen Affront. Dies läßt sich aus einer Broschüre des SED-eigenen Dietz-Verlages mit dem Titel „Kultur als einigendes Band? Eine Auseinandersetzung mit der These von der ‚einheitlichen deutschen Kulturnation'" belegen. Darin polemisiert ein Autoren-Duo, das seine Arbeit im Juli 1984 – also während der laufenden Verhandlungen über das Kulturabkommen – abschloß, mit aggressiver Wortwahl gegen eine angeblich „einheitliche deutsche Kulturnation als gesamtdeutsche Klammer". Derartige Thesen hätten ihren „festen Platz im Rahmen der ideologischen Diversion gegen den Sozialismus".

Die Verfasser notieren auch sorgfältig, mit welcher Emphase noch 1980 der „DDR"-Kulturminister Hans-Joachim Hoffmann die Stiftung als ideologische Rüstkammer der Bundesregierung darstellte. Aus

● Fortsetzung Seite 8

Kritik an Urteilen in Argentinien

DW. Buenos Aires

Mit Enttäuschung und Empörung reagierten rund 3000 Demonstranten vor dem Gerichtsgebäude in Buenos Aires auf die vier Freisprüche im Prozeß gegen neun ehemalige Mitglieder der Militärregime in Argentinien. Zu den Freigesprochenen gehört auch der frühere Präsident Leopoldo Galtieri. Dagegen hatte das Bundesgericht die beiden Vorgänger Galtieris, Jorge Videla (lebenslange Freiheitsstrafe) und Roberto Eduardo Viola (17 Jahre Haft), für schuldig befunden, für die Verschleppung, Folterung und Ermordung vieler Regimegegner verantwortlich zu sein. Ebenfalls zu lebenslanger Haft wurde der frühere Chef der Marine, Admiral Emilio Massera, verurteilt.

Seite 3: Ruf nach Gerechtigkeit

IG Metall will Druck ausüben

DW. Bonn/Wolfsburg

Die IG Metall hat gestern erneut den Versuch unternommen, die Bundesregierung in der Diskussion um den „Streikparagraphen" 116 unter Druck zu setzen. In den sechs inländischen VW-Werken legten vorübergehend über 20 000 Arbeitnehmer die Arbeit nieder, rund 2700 Arbeitnehmer aus Gelsenkirchener Metall- und Stahlbetrieben demonstrierten zu Schichtbeginn. Diese Arbeitsniederlegungen sind nach Auffassung der Metallindustrie „eindeutig rechtswidrig", da sie politische Streiks seien. Zu Beginn des Spitzengesprächs zwischen Bundeskanzler Kohl und den Tarifparteien kam es zu einer Kundgebung mit mehr als 1000 Teilnehmern vor dem Kanzleramt.

Seite 4: Rechtswidrig

Neue Rätsel um ein altes Virus

LUDWIG KÜRTEN, Bonn

Neue Erkenntnisse über ein altbekanntes Virus alarmieren in jüngster Zeit die Kinderärzte in den Vereinigten Staaten. Der als RS-Virus (RSV) bezeichnete Erreger entpuppt sich jetzt – 30 Jahre nach seiner Entdeckung – als die Hauptursache von Atemwegserkrankungen bei Säuglingen und Kleinkindern. Bis heute ist es noch nicht gelungen, ein wirksames Gegenmittel oder gar einen Impstoff zu finden. Die Krankheitssymptome reichen von einer gewöhnlichen Erkältung bis hin zu einer tödlich verlaufenden Lungenentzündung.

Die amerikanischen Forscher wurden von Untersuchungen aufgeschreckt, die gezeigt haben, daß RSV wahrscheinlich häufiger auftritt als alle anderen bekannten Erreger von Infektionskrankheiten. In den USA schätzt man, daß fast jedes Kind im Alter von drei Jahren infiziert ist. Auch wenn das Virus in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht so weit verbreitet zu sein scheint wie in den USA, ist es wohl nur eine Frage der Zeit, bis auch hierzulande die Ärzte mit dem Problem zu tun bekommen.

Die Eigenschaften des Erregers stellen die Wissenschaftler immer wieder vor Rätsel. Er tritt nur während der Wintermonate auf und löst Erkrankungen nur bei Kindern aus, die jünger als drei Jahre sind. Bei älteren Kindern und Erwachsenen scheint eine Infektion nur zu einer harmlosen Erkältung zu führen. Ungewöhnlich ist auch, daß Säuglinge in den ersten drei Lebenswochen gegen die Krankheit geschützt sind. Möglicherweise verhindert in dieser Zeit und während der Schwangerschaft das Immunsystem der Mutter eine Infektion.

Erfahrungen in amerikanischen Kliniken zeigen, daß das Virus, wenn es einmal auftritt, kaum an der Ausbreitung gehindert werden kann. Alle Bemühungen, dies durch Tragen von Handschuhen und Mundschutz zu erreichen, erwiesen sich als nutzlos. Zudem hat das Virus die Eigenschaft, sich der Immunabwehr im Körper so geschickt zu entziehen, daß es die Patienten immer wieder befallen kann. „Jetzt sind wir Kinderlähmung und Masern gerade losgeworden, da taucht ein neues Virus auf und schafft uns die gleichen Probleme", klagte ein Arzt an der Bostoner Kinderklinik.

Alle Versuche, einen Schutz gegen das Virus zu entwickeln, scheiterten bislang an der enormen Wandlungsfähigkeit des Erregers. Die bei anderen Infektionskrankheiten erfolgreichen Verfahren förderten sogar noch die Entwicklung des Erregers.

Jetzt wird versucht, mittels gentechnischer Verfahren einen Impfstoff zu entwickeln. Die größten Hoffnungen werden dabei auf Untersuchungen einer Arbeitsgruppe an der Universität von North Carolina gerichtet, die bereits das Erbgut des Virus vollständig beschrieben haben.

Shultz besichtigt die Mauer. Demonstration angekündigt

US-Außenminister am Samstag zum ersten Mal in Berlin

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Ein Besuch von US-Außenminister George Shultz an der Mauer und eine von kommunistischer Seite angekündigte Protestkundgebung auf dem Kurfürstendamm bstimmen am kommenden Samstag die Visite des Chefs des State Department in der geteilten Stadt. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher begleitet Shultz, der zum erstenmal an die Spree kommt, nach Berlin.

Zum Programm des Außenministers, der von der früheren US-Botschafterin bei der „DDR" in Ost-Berlin, Rozanne Ridgeway, begleitet wird, gehört ein militärisches Empfangszeremoniell auf dem amerikanischen Militärflughafen Tempelhof. Anschließend begibt sich Shultz zur Mauer am Potsdamer Platz. Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen erläutert ihm von dem Podest aus, auf dem schon Vizepräsident Georg Bush und Premierministerin Margaret Thatcher standen, den einstmals belebtesten Platz Europas, der jetzt im Todesstreifen liegt. Bush trägt sich dann im Rathaus Schöneberg in das Goldene Buch Berlins ein und spricht als Ehrengast des Jahresessens der „Berliner Pressekonferenz".

Noch bevor der ranghohe Gast aus Washington in Berlin landet, wollen sich mehrere tausend Demonstranten am Kurfürstendamm versammeln, um gegen Shultz zu protestieren. Nach Angaben der Veranstalter, die in der SEW-Zeitung „Wahrheit" inserierten, haben sich bisher 40 Gruppen hinter den Aufruf gestellt.

In einem Flugblatt der Veranstalter heißt es: „Shultz soll wissen, was wir wollen! Keine Militarisierung des Weltraums!" Zu den Unterzeichnern des Aufrufs zählen der Landesverband der Jungsozialisten, die „Falken", die SEW, die IG Druck und Papier, die „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft", mehrere „Friedensinitiativen", die „Evangelische Studentengemeinde" sowie der „Kommunistische Bund". Bei einem Protestzug im Sommer 1981 gegen den damaligen Außenminister Haig war es zu schweren Ausschreitungen gekommen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wettbewerb wie geölt

Von Hans Baumann

Die Opec faßte keine Beschlüsse. Mit diesem lapidaren Satz gingen die Vertreter der dreizehn Erdölförderländer in Genf auseinander. Dabei war die Zusammenkunft im 25. Jahr des Bestehens der Opec die spektakulärste in der Geschichte dieses Pseudokartells. Daß seine Mitglieder 1973 und 1979 die Preise trieben, bis der Weltwirtschaft die Luft auszugehen drohte, ist nichts, mißt man diese Beutelschneiderei an der öffentlichen Bankrotterklärung von Genf.

Auch wenn man keine Beschlüsse faßte, war man sich einig, daß das bisher praktizierte Quotensystem nicht länger aufrechterhalten werden kann. Mit Quoten und Mindestpreisen hat sich die Opec selbst aus dem Markt katapultiert. Schließlich tragen die wilden Dreizehn nur noch fünfzehn Prozent zu der Ölversorgung Europas bei. Einst hatten sie einen Anteil von sechzig Prozent.

Die Parole „Weg vom Opec-Öl" hat gezogen. Die Karawane der Preistreiber wurde vom Wettbewerb eingeholt. So haben die Öl-Habenichtse der Industrienationen allen Grund, auf weiter fallende Ölpreise zu hoffen, denn nur über den Markt werden die Opec-Staaten wieder zu größeren Mengen finden. Die Weltwirtschaft kann sich einige jener Federn wieder holen, die sie fast ein Jahrzehnt lang lassen mußte. Der Konjunktur könnten sie zusätzliche Flügel verleihen.

Dennoch gibt es keinen Grund zur Euphorie. Die Opec sitzt auf den größten Ölvorkommen der Welt. Und mit der Belebung der Konjunktur wächst auch der Bedarf an Öl. Hinzu kommt, daß die Ölreserven der Nordsee nur noch gut ein Jahrzehnt reichen. Dann wird die Opec wieder in der Vorhand sein.

Erneuter Erpreßbarkeit entkommt nur der, der beherzt auf Kernkraft setzt, die sehr wohl auch im Wärmemarkt fossile Brennstoffe ersetzen kann. Doch dazu sind Staatsmänner gefragt, die über Wahlperioden hinwegdenken können. An Vorbildern fehlt es nicht. Ob Schweizer, Franzosen, Belgier oder Schweden – sie bauen ihre Kernkraft zügig aus, schon weil sie sich nicht noch einmal der Opec ans Messer liefern wollen.

Das Urteil am La Plata

Von Günter Friedländer

Der 9. Dezember 1985 wird in Argentiniens und darüber hinaus in Lateinamerikas Geschichte eingehen. Nach der Aufhebung des Belagerungszustands kam die so lange erwartete Urteilsverkündung im Prozeß gegen hohe Offiziere und frühere Präsidenten Argentiniens wegen Vergehen aus Mißachtung der Menschenrechte während des „schmutzigen Krieges" gegen die argentinischen Guerrillagruppen.

Alle Verurteilten werden aus ihren Stellungen im Heer entlassen, dürfen also die Uniform nicht mehr tragen. General Videla und Admiral Massera wurden zu lebenslänglicher Haft verurteilt, andere erhielten lange Gefängnisstrafen.

Sind die Urteile hart? Hebe de Bonafini, Präsidentin der „Mütter der Plaza de Mayo", reagierte im Gerichtssaal mit einem Zornesausbruch gegen das, was sie für „ein schreckliches, tragisches" Urteil hält: „Hier werden Verbrecher freigesprochen!" rief sie aus.

Einige Angeklagte sind in der Tat freigesprochen worden; auf sie warten aber Urteile in anderen Verfahren. Zudem bemerken manche Argentinier, daß kein Gericht die Verbrechen der Guerrilla gesühnt hat, auf die jene Maßnahmen der Militärs folgten. Ohnehin ist die Frage, ob das Urteil angemessen oder zu hart ist, nicht wichtig; Berufungen werden auf alle Fälle eingelegt. Das letzte Wort ist noch lange nicht gesprochen. Die wirklich bedeutungsvolle Frage ist, ob dieser Prozeß der Anfang einer Serie weiterer Prozesse ist oder der Schlußpunkt dieses tragischen Kapitels der argentinischen Geschichte.

Das heißt: was wird mit den weiteren etwa siebzehnhundert Anklagen gegen mindestens zweihundert, vielleicht sogar vierhundert argentinische Offiziere?

Richter Arslanian empfahl in seinem Urteil dem Heer, nun selbst diese Fälle zu übernehmen. Er drohte aber gleichzeitig damit, daß sein Hof es tun würde, sollte die Militärjustiz sich auch in Zukunft weigern, ihrer Pflicht nachzukommen. Die Gruppen der Menschenrechtler werden auf der Aburteilung aller Schuldigen bestehen, andere Kreise wünschen sich das Ende der Prozesse, etwa durch eine Amnestie. Wenn es nach dem Willen vieler geht, die den Beginn einer großen Strafaktion fordern, wird Argentinien noch viele Jahre hindurch nicht zur Ruhe kommen.

Grün und Recht

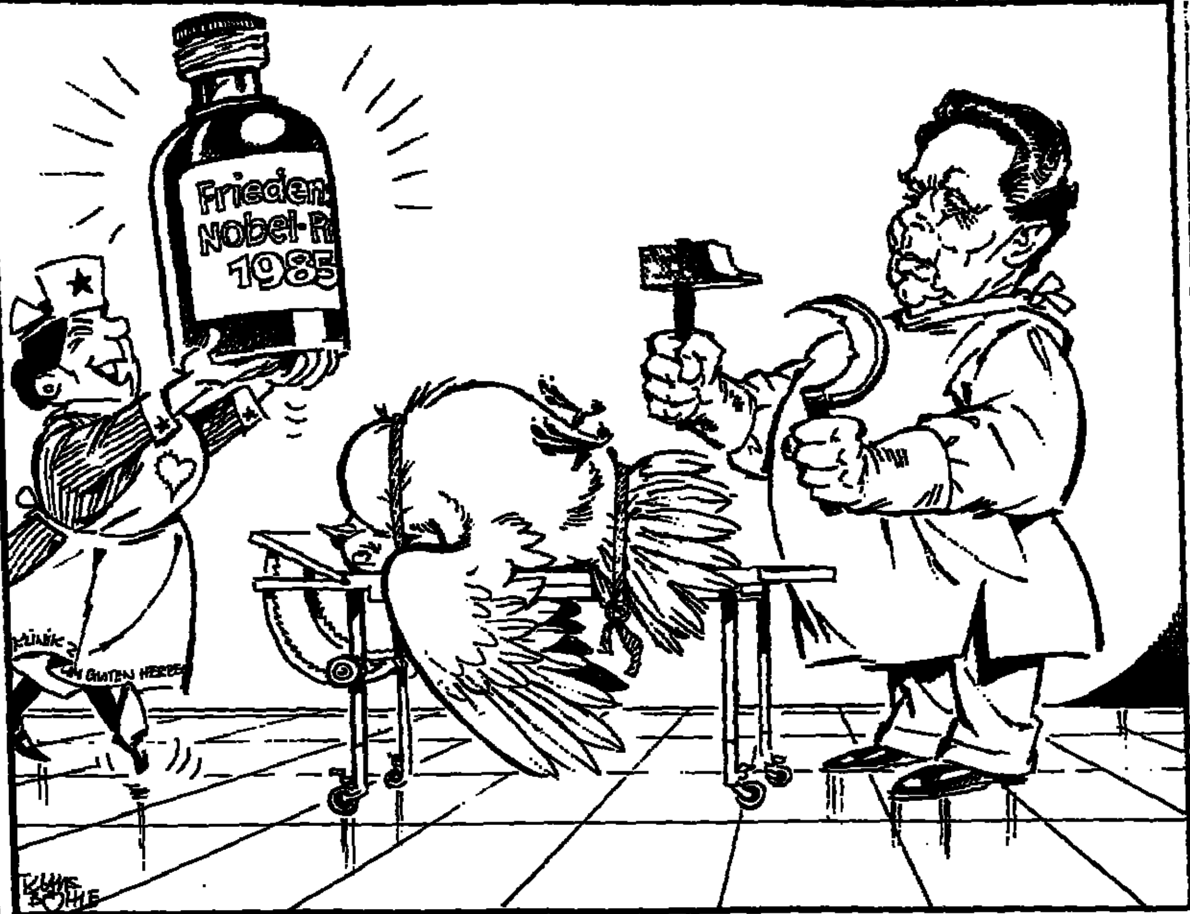
Von Peter Schmalz

Die wenigen Seiten, auf denen der Bayerische Verwaltungsgerichtshof begründet, weshalb der Bebauungsplan der kerntechnischen Wiederaufarbeitungsanlage im bayerischen Wackersdorf rechtens ist, lesen sich trocken. Kühl und sachlich, ohne ideologischen Schwenk nach hier oder nach dort, haben sich die Richter in den blauen Roben an Fakten, Verordnungen und Gesetzen orientiert. Sie haben eine richterliche Zurückhaltung gezeigt, die heute leider nicht mehr in allen deutschen Verwaltungsgerichten selbstverständlich ist. Sie haben ein Beispiel gegeben, das wieder Schule machen sollte.

Ein anderes Beispiel gaben Minuten später die Grünen. Sie riefen zum illegalen Widerstand gegen das Projekt. Zur Rechtfertigung ihres Tuns diente der übliche Einwand der Unrechtsregimes: was Recht ist, bestimme ich. Die geschriebenen Gesetze, so machte der Sprecher der Grünen noch im Gerichtsgebäude klar, gelten nicht für ihn, wenn sie ihm nicht passen. Soeben erklärte ein Gericht den Bebauungsplan als legal, aber der Grüne erklärt die Anlage seinerseits für illegal – und deshalb sei auch sein Widerstand legal.

Was daraus werden soll, wenn einer von denen auf die hessische Verfassung schwört, daß er als Minister im Bündnis mit der SPD die Gesetze achten werde, darauf darf man gespannt sein. Im Taxöldener Forst steht die SPD Schulter an Schulter mit den erklärten Verächtern des Gesetzes. Ein „Widerstandsbündnis" ist der bayerische SPD-Spitzenkandidat Karl-Heinz Hiersemann mit den Grünen eingegangen. Er findet halt für den kommenden Landtagswahlkampf im wirtschaftlich florierenden Bayern sonst kein rechtes Thema für sich und die SPD.

Bei den Baufirmen aber, die Millionenaufträge für die ersten Arbeiten an der Wiederaufarbeitungsanlage erhalten haben, türmen sich die Bewerbungsschreiben der Arbeitsplatzsuchenden. An nur einem Tag meldeten sich fünfzig Arbeitslose. Mit ihnen mag der betuchte Rechtsanwalt und Abgeordnete Hiersemann kein Bündnis eingehen.



„Sie können anfangen, Herr Professor, das Betäubungsmittel ist da!" KLAUS BÖHLE

Die SS-20-Stabilität

Von Enno v. Loewenstern

Jakob Sverdrup vom Osloer Nobel-Komitee – derselbe, der eben noch die Kritik Bundeskanzler Kohls an der Entgegennahme des Friedensnobelpreises durch Tschasow forsch mit der Kritik Hitlers an der Preisverleihung an Ossietzky in Beziehung setzte – hat mittlerweile kleinlaut verlautbart, das Komitee sei „unglücklich" darüber, daß es nicht vor der Preisverleihung von Tschasows Attacke auf Sacharow 1973 gewußt habe. Nun ist der Einwand, man habe vorher nichts gewußt, einigermaßen diskreditiert. Noch dazu, wenn in einem freien Land mit unzensierten Archiven nicht einmal nachgeschaut wird, ehe man eine Organisation preiskrönt, an der Sowjetfunktionäre beteiligt sind. Schließlich kennt niemand so gut den zum Begriff gewordenen Namen Quisling wie die Norweger. So stellt sich die Frage, ob man nicht doch gewußt hat oder ob man nicht wissen wollte.

Von Willy Brandt – der sich samt SPD voll hinter Tschasow stellte – stammt die Aussage, als Deutscher könne man nicht an etwas mitwirken, „was zur Destabilisierung Polens beiträgt". Das hat er jetzt in Warschau gesagt; das war sein Programm schon 1971. Es wurde ebenfalls mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Dies Programm hat eine gläubige Gefolgschaft; seinen beredtesten Ausdruck fand es in der „Zeit" vom 6. August 1982 durch Marion Gräfin Dönhoff:

„Mehr Freiheit für die Polen – wer würde sich das nicht von Herzen wünschen? Aber manche Reden, die aus dem Weißen Haus und dem Pentagon zu uns dringen, legen den Gedanken nahe, daß es im Grunde nicht nur um mehr Freiheit geht, sondern um Befreiung vom kommunistischen System. Dies aber würde zu einer Destabilisierung der weltpolitischen Machtverhältnisse mit unübersehbaren Folgen führen. Dies kann in niemandes Interesse liegen, auch nicht im Interesse Washingtons und auch nicht in dem der Polen."

Darüber, wie Deutsche über die Köpfe anderer deren Interessen bestimmen, braucht hier kein Wort verloren zu werden; wer Augen hat, zu lesen, der lese hierzu den offenen Brief des niederschlesischen Solidarność-Vorsitzenden Kornel Morawiecki (WELT vom 7. Dezember), wo es neben scharfer Kritik an Brandt heißt: „Den Kommunismus müssen wir überwinden." Hier ist festzuhalten: Wer Ostpolitik betreibt und die Verhältnisse dort vor Destabilisierung bewahren will, der muß, um die bei Brandt so beliebte doppelte Negation in Klartext zu übertragen, eben die Stabilisatoren stabilisieren.

Der darf sich dann nicht wundern, wenn der Preis, mit dem eine höchste moralische Anstrengung geehrt werden soll, in die blutigen Hände eines Folterknechts gelegt wird. Tschasow hat nicht nur einen offenen Brief von Akademie-Mitgliedern gegen Andrej Sacharow mit lanciert, der diesen zur Verfolgung preisgab – solange die Akademie ihn schützte, hat nicht einmal das KGB gewagt, Sacharow anzutasten –, sondern Tschasow arbeitet als stellvertretender Gesundheitsminister auch unmittelbar für das KGB. Er ist verantwortlich dafür, daß in den sowjetischen Irrenanstalten Dissidenten gefoltert werden; sein Mitarbeiter bei der IPPNW, Maran Vartanjan, hat selbst solche Einweisungen angeordnet. Das geschieht eben um der Stabilität des Systems willen. Vor einigen Jahren erschien im „Stern" eine höchst wohlwollende Reportage über die Behandlung General Grigorenkos in einem solchen Irrenhaus. Wer wissen will, was Grigorenko selbst dazu sagt, kann es in seinem Buch nachlesen.

Wer das nicht wissen will, wer nicht auf seiten der Opfer steht, sondern der Täter, der drückt den Tschasows und den Jaruzelskis die Hand. Der lehrt junge Menschen in Deutschland, ihre Großeltern zu verdammen, weil diese vor den Verbrechen Hitlers die Augen geschlossen hätten, gleichzeitig aber die Augen vor den Verbrechen Jaruzelskis und Tschasows und Gorbatschows zu schließen. Nicht nur das – der lehrt sie obendrein, diejenigen zu verdammen, die diese Verbrechen beim Namen nennen. Das jeden Tass-Ausbruch unterbietende Feuerwerk, das der SPD-Sprecher Clement gegen Geißler nach dessen Kritik an Tschasow losließ, ist ein Beispiel.



Wessen Hand man drückt: Jaruzelski, Brandt, Frau Brandt FOTO: AP

Der Zynismus, zu dem die Jugend da erzogen wird, ist aber nicht nur widerwärtig; er ist gefährlich für den demokratischen Rechtsstaat, denn Moral ist nun einmal nicht „nur" etwas Jenseitiges für Sonntagsreden; sie ist ein politischer Faktor. Wehe dem, der ihn falsch einkalkuliert. Wehe dem, der auch nur aus Bequemlichkeit dazu schweigt. Der Rechtsstaat verträgt keine Erziehung zum Unrecht.

Wenn dieser Zynismus wenigstens „realistisch" wäre; wenn die geistige Beihilfe zur Versklavung ganzer Völker tatsächlich den Frieden sicherte, so hätten die kalten Herzen ein Argument. Nur: wen stabilisieren die Nobili von Oslo bis zur Baracke da? Erstens sind diese Regime nicht so friedfertig, daß wir ein Interesse hätten, die SS-20-Mentalität noch ein paar Jahre zu retten. Und zweitens sind sie nicht so stabil, daß die westliche Beihilfe auf Dauer Erfolg verspräche.

Sie bedrohen ja eben deshalb den Frieden – und unsere Stabilität; was sonst ist wohl die Funktion des vom Kreml-Arzt gesteuerten Atom-Ärzte-Komitees oder all jener sonstigen Veranstaltungen, deren Drähte hier der Leninpreisträger Oberst Weber zieht? –, weil sie ihrer Natur (oder vielmehr Unnatur) nach nicht bestehen können und sie deshalb die auswärtige Ablenkung suchen. Die Menschen nämlich finden sich mit ihnen nicht ab; auch das viele Geld, das wir in diese Danaidenfässer geschüttet haben, hat das Leben dort nicht erträglich gemacht. Der Friede wird erst gesichert, wenn in diesen Ländern nicht Machtverhältnisse, sondern Rechtsverhältnisse bestehen. Der Nobel-Preis ist seinen Preis nicht wert.

IM GESPRÄCH Anatol Korjagin

Der andere russische Arzt

Von Cornelia Gerstenmaier

In diesen Tagen wurde in Oslo mit dem Eigil-Nansen-Preis ein Mann geehrt, der zu den hervorragenden Repräsentanten der sowjetischen Bürgerrechtsbewegung zählt. Anatolij Korjagin, 1938 geboren, promovierte 1972 mit einer Arbeit zur Schizophrenie und war zuletzt an einem Hospital in Charkow tätig. Als anerkannter Facharzt stellte sich Dr. Korjagin der 1977 gegründeten inoffiziellen „Arbeitskommission zur Erforschung des Psychiatriemißbrauchs für politische Zwecke" zur Verfügung. Sein Eintreten für geistig gesunde, aber politisch mißliebige Sowjetbürger führte 1981 – unter dem Vorwurf der „antisowjetischen Propaganda" – zu seiner Verurteilung in Höhe von insgesamt zwölf Jahren Freiheitsentzug (sieben Jahre Lagerhaft zuzüglich fünf Jahren Verbannung). Im Sinne einer Haftverschärfung mußte Korjagin bis vor wenigen Monaten drei Jahre im berüchtigten Gefängnis von Tschistopol verbüßen, wo er schwersten Torturen, einschließlich Prügelstrafen, ausgesetzt war.

Drei Monate lang währende Hungerstreiks – vornehmlich als Protest gegen die vollständig fehlende medizinische Versorgung der Häftlinge – brachten den Arzt in akute Lebensgefahr. Inzwischen wurde Dr. Korjagin, der 1983 zum Ehrenmitglied des Weltverbands der Psychiatrie ernannt worden war, ins Straflager Perm Nr. 36 verbracht, wo er auf der Krankenstation ärztlich betreut werden soll.

In einer Reihe in den Westen gelangter Briefe hat der russische Arzt, der Vater von drei Söhnen ist (der älteste, Iwan, wurde vor einigen Monaten zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt), aufs eindrucksvollste die politische Repression in der UdSSR geschildert. In einem 1982 im Lager entstandenen Brief schrieb Korjagin: „Wo bleibt hier das Recht auf Leben? In sowjetischen politischen Lagern wird den Häftlingen die Möglichkeit zum Leben nur gegen die Preisgabe ihres Gewissens und ihrer Überzeugungen gelassen."



„Lebendiges Beispiel für Zivilcourage": Korjagin FOTO: DPA

Die Ende Oktober in die Niederlande emigrierte Bürgerrechtlerin Irina Griwnina ruft in einem noch in Moskau verfaßten Appell „alle Ärzte der Welt" auf, „jegliche Zusammenarbeit mit den sowjetischen Gesundheitsbehörden und Institutionen von der sofortigen Ausreiseerlaubnis für Dr. Korjagin und seine Familie abhängig zu machen".

In der Begründung des jetzt an Anatolij Korjagin verliehenen, 1975 von einem Enkel Fridtjof Nansens gestifteten Preis heißt es: „Korjagin ist ein lebendiges Beispiel der Zivilcourage und des selbstlosen Dienstes an der Menschheit." Die Verleihung dieses Preises ist auch als eine Art Wiedergutmachung der bisher fragwürdigsten Vergabe des Friedensnobelpreises an einen anderen russischen Arzt zu verstehen, der – so muß man nach seiner Stellung in der Sowjethierarchie annehmen – zu Korjagins erbittertsten Feinden, ja, Verfolgern zählt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Verleihung des Friedens-Nobelpreises beherrschte gestern die Zeitungs-Kommentare:

Neue Zürcher Zeitung

Solange die Organisation sich nicht von dem Sowjetfunktionär an ihrer Spitze trennt, muß sie – bewußt oder unbewußt – als ein Werkzeug der Politik des Kreml gelten, was immer ihre Repräsentanten in unserem Land und anderswo beteuern.

SÜDWEST PRESSE

Tschasow ist hoher Sowjetfunktionär, ZK-Mitglied und stellvertretender Gesundheitsminister der Sowjetunion ... Er trägt die Mitverantwortung dafür, daß in Rußland Dissidenten in psychiatrischen Kliniken zwangsbehandelt werden. Hält der Friedensnobelpreis einen solchen Preisträger aus? ... Es geht nicht darum, die Ärzte ins Zwielicht zu stellen, die sich zu dieser Vereinigung bekennen. Aber es ist doch höchst blauäugig, die Propagandafunktion Tschasows in dieser Organisation unbewertet zu lassen. **(Ulm)**

Ruhr-Nachrichten

Zunächst hatten die Christdemokraten in der Bundesrepublik und in anderen europäischen Staaten ihre Mißbilligung ausgesprochen und sich prompt dem Vorwurf konservativer Heimtücke ausgesetzt. Es dauerte etwas lange, bis sich gestern auch Sozialdemokraten und auch ein Grüner, der zur ausgezeichneten Organisation gehört, kritisch zu Wort meldeten. Tschasow selbst hat sich mehrfach gestellt, aber nur um auszuweichen. Sein Hinweis, nicht er, sondern die Organisation erhalte den Friedenspreis, beantwortet die Frage nicht, ob er denn der Mann ist, der die Organisation und ihre ethischen Ansprüche zu repräsentieren vermag. Die Antwort werden sich die ausgezeichneten Ärzte vor allem selber geben müssen. **(Dortmund)**

NÜRNBERGER ZEITUNG

Der Protest gegen den sowjetischen Vorsitzenden des Ärztekomitees, Jewgenji Tschasow, ist wohlbegründet ... Bei der Ärztevereinigung kommt es darauf an, deren Position über den Machtblöcken deutlicher zu markieren oder, wenn Geißler recht hat, überhaupt erst herzustellen. Die Idee jedenfalls ist nicht preisunwürdig.

The Daily Telegraph

In seiner Weisheit hat das Nobelkomitee es für wert gefunden, die bedeutendste Auszeichnung für humanitären Einsatz einer Gruppe von Atomgegnern zu verleihen, den Internationalen Ärzten für die Verhinderung eines Atomkrieges (IPPNW). Gegründet von dem Amerikaner Bernard Lown und dem Russen Jewgeni Tschasow zum selben Zeitpunkt, als die sowjetische Propaganda gegen die Stationierung amerikanischer Raketen in Europa begann, hat die Gruppe alle typischen Merkmale einer sowjetischen Frontorganisation gezeigt. Das Nobelkomitee hatte die Pflicht, seine Hausaufgaben zu machen, und hat versagt ... Der Preis ist heute abgewertet, und die Zeremonie ist beschmutzt. **(London)**

Jonas Savimbi erwartet einen neuen Großangriff

Inzwischen streiten die Amerikaner darum, ob man ihm helfen soll oder nicht / Von Monika Germani

Die Befürchtungen der angolanischen Widerstandsbewegung Unita, daß das kommunistische MPLA-Regime in Luanda den Konflikt mit Hilfe der Sowjets und der mehr als fünfunddreißigtausend Kubaner nun endgültig lösen wolle, erscheinen berechtigt. Soeben teilte der Vertreter der Unita in Lissabon, Alcides Sakala, mit, daß seine Organisation in einem Hinterhalt bei Cuito Cuanavale 28 Kubaner getötet habe.

Dabei handelte es sich um einen Angriff auf einen riesigen Konvoi von rund 230 Fahrzeugen mit militärischem Nachschub. Unita-Truppen schossen zwei zum Schutz des Konvois eingesetzte Mi-24-Kampfhubschrauber ab, 28 Militärfahrzeuge wurden zerstört.

Sakala nannte den Zwischenfall „die erste Schlacht, um die erneute Regierungsoffensive gegen Süden zurückzuschlagen". Die Regenzeit begünstigt noch die Freiheitskämpfer. Das hohe Gras und unpassierbare Wege erschweren die Versorgung der Regierungs-Armee. Doch die großen Lieferungen der Sowjetunion werden verstärkt. Sowjetische Schiffe werden im Hafen von Lobito ausgeladen. Die Waffen gelangen relativ leicht nach Huambo und von dort zu den Stützpunkten der Armee in Menongue und Cuito Cuanavale. In Huambo selbst besteht inzwischen ein starkes Hauptquartier der Sowjets.

War noch bis vor einem Jahr der Kampf der Regierung von Luanda aus geführt worden, so ist jetzt der Nachschub aus Huambo logistisch einfacher. Savimbi bestätigte Anfang November der WELT in Jamba, daß Luftangriffe aus Menongue und Cuito Cuanavale möglich sind. Zwar ist er militärisch darauf vorbereitet, doch es wäre das erste Mal, daß das Hauptquartier der Unita, bisher geschützt im tiefen Südosten des Landes, in die Kampfhandlungen einbezogen würde. Die Propagandawirkung wäre für Savimbi ungünstig.

Innenpolitisch ist Präsident Edoardo dos Santos nach der Beendigung des zweiten Parteikongresses in Luanda gestärkt worden. Auf dem Parteikongreß haben sich die „Falken" durchgesetzt. Es gibt keine Verhandlungen zwischen der MPLA und Unita. Die fünfunddreißigtausend MPLA-Mitglieder (bei einer Bevölkerung von zehn Millionen) bleiben auf Moskau-Kurs.

Angeblich war Edoardo dos Santos selbst zeitweise Verhandlungen zugeneigt; dergleichen Gerüchte werden immer wieder ausgegeben. Inzwischen hat jedenfalls der in Moskau ausgebildete Chef der Luftwaffe, Oberst Iko Carreia, für eine klare Linie gesorgt. Carreia bestätigte in einem Interview in Paris den Kauf französischer Hubschrauber, wahrscheinlich Alouette.

Und was machen die Amerikaner? Vor einigen Wochen wurde das Clark-Gesetz aufgehoben. Es hatte seit 1975 jede Unterstützung Savimbis verboten. Reagans jüngste Sympathie-Erklärung für Savimbi sind von moralischem Wert für die Freiheitskämpfer. Aber mehr als einhundert Kongreßabgeordnete haben eine Petition an die Regierung unterschrieben, sich nicht in Angola zu engagieren. Eine Rolle in der öffentlichen Meinungsbildung gegen Savimbi spielt auch die verstärkte Kampagne der linkslastigen „Transafrica"-Organisation unter Führung von Randall Robinson. Der gescheiterte schwarze Präsidentschaftskandidat Jesse Jackson sowie der New Yorker demokratische Senator Steven Solarz haben sich mit ihr verbündet. Sie weisen auf die Beziehungen zwischen Unita und Südafrika hin; aber solche Beziehungen haben auch manche afrikanischen Regierungen.

Plötzlich heißt es in diesen Kreisen, man wisse doch bei diesen Afrikanern nie, ob sie auch bei der Stange bleiben – etwas, was nicht gegen Mugabe oder Mandela vorgebracht wird. Solarz argumentiert darüber hinaus, eine Unterstützung Savimbis würde die Abhängigkeit Angolas von Kuba und der Sowjetunion verstärken. Überhaupt heißt es, daß die MPLA vielleicht doch für eine US-freundliche Haltung zu haben sei, wenn man nur nichts für ihre Gegner tue. Dies Gerücht wird allerdings seit gut zehn Jahren herumgetragen, gefördert natürlich vom MPLA-Regime, das Kredite auf wohlwollenden Verdacht haben will. Aber durch Wohlverhalten ändert man die Verhältnisse in Angola so wenig wie in Moçambique, von wo ebenfalls die Legende vom möglicherweise umzustimmenden Samora Machel ausgestreut wird, gefördert von Interessenten im State Department.

Demgegenüber befürworten konservative US-Politiker eine Hilfe für Savimbi. Der mutmaßliche republikanische Präsidentschaftskandidat für 1988, Jack Kemp, ist dafür, ebenso wie der Demokrat Claude Pepper, dessen Wahlbezirk in Miami sich zum Großteil aus Exilkubanern zusammensetzt, die über Fidel Castros Truppeneinsatz in Angola erbittert sind. Laut „Washington Times" soll die Gewährung verdeckter US-Militärhilfe an Savimbi bereits beschlossen sein. Warum auch nicht? Wenn Moskau „Befreiungsbewegungen" in aller Welt offen unterstützt, warum sollten die Amerikaner nicht ihrerseits wirkliche Freiheitsbewegungen fördern?

Sacharows Bild wirft einen Schatten auf den Preis

Die Verleihung des Friedens-Nobelpreises in Oslo war diesmal alles andere als Routine: Aase Lionaes, die jahrelang als Vorsitzende des Preiskomitees selbst die Auszeichnungen vornahm, stand diesmal vor der Tür – an der Spitze von mehreren hundert Demonstranten.

Von H.-JOACHIM SCHILDE

„Ich schäme mich für Norwegen. Weder will ich noch kann ich es begreifen, daß das Nobelkomitee einen der Unterdrücker Andrej Sacharows mit dem Friedensnobelpreis ehrt. Ich fühle es als eine tiefe moralische Pflicht, gerade als Sozialdemokratin, gegen den russischen Arzt Dr. Tschasow zu demonstrieren. Trotz aller Appelle haben wir bis heute von ihm kein Wort seiner Bereitschaft gehört, den inhaftierten Friedenskämpfern in der UdSSR zu helfen." Diese harten Worte kommen ausgerechnet von Aase Lionaes – 30 Jahre lang war sie Mitglied des Nobelkomitees.

Die heute 76jährige läßt es sich trotz des arktischen Klimas in Oslo nicht nehmen, lautstark gegen die Freunde von einst im Nobelkomitee zu protestieren. Sie ist mit ihrem Angriff auf die Vereinigung Internationaler Ärzte zur Verhinderung des Atomkrieges nicht alleine. Während Diplomaten, zum ersten Mal seit zehn Jahren auch die des Ostblocks, in die Aula der Alten Universität von Oslo strömen, zusammen mit Journalisten, Vertretern der Regierung und über 200 Ärzten, die aus aller Welt nach Oslo gekommen sind, steht die einstige Vorsitzende des Nobelkomitees draußen vor der Tür. In der Hand hält sie ein Plakat mit dem Bild Andrej Sacharows.

Der WELT gegenüber sagt sie: „Solange Dr. Sacharow nicht in Oslo ist, wollen wir auch Dr. Tschasow nicht bei uns haben." Neben ihr stehen Männer und Frauen aus allen Schichten der norwegischen Bevölkerung. Da ist der Maler Viktor Sporre; im Juli waren seine Bilder im Folkwang-Museum in Essen zu sehen. Da steht der ehemalige KZ-Insasse, der weltweit bekannte Psychiater Leo Eitinger, neben ihm der ehemalige Direktor des Nobelkomitees, Tim Greve, heute Chefredakteur der größten norwegischen Zeitung.

In der Osloer Kälte reichen sich diese Frauen und Männer die Hand; sie kommen aus allen politischen Gruppierungen des Landes.

Zu ihnen gesellen sich russische Dissidenten, die aus Enttäuschung über die Verleihung des Friedensnobelpreises in Oslo Protest für jene einlegen, die heute in der Sowjetunion zum Schweigen verurteilt sind. Da ist Leonid Pliuschtsch, der von einem der Mitglieder des russischen Präsidiums der Ärzte zur Verhinderung des Atomkrieges, Marat Vartanjan, für Jahre in zwangspsychiatrische Behandlung eingewiesen worden war. Er sagt uns, dieser Friedensnobelpreis werde dazu beitragen, daß die Menschenrechte in der Sowjetunion noch mehr unterdrückt werden. Michail Gorbatschow werde das Beispiel der beiden Ärzte Tschasow und Lown benutzen, um jegliche Kritik am System hart zu unterdrücken.

„Ich denke an die Worte Sacharows, daß der Kampf für die Menschenrechte konsequent sein muß. Doch was passiert: Dr. Tschasow ist nicht einmal bereit, über das Schicksal Sacharows zu reden." Leonid Pliuschtsch weiter gegenüber der WELT: „Für meine Freunde im Gefängnis in der Sowjetunion ist es eine Ermutigung, daß ausgerechnet führende Vertreter des Nobelkomitees uns unterstützen. Wir kämpfen nicht für politische Parteien, sondern für die Verwirklichung der Menschenrechte auch in der UdSSR."

Zum ersten Mal in der Geschichte des Nobelpreises protestiert der ehemalige Direktor des Nobelkomitees zusammen mit der ehemaligen Vorsitzenden vor der Aula der Osloer Universität. Das war weder während der Verleihung an Henry Kissinger im Jahre 1973 noch während der an Sadat und Begin im Jahre 1978 der Fall. Dennoch scheint die beiden Präsidenten der Internationalen Ärzte-Vereinigung zur Verhinderung des Atomkrieges die internationale Kritik nicht zu kümmern. Auf der offiziellen Pressekonferenz des Nobelinstitutes, die durch den plötzlichen Herzinfarkt des sowjetischen Fernsehkorrespondenten Lev Novikow einen dramatischen Abschluß fand, betonte Professor Berhard Lown aus Boston: „Fragen Sie uns nicht nach den Menschenrechten, fragen Sie uns nach dem, was die Menschheit für immer auslöschen kann. In fünf Minuten können Raketen Norwegen für immer zerstören. Sollte dieses große Ziel, die Abschaffung der atomaren Bedrohung, uns nicht vereinigen?" Und Tschasow fügte hinzu, er könne über Andrej Sacharow nicht sprechen, da er als Arzt in Oslo sei, nicht als Politiker.



Jenseits des Festakts: Leonid Pliuschtsch und Aase Lionaes FOTO: AP

Noch nie hat die Nobelpreisverleihung ein Volk so zerstritten wie die diesjährige. Zum ersten Mal wurde Kritik an der Verleihung auch im norwegischen Parlament laut, das die fünf Mitglieder des Nobelkomitees beruft.

Führende Vertreter des Nobelkomitees betonten jedoch der WELT gegenüber: „Wir verstehen die Kritik nicht. Alle Kritiker dieses Preises müssen doch mit uns einig sein, daß die Abwehr der atomaren Bedrohung des Planeten Erde ein Ziel für die Menschheit sein muß. Diesem Ziel müssen wir die Frage nach Einzelschicksalen unterordnen, auf alle Fälle in diesem Jahr." Immerhin habe man vor zehn Jahren Sacharow ausgezeichnet und durch die Preisverleihung an Lech Walesa habe man eindeutig zu den Menschenrechten Stellung genommen. Warum solle man nun nicht denjenigen den Preis zuerkennen, die zum ersten Mal als Wissenschaftler nachgewiesen haben, daß der Atomkrieg alle auslösche?

Und so würdigte der Vorsitzende des Nobelpreis-Komitees, Egil Aarvik, in seiner Festrede gestern nachmittag die Organisation mit den Worten: „Diese Ärzte haben uns gezeigt, was geschieht, wenn Atomwaffen eingesetzt werden. Sie haben uns auch gezeigt, daß es weder ein Entkommen noch einen wirksamen Schutz gegen eine solche nukleare Katastrophe gibt."

Auf die Vorwürfe gegen Tschasow, die während der Zeremonie von mehreren hundert Demonstranten vor der Aula der Universität aller Welt vor Augen geführt wurden, ging Aarvik nicht ein. Im Beisein von König Olav, Ministerpräsident Kaare Willoch und mehrere Minister erinnerte Aarvik statt dessen an den Eid des Hippokrates, der von den Ärzten einen bedingungslosen Einsatz für den Schutz des Lebens und der Gesundheit verlange. In diesem Sinne habe die ausgezeichnete Ärzte-Vereinigung wissenschaftlich fundiert die Gefahren beschrieben, die von Atomwaffen ausgehen.

Der Russe Tschasow und der Amerikaner Lown, die die Auszeichnung entgegenahmen, beklagten sich in ihren Dankesreden über die Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum und forderten die Einstellung aller Atomversuche.

Vor der Aula fiel der Blick auf ein Spruchband, das an den amerikanischen Vorsitzenden der soeben geehrten Organisation gerichtet war: „Suchen Sie sich bessere Freunde aus, Dr. Lown!"

Die Preis-Empfänger: Der umstrittene Jewgenij Tschasow (links) und Bernard Lown FOTO: DPA

Die Mütter vom Plaza de Mayo rufen weiter nach Gerechtigkeit

Die Urteile sind gefällt. Doch es sieht nicht so aus, als ob mit dem Prozeß gegen führende Militärs vergangener Juntas die düstere Vergangenheit Argentiniens bewältigt wurde. Wird nun das Volk über eine Amnestie befragt werden?

Von WERNER THOMAS

Das Volk war Zeuge des historischen Ereignisses. Die Fernsehsender hatten ihre Programme unterbrochen, um die Urteilsverkündung aus dem Justizpalast zu übertragen. Die Kameras fingen dann Szenen vor dem Gebäude ein, die auf ein Nachspiel dieses Dramas schließen lassen: Tausende Demonstranten protestierten wütend gegen die Entscheidung des Gerichtes. Sie riefen: „Mörder, Mörder." Die Menschenrechtlerin Hebe di Bonafini schimpfte: „Sie haben Verbrecher freigesprochen."

Der spektakuläre Menschenrechts-Prozeß gegen die früheren Mitglieder von drei Militärjuntas ist nach fast sieben Monaten zu Ende gegangen. Die sechs zivilen Richter verkündeten die Strafmaße. Nur der ehemalige Luftwaffen-Kommandeur Omar Graffigna saß auf der Anklagebank, der einzige Mann, der sich frei bewegen konnte. Die acht anderen Exoffiziere wurden in dem Gefängnis „Unidad 22" neben dem Justizpalast über die Entscheidungen unterrichtet.

Sie fielen so aus, wie das Gericht die Verantwortung für den „schmutzigen Krieg" der siebziger Jahre gegen den linken Untergrund und seinen Sympathisantenkreis beurteilte. Expräsident Jorge Rafael Videla und der frühere Marinechef Emilio Massera bekamen die Höchststrafe: lebenslanger Freiheitsentzug. Videlas Nachfolger Roberto Viola erhielt 17 Jahre Gefängnis; Armando Lambruschini, der einst von Massera den Kommandoposten der Marine übernahm, acht Jahre; der frühere Luftwaffenchef Orlando Agosti kam mit eineinhalb Jahren davon. Sie alle verlieren ihren militärischen Rang.

Vier Angeklagte wurden freigesprochen: Expräsident Leopoldo Galtieri, Jorge Anaya, einst Marinechef, und Basilio Lami Dozo, einst Luftwaffenchef. Alle gehörten der vorletzten Junta an, die im Zusammenhang mit dem verhängnisvollen Falkland-Krieg vor einem Militärgericht stehen. Zu den Freigesprochenen zählte noch Omar Graffigna.

Der Prozeß, das erste Verfahren dieser Art in der Geschichte Lateinamerikas, hatte diese Nation seit Ende April in Atem gehalten. Im Gerichtssaal des Justizpalastes, der mit den bunten Fenstern, dem massiven Kruzifix und den Holzbänken einer Kirche glich, ließ der aggressive Staatsanwalt Julio Strassera (52) noch einmal die düstere Vergangenheit aufleben. Mehr als 10 000 Menschen waren ermordet worden und verschwanden spurlos in Massengräbern oder im La-Plata-Fluß. Strassera sprach von einer „gut organisierten Todesmaschinerie".

Ein Untersuchungsausschuß unter dem Vorsitz des Schriftstellers Ernesto Sabato dokumentierte fast 8900 Fälle von Vermißten. Sabato beschrieb seine Arbeit als „Abstieg in die Hölle". Staatsanwalt Strassera, ein Freund deutscher Musik (Bach, Beethoven) und deutscher Literatur (Goethe, Grass), führte dem Gericht mehr als 1000 Zeugen vor, die oft in Tränen ausbrachen. Sie berichteten über geheime Gefängnisse, es hatte einst 270 gegeben, über Folterungen und Hinrichtungen. Dem Staatsanwalt ging es vor allem darum, zu beweisen, daß die Liquidierungs-Befehle von oben kamen, von den Militär-Kommandeuren.

Die Angeklagten erschienen nur einmal im Gerichtssaal, in voller Montur, mit allen Auszeichnungen. Sie wirkten nervös, aber keiner zeigte Reue. Die Streitkräfte hätten damals einen Krieg gegen eine schwer bewaffnete Guerrilla-Bewegung geführt, verteidigten sie sich. In jedem Krieg gebe es Exzesse.

Der Prozeß hat Unruhe geschaffen in den Reihen der Streitkräfte und das Verhältnis zwischen den Militärs und der Alfonsin-Regierung schwer belastet. Alfonsin, der unmittelbar nach seiner Amtsübernahme vor genau zwei Jahren dieses Verfahren anordnete, verlor zwei Generalstabschefs. Der dritte, General Hector Rios Erenu, genießt kein großes Vertrauen im Offizierskorps, weil er dem Präsidenten freundschaftlich verbunden ist. Viele Vertreter des Offizierskorps beklagten sich, gegen sie werde eine Treibjagd veranstaltet. „Wir haben das Gefühl, als sitze die gesamte Institution auf der Anklagebank", sagte ein junger Hauptmann.

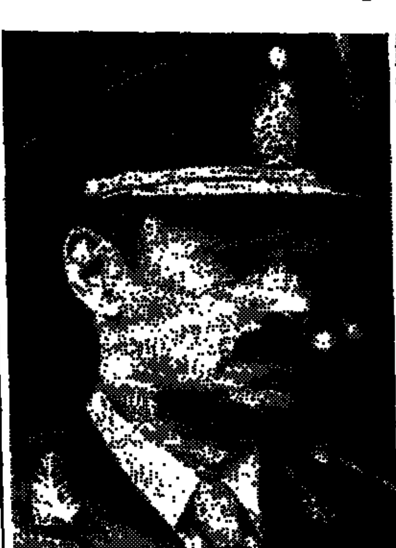
Als eine Welle der Terror-Anschläge das Land erschütterte – im Oktober ereigneten sich mehr als 50 Bombenanschläge –, reagierte auch die Regierung nervös. Sie vermutete rechtsradikale Kreise mit engen Verbindungen zum Armee-Geheimdienst „Bataillon 601" hinter diesen Zwischenfällen, nahm Verhaftungen vor und verhängte schließlich am 25. Oktober den Ausnahmezustand, der am Montag überraschend wiederaufgehoben wurde. Die Haftbefehle gegen insgesamt zwölf Personen sind zurückgezogen worden. „Die Gründe für diese Maßnahmen existieren nicht mehr", erläuterte Innenminister Antonio Troccoli. Es herrsche wieder Ruhe im Land.

Niemand weiß jedoch, wie es nun weitergeht mit der Bewältigung der Vergangenheit. Die Menschenrechtsorganisationen, besonders die Mütter der Vermißten, die seit Jahren jeden Donnerstagnachmittag auf dem Plaza de Mayo anklagend im Kreis marschieren, verlangen die Bestrafung aller Personen, die in den „schmutzigen Krieg" verwickelt waren. Hebe di Bonafini, die Vorsitzende des Mütter-Verbandes, warnte: „Wir werden so lange aktiv bleiben, bis jedes Verbrechen gesühnt ist." Es gibt noch 2500 gut dokumentierte Fälle, bei denen 200 Namen beschuldigter Militärs vorliegen.

Die Mehrheit des Volkes scheint den Wunsch zu haben, bereits jetzt einen Schlußstrich zu ziehen. Präsident Alfonsin denkt wohl ähnlich, obgleich er bisher keine klaren Erklärungen abgab. Er spricht jedoch gelegentlich von der Notwendigkeit der Versöhnung. Schon glauben viele Beobachter, daß der populäre Staatschef die Nation per Referendum über eine Amnestie entscheiden lassen will. Bei ihren letzten Demonstrationen haben Hebe di Bonafini und die anderen Mütter Plakate getragen mit der mahnenden Aufschrift: „Keine Amnestie für Mörder."

Amnestie oder nicht. Ernesto Sabato prophezeit, daß Argentinien nicht so leicht seine Vergangenheit bewältigen wird. „Diese Wunden heilen nur langsam", sagte er. „Dieses Kapitel kann uns noch lange beschäftigen."

(SAD)



Lebenslang: Jorge Rafael Videla FOTO: AFP



Lebenslang: Emilio Massera FOTO: AFP



Freispruch: Leopoldo Galtieri FOTO: POLY-PRESS

Deutsche Industrie drängt Bonn zu SDI-Abkommen

Wirtschaftsvertreter zeigen Interesse an einer Beteiligung

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Vor dem Bundestag haben Vertreter der deutschen Industrie erstmals ihr Interesse an einer Beteiligung an der amerikanischen SDI-Forschung bekundet und gleichzeitig unterstrichen, daß sie eine regierungsamtliche Unterstützung für wichtig halten. Entsprechende Erklärungen gaben Eckard John von Freyend vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und Helmut Lohr vom Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI) bei einer Anhörung der Parlamentsausschüsse für Auswärtiges und Verteidigung über die technologischen Folgen der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) ab.

Beide meinten, die USA seien auch ohne die Beteiligung von ausländischen Forschungseinrichtungen und Firmen in der Lage, das selbst gesteckte Ziel eines weltraumgestützten Raketenabwehrsystems zu erreichen. Sie würden sich dazu, wenn nötig, den Sachverstand von außen „einkaufen".

Deshalb sei es wichtig, daß die Bundesregierung möglichst schnell mit der Regierung in Washington eine Art Rahmenabkommen schließe, damit die Firmen im Umgang mit den amerikanischen Partnern besser geschützt seien und das Aushandeln der Bedingungen für die Zusammenarbeit amtlich unterstützt werde. Es geht dabei um Fragen der Geheimhaltung, der Eigentums- und Nutzungsrechte möglicher Forschungs- und Entwicklungsergebnisse, der Definition und Einhaltung von Sicherheitsbestimmungen sowie um die Garantie einer gleichberechtigten Partnerschaft.

Interessiert ist die Industrie nach den Worten ihrer Verbandsvertreter an einem „möglichst hochrangigen Abkommen" zwischen Bonn und Washington. Dadurch soll sichergestellt werden, daß die Zusammenarbeit auf Industrieebene sich reibungslos gestaltet. Auf deutscher Seite wird mit Aufträgen aus dem Pentagon in der Größenordnung von 50 bis 100 Millionen Dollar gerechnet.

Von der SDI-Forschung erwartet die deutsche Industrie nach den Äußerungen ihrer Vertreter vor den Parlamentsausschüssen für die USA einen Technologieschub in allen nur denkbaren Bereichen. Wenn die Bundesrepublik mithalten wolle, dürfe sie sich von der SDI-Forschung nicht ausschließen. Sie könne erwarten, daß die auf die militärische Anwendung ausgerichtete Forschung auch einige „Abfallprodukte" im zivilen Bereich erzeugen werde. Deshalb sei die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik auf dem Weltmarkt berührt.

Zimmermann will nach dem Auto jetzt auch den Hausbrand entgiften

Positive Dreijahresbilanz des Innenministers bei Umweltschutz und innerer Sicherheit

GÜNTHER BADING, Bonn

Vor dem innenpolitischen Arbeitskreis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann gestern in einem Rückblick auf die drei Jahre seiner Amtsführung besonders die Verstärkung des Umweltschutzes in allen Bereichen hervorgehoben. Der Umweltschutz sei „zu einem modernen vorsorgenden Politikbereich ausgebaut worden".

Zimmermann kündigte an, daß er nach der Einführung des umweltfreundlichen Autos und der Großfeuerungsanlagenverordnung, mit der zwei wesentliche Quellen von Luftschadstoffen weitgehend ausgeschaltet werden konnten, jetzt auch Maßnahmen zur Schadstoffbegrenzung beim Hausbrand ergreifen wolle. Auch hier gehe es vorrangig um die Beseitigung von Stickoxiden, eine der wesentlichen Ursachen des Waldsterbens. Gedacht ist an Vorschriften zur Verringerung des Schwefelgehaltes im Heizöl und auch im Dieselkraftstoff.

Zum Kernbereich der Innenpolitik sagte der Minister bei der Vorlage eines umfangreichen Berichtes, „hier ist an die Stelle der Verunsicherung usnerer Sicherheitsorgane wieder die klare Vorgabe getreten, daß keine Art von Gewalt und Rechtsbruch geduldet wird und daß es auch für vorgeblich politisch motivierte Verstöße gegen unsere Rechtsordnung keine Legitimation und keine Ausnahme von strafrechtlicher Verfolgung geben kann". Die Wahrung der inneren Sicherheit bleibe eine „Daueraufgabe von hohem Rang". Mit der Gesetzesänderung beim Demonstrationsstrafrecht und seiner an der Verhältnismäßig orientierten abgestuften Regelung seien jetzt „der Polizei wirksamere Rechtsgrundlagen an die Hand gegeben, damit sie Lage-angemessen und differenziert, vor allem aber erfolgreich reagieren kann", sagte Zimmermann. Auch in den letzten Jahren seien zahlreiche Demonstrationen unfriedlich verlaufen. Es verstehe sich daher von selbst, daß die Planung und Koordinierung von Schutzmaßnahmen und polizeilichen Vorbereitungen gegen unfriedliche Aktionen einen Schwerpunkt in seiner Arbeit dargestellt hätten.

Zimmermann kündigte als eine „ganz zentrale Aufgabe" an, die geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus zu intensivieren. Er begründete das mit dem Hinweis auf sich häufende willkürliche Inanspruchnahme eines angeblichen „Widerstandsrechts" gegen rechtmäßige staatliche Entscheidungen. Dies zeige, wie notwendig es sei, besonders jüngere Menschen über die Gefahren für unsere demokratische Grundordnung zu informieren und um Akzeptanz der Grundregeln und Grundwerte dieser Ordnung zu werben.

Die terroristische Bedrohung besteht nach Einschätzung Zimmermanns unverändert fort. Der Minister verwies auf den versuchten Sprengstoffanschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau im Dezember 1984, die Serie weiterer Brand- und Sprengstoffanschläge im Zusammenhang mit dem Hungerstreik inhaftierter Terroristen zwischen Dezember 1984 und Februar 1985, die Ermordung des MTU-Vorsitzenden Dr. Zimmermann im Februar 1985 sowie den Sprengstoffanschlag auf den amerikanischen Militärflughafen in Frankfurt vom August, bei dem zwei Personen getötet und zahlreiche Passanten verletzt worden waren.

Zu diesen Anschlägen habe sich die „Rote Armee Fraktion" (RAF) schriftlich bekannt, deren Brutalität zugenommen habe. Die besondere Aufmerksamkeit gelte aber auch der Entwicklung der „Revolutionären Zellen" und weiterer Gruppen, die nach deren Vorgehensprinzip Anschläge verübten. Zimmermann berichtete, daß die internationale Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung auf Initiative der Bundesregierung zwischen den EG-Staaten intensiviert worden sei.



Gratulation für Dregger: Kanzler Helmut Kohl, Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Frau Dregger FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

„Auf sein Wort ist Verlaß"

DW. Bonn

Mit einem großen Empfang im Konrad-Adenauer-Haus hat die CDU den CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger gestern zu seinem 65. Geburtstag geehrt. In Anwesenheit von Bundespräsident Richard von Weizsäcker, des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß sowie zahlreicher anderer Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft würdigte der CDU-Chef, Helmut Kohl, Dregger als einen Politiker „auf dessen Wort Verlaß ist". Das in der Öffentlichkeit von Dregger gezeichnete Bild eines Mannes, „der leise Töne nicht kennt" sei falsch. Der CSU-Vorsitzende Strauß dankte für die Zusammenarbeit in der gemeinsamen Fraktion und bezeichnete Dregger als „treuen Mitarbeiter der CDU und loyalen Freund der CSU."

Dregger, ein promovierter Jurist, ist am 10. Dezember 1920 in Münster geboren worden. Während des Zweiten Weltkrieges, in dem er zuletzt als Bataillonskommandeur der Wehrmacht angehörte, wurde er viermal verwundet. Von 1956 bis 1970 war Dregger OB von Fulda, von 1967 bis 1982 Landeschef der CDU in Hessen, von 1977 bis 1983 einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU. Seit 1976 gehört Dregger dem Bundestag an, wo er im Zuge der politischen „Wende" von der sozialliberalen zur Regierungskoalition am 4. Oktober 1982 den Vorsitz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion übernahm.

Ansatzpunkte gibt es beim Umweltschutz

Barschel berichtet über seine Gespräche in Ost-Berlin

GEORG BAUER, Berlin

Bringt der Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, Uwe Barschel, von seiner fast fünftägigen Reise in die „DDR" Substantielles mit nach Hause? Mit gemischten Gefühlen wird der Christdemokrat heute von seinem Abstecher zurückkehren. In nüchterner Einschätzung der Reise hatte Barschel nach seinen Gesprächen mit den stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrates, Günther Mittag, und dem „DDR"-Umweltminister Hans Reichelt jeglichen spektakulären Erfolgen vorgebeugt: „Im Vordergrund haben Themen gestanden, die von besonderem Interesse meines Landes sind."

Die Wünsche, die Barschel als Vertreter des nördlichsten Bundeslandes äußerte, scheinen auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein. An die vorletzte Stelle seines Themenkatalogs hatte er das Projekt eines gemeinsamen Naturschutzparkes entlang der innerdeutschen Grenze zwischen Priwall im Norden und Lauenburg im Süden gerückt. Aus der Reaktion der „DDR"-Funktionäre schließt der Kieler Politiker, daß das Vorhaben – Abstimmen der Umweltschutzmaßnahmen und ein besserer Austausch von Informationen – unter dem „Dach des Umweltabkommens" verwirklicht werden kann. Die Hoffnungen des Christdemokraten gründen sich vor allem auf der Einschätzung, daß das Abkommen zu Beginn des kommenden Jahres von Bonn und Ost-Berlin unterzeichnet werden wird.

Auch bei der Problematik der Ostseefischerei zeichnet sich eine Lösung ab. In der Vergangenheit waren die Fischer wiederholt von Patrouillenbooten der „DDR" aufgebracht worden, nachdem sie auf ihrem Weg in die Fanggründe um Bornholm Hoheitsgewässer der „DDR" berührt hatten. Ost-Berlin werde prüfen, ob die Fischer die Gewässer passieren dürfen. Voraussetzung sei allerdings, daß sie ihre „Fanggeräte unter Deck" verstauten.

Auch in der Frage der „DDR"-Sondermülldeponie Schönberg, gegen die die Bewohner der Hansestadt Lübeck aus Furcht vor einer Verschmutzung des Grundwassers Sturm laufen, hofft der Ministerpräsident einen Schritt vorangekommen zu sein. Nach Ansicht Barschels kann Ost-Berlin dafür gewonnen werden, den Grenzübergang Lübeck-Schlutup, über den der Mülltransport abgewikkelt wird, nach Süden außerhalb der Stadtgrenze zu verlegen.

Probleme bereitet Ost-Berlin nach Einschätzung von Barschel die Einhaltung des an Bonn abgegebenen Versprechens, den Asylantenstrom, der über den Flughafen Schönefeld in die Bundesrepublik Deutschland fließt, zu stoppen. Der Wunsch der Bundesregierung, die Kontrolle, die sich zur Zeit auf Tamilen beschränkt, auf Inder und Pakistani auszuweiten, scheint derzeit nicht realisierbar. Finanzielle Gründe – Auslastung der Fluggesellschaften – stehen dem entgegen.

Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" zitierte Barschel mit der Äußerung, Schleswig-Holstein habe den Willen „zur Gestaltung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD beizutragen". Vor einer derartigen einenen Länderpolitik gegenüber der „DDR" hatten anläßlich des Lafontaine-Besuchs in Ost-Berlin der Berliner Senat intern und der Berliner FDP-Chef Walter Rasch öffentlich gewarnt.

„Rechtswidrige Streiks"

Vogel gegen gesetzliche Maßnahmen beim Paragraphen 116

gba/p.p. Bonn

Unmittelbar vor einem neuen „Dreiergespräch" auf Einladung von Bundeskanzler Helmut Kohl zwischen Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften hat die IG Metall mit Protestdemonstrationen und bis zu zweistündigen Arbeitsniederlegungen Druck auf die Regierung auszuüben versucht. Die Gewerkschaft wendet sich mit ihren Aktionen, an denen nach Angaben der IG Metall-Zentrale in Frankfurt mehr als 350 000 Arbeitnehmer schwerpunktmäßig in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, im norddeutschen Raum und in Bayern teilgenommen haben sollen, gegen eine Veränderung des Neutralitäts-Paragraphen 116 im Arbeitsförderungsgesetz (AFG).

Die Arbeitgeber bezeichneten diese Arbeitsniederlegungen als rechtswidrig. Das geltende Recht verbiete eindeutig politische Streiks.

Verhältnis zur Demokratie

Der Vorsitzende der rheinland-pfälzischen Metallarbeitgeber, Edgar Georg: „Wer im Zusammenhang mit einer von gewählten Volksvertretern zu entscheidenden gesellschaftspolitischen Frage mit betrieblichen Aktionen und politischen Streiks Druck auf die Parlamentarier ausüben will, gefährdet nicht nur den sozialen Frieden, sondern hat überdies ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie."

Unmittelbar vor dem Gespräch mit Arbeitgebern und Gewerkschaften im Bundeskanzleramt über eine eventuelle Novellierung des Streikparagraphen 116 (AFG) hat der SPD-Fraktionsvorsitzende noch einmal an Helmut Kohl appelliert, auf gesetzliche Maßnahmen in diesem Bereich zu verzichten. Es liege „kein Handlungsbedarf" vor, sagte der Oppositionsführer, und der Kanzler solle das „Volk vor einem schlimmen Konflikt bewahren, dessen Austragung absurd und töricht" wäre. Im übrigen komme er selbst bei intensiver Prüfung „zunehmend zu der Überzeugung", daß der von Wirtschaftsminister Bangemann veröffentlichte Gesetzentwurf „verfassungswidrig" sei.

Unzulässige Eingriffe?

Vogel befürwortete die jetzt stattfindenden Dreier-Gespräche, in deren Rahmen jeweils die Beschwernisse über Arbeitskampfmaßnahmen der Vergangenheit miteinander erörtert werden könnten. Aber es sei schon grundsätzlich zutiefst „unliberal", alle Bereiche der Politik immer weiter zu verrechtlichen; außerdem werde in dem Gesetzentwurf „ohne hinreichende Begründung in Eigentumsrechte der Arbeitnehmer eingegriffen, eine „Kräfteverschiebung zwischen Kapital und Arbeit" vorgenommen. Wenn es tatsächlich zu einer Gesetzesänderung komme, werde dies „verfassungsrechtlich sehr sorgfältig untersucht" werden, und er sei „sicher, daß Betroffene den Gang nach Karlsruhe" antreten würden. Die SPD-Fraktion werde heute in einer Sondersitzung die Gesprächsergebnisse im Kanzleramt diskutieren und morgen früh in einer Aktuellen Stunde im Bundestag behandeln.

NATO berät Fortsetzung des Gipfel-Dialogs

Co. Bonn

Über die weitere Strategie des Westens im Dialog mit der Sowjetunion werden die NATO-Außenminister morgen und übermorgen auf ihrer Herbsttagung in Brüssel beraten. Sie wollen gleichzeitig längerfristige Perspektiven für die Rüstungskooperation unter den Ländern der atlantischen Allianz entwerfen.

US-Außenminister George Shultz wird die Bündnispartner über die amerikanischen Schlußfolgerungen aus dem Reagan-Gorbatschow-Gipfel unterrichten. Das Thema ist besonders aktuell, weil Schultz wahrscheinlich schon Anfang 1986 wieder mit seinem sowjetischen Amtskollegen Eduard Schewardnadse zusammentreffen wird, bevor die Regierungschefs gegen Ende der ersten Jahreshälfte 1986 ihre zweite Gipfelbegegnung, diesmal in den Vereinigten Staaten, abhalten werden.

Nach Ansicht Bonns beruhte ein Teil des Erfolgs beim Genfer Reagan-Gorbatschow-Treffen auf der Einigkeit des westlichen Bündnisses. Angesichts der zu erwartenden neuen Versuche Moskaus, einen Keil zwischen Europäer und Amerikaner zu treiben, hält es die Bundesregierung für vordringlich, an der Einigkeit der NATO festzuhalten.

Gegenüber Shultz wollen sich die europäischen Partner dafür einsetzen, daß der Dialog mit dem Osten auf breiter Basis weitergeführt und weder auf Moskau als Gesprächspartner noch auf die Sicherheitspolitik als Thema beschränkt wird. Dabei wird auch die Fortführung des KSZE-Prozesses für wichtig gehalten.

In dem schon vorbereiteten Entwurf eines Abschlußkommuniqués kommt der Begriff „SDI" nicht vor. Geplant ist jedoch eine Wiederholung der von Reagan und Gorbatschow in Genf bekräftigten beiderseitigen Absicht, einen Rüstungswettlauf im Weltall zu verhindern und ihn auf Erden zu beenden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Kabul sorgt für Unruhe an Grenze zu Pakistan

Bezahlte Stammesrevolte in strategisch wichtigem Gebiet

PETER DIENEMANN, Neu-Delhi

„Man muß die Volksstämme auf unsere Seite bringen", schreiben schon im vorigen Jahrhundert in Afghanistan ansässige britische Agenten an ihre Kolonialregierung in Indien, der es nie gelungen war, Afghanistan vollständig unter Kontrolle zu bringen. Es gelang ihnen aber, einige der Stämme im Grenzbereich zur damaligen „North Western Frontier Province" (jetzt Pakistan) mit viel Geld und Waffen zu bestechen und auf ihre Seite zu ziehen. Nach dem gleichen Rezept erhoffen sich jetzt offenbar das Karmal-Regime in Kabul und die sowjetischen Besetzer Afghanistans Erfolg. „Mit Geld und Waffen", wie ein afghanischer Exilpolitiker in Neu-Delhi erklärt, „hat Kabul einige Stämme der Paschtunen in der Umgebung des Khyber-Passes gekauft, damit sie gegen die Mudschahedin kämpfen".

Das Tor nach Südasien, ins indische Flachland, wie der Khyber-Pass an der Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan seit Jahrtausenden genannt wird und den schon Alexander der Große überquert hatte, um die Tiefebenen zu erreichen, dieses Tor ist zwar seit der sowjetischen Invasion in Afghanistan geschlossen. Aber weder ist die Grenze im Bereich des Passes genau festgelegt, noch wird sie oder kann sie sorgfältig kontrolliert werden. Und seit sechs Jahren ist dieser Grenzabschnitt dem Kabul-Regime und vor allem den sowjetischen Besetzern ein Dorn im Auge. Denn durch die von zahlreichen, teilweise trockenen Flußtälern durchzogene, zerklüftete Berglandschaft ziehen seit Beginn des Kampfes der Mudschahedin gegen die russischen Invasoren täglich lange Karawanen von Pakistan nach Afghanistan, beladen mit Waffen und Lebensmitteln zur Versorgung der Freiheitskämpfer. In umgekehrter Richtung verlassen Flüchtlingsströme aus Kabul und anderen Gebieten über diese Grenze das Land in Richtung Pakistan. Die Überwachung der Versorgungswege per Hubschrauber und – wie im vergangenen Monat – verstärkte Bombenangriffe, brachten wenig Erfolg. Rund 70 Prozent der Versorgung der Mudschahedin, so westliche Beobachter, „läuft nach wie vor über dieses Gebiet".

Um die Grenze in diesem Abschnitt abzuriegeln, haben Kabul und Moskau sich der alten britischen Taktik erinnert, – und die „Käuflichkeit" der im Grenzgebiet lebenden Paschtunen-Stämme, der Afriden und Schinwaren, ausgenutzt. „Eine fürstliche Behandlung", so berichten aus Kabul geflüchtete Afghanen, „wurde mehreren Stammeshäuptlingen im Gästehaus des Ministeriums für Stammesfragen in Kabul zuteil" – auf Kosten der Regierung. „Die nach Kabul geladenen Häuptlinge erhielten jeweils ein Geldgeschenk in Höhe von umgerechnet 30 000 Mark und zogen mit dem Versprechen, daß ihre Stämme sowohl Waffen als auch Lebensmittel erhalten, wieder in ihre Dörfer an der Grenze zurück."

Die Geschenke wurden Anfang November an die traditionell armen Grenzstämme übergeben, die zudem durch den kriegsbedingten Nahrungsmangel geplagt werden. Der Erfolg blieb nicht aus. Insgesamt 16 Stammesführer unter ihrem Fürsten Wali Khan Kuiheil stehen seit Anfang Dezember zu ihrem in Kabul abgelegten Versprechen und versuchen, Mudschahedin-Versorgungstrupps auf ihrem Weg von Pakistan nach Afghanistan zu stoppen. Bei Feuergefechten zwischen Mudschahedin und Kriegern dieser Stämme soll es zahlreiche Tote gegeben haben.

Pakistan betrachtet diese neue Entwicklung mit Sorge. Das seit Jahrhunderten von den Stämmen bewohnte Territorium nimmt auf politische Grenzen keine Rücksicht und befindet sich zum Teil auf pakistanischem Boden. Islamabad geht es nicht nur um den Schutz afghanischer Flüchtlinge – oder Mudschahedin – auf pakistanischem Boden, sondern auch um die Verhinderung einer größeren Stammesrevolte in dem traditionell unruhigen Gebiet. Diese Revolte aber droht offen auszubrechen. Die Regierung Ziaul Haq hat jetzt Dutzende von Panzern und Tausende von Soldaten als Verstärkung in das Khyber-Gebiet gebracht. Die rebellierenden Stämme, die pakistanischen Soldaten Feuergefechte liefern, bei den nach sowjetischen Angaben 16 pakistanische Soldaten getötet wurden, bezeichnen ihren Aufstand übrigens als „Kampf für die Freiheit der Afriden und Schinwaren".

Erstmals ein brasilianischer Außenminister zum Staatsbesuch in Moskau

Kreml wirbt um Brasilias Freundschaft

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Der Besuch des brasilianischen Außenministers Olavo Setubal in Moskau ist von den sowjetischen Medien mit Wohlwollen vermerkt worden. Foto und Lebenslauf wurden in allen Zeitungen veröffentlicht. Die „Iswestija" konstatierte zufrieden, daß es sich bei Setubal um einen „außerordentlichen Politiker" aus Brasilien handele. Er wäre immerhin von 1975 bis 1979 Bürgermeister von São Paulo, der größten Stadt des Landes, gewesen.

Empfangen wurde der brasilianische Staatsgast vom sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse persönlich, der bereits 1980 mit einer Moskauer Delegation nach São Paulo gereist war, um seinerzeit mit Vertretern des brasilianischen Nationalkongresses Kontakt aufzunehmen. Der sowjetische Außenminister äußerte denn auch bei dem Empfang die Hoffnung, daß dieser Besuch der weiteren Entwicklung des politischen Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Brasilien in den „verschiedensten Bereichen" dienen möge.

Schon seit 1979 gibt es zwischen den Handelskammern beider Staaten eine Vereinbarung über den Außenhandel, der mit 445,5 Millionen Rubel seinerzeit einen Höhepunkt erreichte. Später, als die Sowjetunion nicht länger Erdöl nach Brasilien exportierte, war er wieder zurückgegangen. Brasilien exportiert vor allem Soja, Kakao, Zucker und Lederwaren in die Sowjetunion. Kaffee ordert Moskau indessen vorwiegend aus Angola. Wegen des 1980 verhängten amerikanischen Getreideembargos war Brasilien mit seinen Sojabohnen ein interessanter Partner geworden. Umgekehrt versuchte sich die Sowjetunion stärker als Anbieter von Nukleartechnologie in Brasilien zu profilieren.

Das Ergebnis der Wahlen in Brasilien im Januar dieses Jahres, aus denen die Demokratische Allianz als Gewinner hervorging, wurde von Moskau zufrieden hervorgehoben. Die sowjetischen Medien zollten dem „unabhängigen außenpolitischen Kurs", den Brasilien einnehme, uneingeschränkten Beifall.

Keine Kursänderungen in der Außenpolitik

WERNER THOMAS, Miami

Die zweitägige Moskau-Visite des brasilianischen Außenministers Olavo Setubal hat in Brasilien eine breite Resonanz gefunden. Die Zeitungen verzeichneten das Ereignis an prominenter Stelle. Mit Setubal war zum erstenmal in der Geschichte beider Länder ein brasilianischer Außenminister zu einem offiziellen Besuch in die Sowjetunion gekommen. Der Gast aus Brasilien hatte bereits in diesem Herbst am Rande der UNO-Vollversammlung in New York mit seinem Amtskollegen Schewardnadse ein längeres Gespräch geführt. Diplomatische Beobachter messen dem Besuch jedoch keine besondere Bedeutung bei. „Die Neue Republik wollte auch einmal in der Sowjetunion Flagge zeigen", meint ein europäischer Beobachter.

Die demokratische Sarney-Regierung, die Anfang des Jahres von den Militärs die Macht übernahm und die „Neue Republik" verkündete, trat bisher nicht durch außenpolitische Kurskorrekturen in Erscheinung. Sie blieb auf dem alten Kurs, bei dem die Beziehungen zu den westlichen Ländern eine zentrale Rolle spielen. An dem „korrekten Verhältnis" zur Sowjetunion – so ein Sprecher des Außenministeriums – soll sich nichts ändern.

Im Mittelpunkt der Gespräche Setubals standen wirtschaftliche Fragen. Brasilien, das größte Schuldnerland der Dritten Welt (100 Milliarden Dollar), versucht auch in der Sowjetunion neue Märkte für landwirtschaftliche und technologische Erzeugnisse zu erschließen. Die Aussichten werden nicht allzu optimistisch eingeschätzt. Das südliche Nachbarland Argentinien ist bereits der bevorzugte lateinamerikanische Handelspartner der Sowjetunion, der sich auf die Lieferung von Agrarprodukten konzentriert.

Die Sowjetunion sondiere dagegen seit Monaten die Möglichkeiten für ein Flugabkommen. Aeroflot soll nach Brasilien fliegen, die brasilianische Gesellschaft Varig in die Sowjetunion. Die Varig-Manager zeigen nur wenig Interesse.

Beide Länder haben sich dagegen für eine Erweiterung der bilateralen Beziehungen auf wirtschaftlichem, wissenschaftlich-technischem sowie anderen Bereichen ausgesprochen.

Stärker als die Sowjetunion beherrscht ein anderes kommunistisches Land die außenpolitische Diskussion der „Neuen Republik": Kuba. Die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen erweist sich als ein kontroverses Thema, das selbst Regierungskreise spaltet. Der linke Flügel der „Partei der Demokratischen Bewegung" (PMDB), der dominierenden Regierungspartei, setzte Präsident Sarney von Anfang an unter Druck, das Verhältnis zu normalisieren. Den Koalitionspartner, die „Partei der Liberalen Front" (PFL), drängt es dagegen nicht zur Eile. Die konservative Opposition warnt energisch vor einem Botschafteraustausch, weil sie Spionage- und Wühlaktivitäten kubanischer Agenten befürchtet.

Die Sarney-Regierung demonstrierte ihr vorsichtiges Taktieren gegenüber Kuba im August, als sie sich weigerte, eine Delegation zu Fidel Castros Schuldenkonferenz nach Havana zu entsenden. Sie stellte zudem klar, daß sie Castros Aufruf zu einem einseitigen Moratorium nicht Folge leisten werde. Auch eine Normalisierung des Verhältnisses zu den Marxisten in Managua steht momentan in Brasilia nicht zur Debatte. Das Regime der Sandinisten bleibt trotz mancher Erklärungen in Moskau ein Streitpunkt zwischen der Regierung Sarney und den Verbündeten Gorbatschows in Mittelamerika.

Olavo Setubal, der auf der Rückreise nach Brasilien in Frankfurt mit den brasilianischen Botschaftern in Westeuropa konferierte, wird bereits im Februar sein Amt nach nur einjährigem Dienst zur Verfügung stellen. Der Bankier möchte Gouverneur seines Heimatstaates São Paulo werden. Ganz gleich, wie sein Nachfolger heißen mag, die Presse handelt viele Kandidaten: Niemand erwartet eine Änderung der außenpolitischen Linie. Es bleibt dabei: Brasilien betreibt eine Außenpolitik ohne Experimente.

(SAD)

ETA: Madrid beharrt auf seiner Haltung

ROLF GÖRTZ, Madrid

Rund 150 ehemalige Angehörige der baskischen Terrororganisation ETA folgten dem Angebot der spanischen Regierung von 1984, die Waffen niederzulegen und sich wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Diese Zahl nannte ein Sprecher des Innenministeriums gestern gegenüber der WELT. Es werde in jedem Falle überprüft, ob sich die Reumütigen an strafwürdigen Verbrechen beteiligt haben oder nicht. Blutsverbrechen bleiben von der Wiedereingliederung, die in den meisten Fällen mit der Rückkehr aus dem Exil verbunden ist, nach wie vor ausgeschlossen. Seit auch Etarras im Zuge der Demokratisierung Spaniens amnestiert wurden, ermordete die ETA über 400 Menschen, meist Basken.

Mit der Versicherung, daß die Regierung kein weiteres Angebot an die ETA gemacht habe, dementierte der Sprecher des Ministeriums praktisch einen groß aufgemachten Bericht der regierungsnahen Zeitung „El Pais". Das Blatt hatte behauptet, die Regierung habe der ETA einen neuen Verhandlungsplan vorgelegt. Im Text wird zum ersten Mal angedeutet, daß auch über Blutverbrechen verhandelt werden könne. Der Sprecher des Innenministeriums: „Wir nehmen zu Zeitungsberichten dieser Art keine Stellung."

Die „Regierungsnähe" der auflagenstärksten Zeitung Spaniens hat einen anderen Charakter angenommen, als sich im Sommer dieses Jahres linke Ideologen auch in der Sozialistischen Regierungspartei von dem pragmatischen Kurs der Regierung – innen- und außenpolitisch – distanzierten. Zum ersten Mal wurde auch Kabinettschef Gonzalez kritisiert. Beobachter sehen deshalb in der Veröffentlichung einen neuen Versuch, die Regierung unter Druck zu setzen.

In der Baskenfrage verspricht sich Innenminister Barrionuevo mehr Erfolg von den bestehenden Kontakten in Gefängnissen und im Exil, die immerhin 150 Etarras zur Aufgabe des Terrors bewog. Von den fünf Grundforderungen der ETA sei vor allem eine Generalamnestie völlig unannehmbar. Undenkbar auch die Auflösung des Landes Navarra gegen den in mehreren Urnengängen manifestierten Willen der Bevölkerung dieses Landes. (SAD)

Interview mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan

SDI bietet Hoffnung für eine stabilere Welt

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat in einem Interview mit der WELT und drei weiteren europäischen Tageszeitungen Stellung zu SDI, zu den Beziehungen mit der Sowjetunion, chemikalischen Waffen und zum Südafrika-Problem Stellung bezogen. Für die WELT stellte Fritz Wirth die Fragen.

WELT: Herr Präsident, wenn Sie die Möglichkeit hätten, den Gipfel mit Mr. Gorbatschow noch einmal „nachzuspielen", würden Sie irgend etwas daran ändern, was Sie in Genf getan oder gesagt haben? Wäre es möglich gewesen, bessere Resultate zu erzielen?

Reagan: Ich habe mit Mr. Gorbatschow 15 Stunden verbracht, fünf davon in privaten Gesprächen unter vier Augen. Wie Mr. Gorbatschow gesagt hat, haben wir gemeinsam eine Menge Arbeit geleistet. Wir haben beide offen und ernsthaft unsere Standpunkte diskutiert. Ich habe ihm exakt meine Vorstellungen dargelegt, während Mr. Gorbatschow energisch und klar seine Ansichten erläutert hat. Ich bin bereit zu der schwierigen, schrittweisen Arbeit, die nötig sein wird, um dauerhafte Resultate zu erzielen in der Rüstungskontrolle, den Menschenrechten, in regionalen Fragen und in bilateralen und anderen lebenswichtigen Bereichen. So wichtig unsere Worte in Genf auch waren, sie waren doch nicht so wichtig wie die Taten, die ihnen nun folgen müssen, wenn wir gegenseitiges Mißtrauen und Verdacht mindern wollen. Ich glaube, Mr. Gorbatschow und ich haben einen neuen Anfang gemacht.

WELT: Herr Präsident, Sie planen ein militärisches Programm, SDI, das erst nach mehreren Jahren Ergebnisse zeitigen wird. Wie können Sie sicher sein, daß Ihr Nachfolger dieses Programm nicht aufgeben wird? Wie können Sie die Alliierten der Kontinuität dieser Initiative versichern?

Reagan: Kein frei gewählter Staatsführer kann für die Aktionen seines Nachfolgers garantieren. Unsere Alliierten verstehen das. Sie verstehen aber auch, daß Demokratien dahin tendieren, solche Verteidigungsprogramme, die für die nationalen Interessen und die Verteidigung der Freiheit lebenswichtig sind, beizubehalten. Ich glaube, daß die Strategische Verteidigungsinitiative zu diesen Programmen zählt. Sie dürfen nicht vergessen, daß SDI in der jetzigen Phase erst ein Forschungsprogramm ist mit dem Ziel, grundlegende Fra-

> „So wichtig unsere Worte in Genf auch waren, sie waren doch nicht so wichtig wie die Taten, die ihnen nun folgen müssen, wenn wir gegenseitiges Mißtrauen und Verdacht mindern wollen. Ich glaube, Mr. Gorbatschow und ich haben einen neuen Anfang gemacht."

gen zu beantworten, ob Verteidigungsmaßnahmen gegen ballistische Geschosse überhaupt praktikabel sind. Diese Bemühungen werden in den Vereinigten Staaten auf breiter Basis von beiden Parteien unterstützt. Wenn wir feststellen, daß strategische Verteidigungsmaßnahmen praktikabel sind, wird SDI, glaube ich, auch langfristig Unterstützung finden, weil es eine effektive Abschreckung durch Verteidigung statt durch die Drohung von massivem Tod und Vernichtung verspricht. Es wird überdauern, weil es die Hoffnung bietet, eine sicherere, stabilere Welt zu schaffen und eines Tages Nuklearwaffen überflüssig zu machen.

WELT: Herr Präsident, in den vergangenen Jahren ist Italien auf der internationalen Szene aktiver geworden – nicht immer in voller Übereinstimmung mit der amerikanischen Politik. Wie beurteilen Sie diese autonomere Rolle Italiens, zum Beispiel im Nahen Osten, und sehen Sie die Gefahr möglicher Mißverständnisse oder Besorgnisse in den amerikanisch-italienischen Beziehungen?

Reagan: Wir schätzen Italiens internationale Rolle positiv ein. Italien hat zum Beispiel durch seine Teilnahme an der UNO-Interimstruppe in Libanon (Unifil) und der multinationalen Sinai-Truppe eine wertvolle Rolle bei der Erhaltung des Friedens im Nahen Osten gespielt. Italien und die Vereinigten Staaten haben manchmal verschiedene Auffassungen darüber, wie man am besten den Friedensprozeß im Nahen Osten fördert. Aber sowohl Italien wie die Vereinigten Staaten unterstützen fest die friedliche Lösung des arabisch-israelischen Konflikts und Israels Existenzrecht in gesicherten und anerkannten Grenzen. Ich sehe keine Gefahr von Mißverständnissen in den italo-amerikanischen Beziehungen. Wir werden weiterhin in enger Verbindung bleiben und einander auf eine Weise konsultieren, die unseren sehr freundschaftlichen Beziehungen entspricht. Die Vereinigten Staaten wollen das mit Gewißheit, und wir sind überzeugt, daß auch Italien den gleichen Wunsch hat.

WELT: Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist gegenwärtig dabei, ihre Entscheidung über eine deutsche Teilnahme an SDI zu fällen, und sie wurde deswegen von Moskau angegriffen. Wie bedeutsam wäre eine solche SDI-Partnerschaft für die USA unter politischen und technologischen Aspekten?

Reagan: Die Vereinigten Staaten schätzen die einzigartigen technologischen Erfolge der Bundesrepublik Deutschland, die sich in der Forschung der Strategischen Verteidigungsinitiative direkt niederschlagen könnten. Die technischen Erfahrun-



Reagan: „Ich glaube, Mr. Gorbatschow und ich haben einen neuen Anfang gemacht."
FOTO: BREESE/STUDIO X

gen und die wissenschaftlichen Fähigkeiten deutscher Institutionen und Unternehmen in der fortgeschrittenen Forschung wären hilfreich und sehr willkommen. Wir glauben, daß die technologischen Resultate gemeinsamer Bemühungen zu erhöhter Sicherheit für die Allianz als Ganze führen werden und daß die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland und anderer NATO-Alliierter an der Forschungsarbeit selbst eine engere Kooperation innerhalb der NATO bewirken wird.

WELT: Das Thema der chemischen Waffen erregt in Europa immer mehr Besorgnis. Können wir in naher Zukunft eine neue amerikanische Initiative zur weltweiten Ächtung dieser Waffen erwarten?

Reagan: Wir sind fest darauf verpflichtet, eine effektive, umfassende und nachprüfbare globale Ächtung aller chemischen Waffen zu erreichen. Wie Sie vielleicht wissen, hat Vizepräsident Bush bei der Abrüstungskonferenz vom April 1984 den Entwurf eines Vertrags über chemische Waffen vorgelegt. Dieser Entwurf würde chemische Waffen überall in der Welt verbieten. Seitdem haben wir mit unseren Alliierten und mit anderen eng zusammengearbeitet, um die Vorkehrungen unseres Entwurfs zu verbessern und auf Fortschritte bei den Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz zu dringen. Wir meinen jedoch, daß die Verhandlungen über diesen Vertrag, besonders hinsichtlich der essentiellen Maßnahmen zur Überprüfung, nicht mit dem notwendigen Tempo fortgeschritten sind. Dies war eines der Themen, die ich in Genf mit Generalsekretär Gorbatschow besprochen habe. Es hat mich gefreut, daß wir in der Gemeinsamen Verlautbarung unsere Übereinstimmung ausdrücken konnten, unsere Bemühungen um den Abschluß eines effektiven und überprüfbaren globalen Verbots zu beschleunigen. Wir stimmten auch darin überein, bilaterale Diskussionen aller Aspekte eines solchen Verbots von chemischen Waffen, einschließlich der Fragen der Überprüfung, zu intensivieren. Außerdem stimmten wir überein, einen Dialog über die Unterbindung der Weitergabe chemischer Waffen zu eröffnen.

Die Vereinigten Staaten haben oft ihre Besorgnis über die Verbreitung chemischer Waffen ausgedrückt, besonders im Hinblick auf Fälle des Einsatzes von chemischen Waffen. Wir begrüßen Mr. Gorbatschows Interesse an diesem Problem und hoffen, daß die UdSSR konkrete Schritte unternehmen wird, um zu seiner Lösung beizutragen. Letzten Endes wirkt man der Verbreitung chemischer Waffen am besten durch den Abschluß eines effektiven und globalen Verbots entgegen. Bis ein solches Verbot erreicht ist, ist es wichtig, daß die Vereinigten Staaten eine moderne und glaubhafte Abschreckung gegen das existierende sowjetische Potential an chemischen Waffen beibehalten.

WELT: Ist Mr. Gorbatschow – um Mrs. Thatcher zu zitieren – ein Mann, mit dem man „Geschäfte machen" kann? Was war für Sie der ungewöhnlichste Aspekt und Eindruck dieses Treffens?

Reagan: Seit meinem Amtsantritt habe ich mich bemüht, realistisch mit der UdSSR umzugehen. Wir sind uns alle der Fakten der vergangenen 40 Jahre in den internationalen Beziehungen bewußt. Die Basis für mein Treffen mit Generalsekretär Gorbatschow bildeten fünf Jahre fester und konsistenter Politik sowohl der Vereinigten Staaten wie ihrer Alliierten. Auf dieser Basis bin ich nach Genf gekommen, bereit zu einem konstruktiven Dialog und zu einem neuen Anfang. In Genf habe ich recht lange Zeit mit Mr. Gorbatschow verbracht, einschließlich fünfstündiger Gespräche unter vier Augen. Er war für meine Begriffe ein energischer Exponent der sowjetischen Politik und ein guter Zuhörer. Unser Austausch war lebhaft, offen und ernst – im Geben und Nehmen. In manchen Dingen stimmten wir überein, in vielen anderen nicht. Aber wir waren uns einig, daß Taten und nicht Worte notwendig sind, um einen realen und dauerhaften Fortschritt in unseren Beziehungen zu erreichen. Wir sind zu den einzelnen Schritten dahin in den kommenden Monaten mit Eifer bereit.

WELT: Für wann erwarten Sie eine Übereinkunft bei den Mittelstreckenraketen – abgesehen von den anderen Verhandlungen –, und falls es vor 1988 dazu kommt, besteht dann die Möglichkeit, daß Holland die Marschflugkörper nicht zu stationieren braucht?

Reagan: Wie Sie wissen, haben die Vereinigten Staaten zum Schluß der letzten Runde der Genfer Abrüstungsgespräche einen neuen Vorschlag über die nuklearen Mittelstreckensysteme (INF) gemacht. Dieser neue Vorschlag zieht die positiven Elemente des sowjetischen INF-Ge-

> „Sie dürfen nicht vergessen, daß SDI in der jetzigen Phase erst ein Forschungsprogramm ist mit dem Ziel, grundlegende Fragen zu beantworten, ob Verteidigungsmaßnahmen gegen ballistische Geschosse überhaupt praktikabel sind."

genvorschlags während der Runde in Betracht und setzt für die Vereinigten Staaten wie für die Sowjetunion vorläufig eine Höchstzahl an weiterreichenden Abschußrampen in Europa oder im Bereich von NATO-Europa fest, erlaubt aber unterhalb dieser Höchstzahl die Freiheit der Mischung. Die Sowjetunion hat auf unseren neuen Vorschlag, den wir zu verfolgen planen, wenn die Gespräche im Januar wiederaufgenommen werden, noch nicht ausführlich geantwortet.

Obwohl noch bedeutende Unterschiede die beiden Seiten trennen, sind Generalsekretär Gorbatschow und ich übereingekommen, daß unsere Rüstungskontroll-Unterhändler ihre Arbeit beschleunigen sollten in Richtung auf eine entsprechende Einigung, die einen spürbaren Waffenabbau und größere Stabilität bringt und die effektiv überprüft werden kann. Wie wir in unserer Gemeinsamen Verlautbarung vom 21. November festgestellt haben, wünschen beide Seiten schnelle Fortschritte für ein interimistisches INF-Abkommen. Weiterhin möchte ich feststellen, daß die Regierung der Niederlande ihre Bereitschaft erklärt hat, unter den Bedingungen eines INF-Abkommens, das Reduzierungen an amerikanischen und sowjetischen LRINF-Raketen vorsieht, ihren proportionalen Anteil an Marschflugkörpern zu akzeptieren. Wenn die Sowjetunion dem INF-Ziel der Vereinigten Staaten, nämlich einem totalen Verbot von LRINF-Raketen, zustimmen sollte, wäre das natürlich ein bedeutender Schritt zur Verbesserung der Stabilität und der Friedensaussichten.

WELT: Was mehr Zusammenarbeit mit der Sowjetunion betrifft: Sind Sie bereit, Ihre Restriktionen des Exports von Hochtechnologie nach Osteuropa zu lockern, und stellt das neue amerikanisch-sowjetische Kernfusionsprojekt einen ersten Schritt in diese Richtung dar?

Reagan: Während die Vereinigten Staaten den nichtstrategischen Handel mit der Sowjetunion und ihren Alliierten zu beiderseitigem Nutzen fördern, bleiben wir bei Exportkontrollen, um sicherzustellen, daß amerikanische Exporte an diese Adressen nicht unsere Sicherheitsinteressen unterlaufen. Zusätzlich kontrollieren wir, unsere NATO-Verbündeten und Japan strategische Exporte in die Sowjetunion durch Cocom. Cocom verfügt über eine Liste von Produkten mit potentieller militärischer Bedeutung, die nur mit einer Sondergenehmigung in die Sowjetunion oder ihre alliierten Länder exportiert werden dürfen. Seit der sowjetischen Invasion Afghanistans haben wir und unsere Cocom-Partner diese Kontrollen strikt eingehalten. Wir autorisieren generell keine Exporte von Gütern auf der Cocom-Liste in die Sowjetunion. Diese Politik werden wir beibehalten. Eine Zusammenarbeit mit den Sowjets in der Kernfusionsforschung würde nicht zum Transfer Cocom-kontrollierter Technologie in die Sowjetunion führen. Die Teilnahme Amerikas und seiner Verbündeten an dem Fusionsprojekt würde innerhalb der existierenden Cocom-Richtlinien ausgeführt, um den Transfer sensitiver Technologie mit militärischem Potential zu verhindern.

WELT: Wenn Ihnen die Menschenrechte so wichtig sind, wie Sie es Mr. Gorbatschow gegenüber betont haben, warum dringen Sie nicht stärker auf die Menschenrechte für die schwarze Bevölkerungsmehrheit in Südafrika?

Reagan: Wir haben alles, was wir können, getan, um die Entwicklung einer gerechten Gesellschaft in Südafrika zu fördern, und wir werden es weiterhin tun. Meine Regierung hat bei wiederholten Gelegenheiten öffentlich das Apartheid-System als rassische Diskriminierung verurteilt, die der schwarzen Mehrheit ihre unverzichtbaren Rechte vorenthält. Noch häufiger haben wir das in privaten Diskussionen mit offiziellen Vertretern der südafrikanischen Regierung getan. Die amerikanische Politik basiert auf der Sicherung des friedlichen Wandels in Südafrika. Der Wandel ist unausweichlich. Nach unserer Auffassung besteht das Problem nicht darin, ob die Apartheid abgeschafft werden soll, sondern wie und wann. Alle Menschen guten Willens wollen sie ersetzt sehen durch eine gerechte Gesellschaft und nicht durch einen rassischen Zusammenstoß, der dem Volk statt der alten Unterdrückung eine neue bescheren könnte. Um den friedlichen Wandel zu unterstützen, habe ich am 9. September eine Reihe von Maßnahmen gegen die Apartheid erlassen. Wir fördern Aktionen gegen das rassistische System, aber nicht Aktionen, die der schwarzen Bevölkerung in Südafrika oder den Völkern der benachbarten Länder schaden würden.

WELT: Ihre Einschätzung der sowjetischen Führerschaft, ihrer Politik, ihrer Interessen und ihrer langfristigen Ziele scheint sich im Lauf Ihrer Amtszeit geändert zu haben. Ist das eine normale Entwicklung, die den Wandel der Zeit, der vorherrschenden Themen und Interessen in den USA spiegelt, oder sehen Sie eine andere Art der Führung im Kreml, die eine echte Aussicht der Wende bietet?

Reagan: Unsere Politik gegenüber der Sowjetunion basiert auf einem langfristigen und realistischen Bewußtsein der Differenzen zwischen uns. Wir alle kennen die Lehren der

> „Meine Regierung hat bei wiederholten Gelegenheiten öffentlich das Apartheid-System als rassische Diskriminierung verurteilt, die der schwarzen Mehrheit ihre unverzichtbaren Rechte vorenthält. Noch häufiger haben wir das in privaten Diskussionen mit offiziellen Vertretern der südafrikanischen Regierung getan."

vergangenen 40 Jahre. Wir hegen keine Illusionen hinsichtlich der Natur des Kommunismus und der sowjetischen Außenpolitik. Wir dürfen keine unmittelbaren dramatischen Veränderungen erhoffen. Angesichts dieser Tatsachen war unser Verhältnis zur UdSSR im Grunde immer von der Rivalität bestimmt, und wird es auch in Zukunft bleiben. Gleichzeitig jedoch müssen und wollen wir sicherstellen, daß unsere Rivalität friedlich verläuft. Wie ich schon häufig gesagt habe und wie Generalsekretär Gorbatschow mir in Genf beigepflichtet hat, kann ein Atomkrieg nicht gewonnen und darf deshalb niemals ausgetragen werden. Wir müssen nach realem Fortschritt in den Menschenrechten streben, in regionalen Fragen, der Rüstungskontrolle, in bilateralen und in anderen Bereichen, wo immer wir es vermögen. In Genf haben der neue sowjetische Anführer und ich einen neuen Anfang gemacht. Ich habe keine Illusionen, aber dafür Hoffnung. Und ich hoffe und glaube, daß Mr. Gorbatschow so wie ich bereit ist zu der schweren, produktiven Arbeit, die vor uns liegt.

WELT: Die Bevölkerung der Schweiz wird im nächsten Frühjahr darüber abstimmen, ob sie schließlich den Vereinten Nationen beitritt. In Amerika scheint die Skepsis gegenüber der UN-Organisation im vergangenen Jahrzehnt zugenommen zu haben. Welche Rolle spielt Ihrer Meinung nach die UNO und welche sollte sie in der modernen Welt spielen?

Reagan: Die Vereinten Nationen waren nie ein Allheilmittel für die Probleme der Welt, wie manche Leute gehofft hatten. Trotzdem waren und können sie immer noch eine Kraft zum Guten sein. Die UNO-Bemühungen um die Erhaltung und Wiederherstellung des Friedens waren in vielen kritischen Fällen wichtig – zum Beispiel in Korea, in Kongo, auf Zypern und im Nahen Osten. Viele ihrer spezialisierten Unterabteilungen haben Aufgaben erfüllt, für die sie gegründet worden waren, und sie haben wertvolle Dienste geleistet auf den Gebieten der Gesundheit, der wirtschaftlichen Unterstützung und Entwicklungshilfe, der Flüchtlingsversorgung und in vielen anderen humanitären und technischen Bereichen.

Obgleich wir also die Erfolge der UNO respektieren, dürfen wir nicht die Augen vor ihren Fehlleistungen verschließen: Damit ist ihr Versagen gemeint, essentielle Sicherheitsprobleme effektiv zu behandeln, ebenso die Politisierung zu vieler ihrer Unterabteilungen, der Mißbrauch zu vieler ihrer Mittel. Da die Welt geteilt ist, verlangt der Realismus, daß wir die Begrenzungen der Vereinten Nationen erkennen. Jedoch, wir können es uns andererseits nicht leisten, ihre realen Chancen und Möglichkeiten im Interesse des Wohlergehens der Menschheit zu verlieren. Die Prinzipien der UNO-Charta sind heute genauso gültig wie 1945, sie geben uns Anleitungen zum Handeln. Wenn die Mitgliedstaaten sie mit Leben erfüllen, kann die UNO Mittel zu einer besseren und gesicherteren Welt sein.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Macht des DGB

Sehr geehrte Redaktion,

die geballte Machtfülle der Gewerkschaft läßt einem Bürger, der sich mit der Geschichte Deutschlands befaßt, den kalten Schauer über den Rücken laufen.

Die Väter des Grundgesetzes mit der Tarifautonomie und die Gründer unseres Deutschen Gewerkschaftsbundes haben eigentlich alle etwas anderes im Sinn gehabt als das, was die Advokaten jetzt daraus machen.

Hier liegt doch der eindeutige Beweis auf der Hand, daß die größte „Betriebsspionage"-Organisation aufgebaut wurde, die je eine Gesellschaftsgruppe irgendwo etablieren konnte. Durch die Betriebsräte vor allem bei den Großbetrieben wird an die Zentrale verraten, wer die Zulieferanten sind.

Wenn es in Süddeutschland mit der Gewerkschaft Krach gibt und der Arbeitskampf wenig Aussicht auf Erfolg hat, weil einfach die Streikkasse der Gewerkschaft zu dünn ist, bestreiken sie in Norddeutschland, wenn wir das als Beispiel nehmen dürfen, einen klitzekleinen Betrieb, der aber Schlüsselteile für die Produktion in Süddeutschland liefert. Das große Werk wird also nicht bestreikt, sondern es kann einfach nicht arbeiten. Und dann soll der Staat, sprich die Allgemeinheit, zur Kasse gebeten werden?

So geht es doch nicht. Die Gewerkschaft verläßt sogar den Boden ihrer eigentlichen Aufgabe. In ihrer Allmächtigkeit erlauben sie sich sogar, Parlamentarier, Volksvertreter zu nötigen. Die Gewerkschaften müssen auf ihre eigentliche Aufgabe einmal wieder hingewiesen werden. Und da hat es Herr Esser sehr gut formuliert, daß hier der Staat endlich gegenüber den Gewerkschaften ein Machtwort spricht.

Mit freundlichen Grüßen
Christoph A. Weidlich,
Berlin 36

*

„Unüberbrückbar: Anspruch und Wirklichkeit"; WELT vom 2. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren,

die durch die unbestrittenen Managementfehler einerseits und die Fehlleistungen der Aufsichtsratsmitglieder andererseits (Ernst Breit, Franz Steinkühler, Monika Wulf-Mathies) entstandenen Verluste der Neuen Heimat müssen mit den Beiträgen der Gewerkschaftsmitglieder abgedeckt werden.

Nach dem Verursacherprinzip tragen die Gewerkschaften die Verantwortung für die Streiks. Da jedoch – dank dem Versagen der erwähnten Aufsichtsratsmitglieder – die Streikkassen leer sind, soll dann gemäß Paragraph 116 AFG die Gesamtheit der Beitragszahler zur Arbeitslosenversicherung – also nicht nur der Gewerkschaftsmitglieder – für die Streikkosten aufkommen.

Frage: Müßte dann nicht auch die Gesamtheit der Beitragszahler zur Arbeitslosenversicherung – und nicht nur der Gewerkschaftsmitglieder – in einer Urabstimmung sich für den Streik entscheiden?

So einfach ist das also: Die Gewerkschaften entleeren ihre Streikkassen in das bodenlose Verlustloch der Neuen Heimat, und die Gesamtheit der Beitragszahler zur Arbeitslosenversicherung zahlt dann für den von den Gewerkschaften initiierten Streik!

Mit freundlichem Gruß
Car. F. Walter,
Hamburg 92

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem man langsam den Eindruck gewinnen muß, daß der DGB sowieso alles besser machen kann, sollte man da nicht am besten gleich die Nürnberger Bundesanstalt diesem DGB unterstellen?

Herr Breit wird's schon machen; er als Präsident, und die IG-Fürsten übernehmen je ein Landesarbeitsamt. Sie werden uns schon zeigen, was man unter Arbeitsbeschaffung zu verstehen hat.

Da übrigens die meisten Arbeitnehmer die Höchstbeträge bei den Sonderausgaben schon überschreiten, sollte der Gesetzgeber verfügen, daß man die Abzüge für die Arbeitslosenversicherung gleich unter Werbungskosten als Gewerkschaftsbeitrag absetzen kann. Ich finde, eine solche Entscheidung würde der Finanzklarheit dienen. Mit dem eingetragenen Freibetrag auf der Lohnsteuerkarte hätte jeder den Nachweis dafür, daß er ein förderndes Mitglied des DGB ist!

Mit freundlichen Grüßen
Peter Wendlandt,
Hamburg 36

Lehre erteilt

„Ein Friedensvertrag für die Deutschen"; Geistige WELT vom 30. November

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,

mein Kompliment für diese geradezu einzigartige Analyse der Grundsätze europäischer Politik.

Sie haben damit unseren heutigen Tagespolitikern, deren Horizont über die Entwicklung sekundärer Rezepte wie „menschliche Erleichterungen" und ähnlicher Schlagworte nicht hinausreicht, eine Lehre erteilt – falls diese Garnitur, die in allen Parteien das Wort führt, überhaupt belehrbar sein sollte, woran leider zu zweifeln ist.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Brocke,
Essen 1

Auch gewonnen

„Werbungsverbot bestätigt"; WELT vom 18. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

es sollte nicht unerwähnt bleiben, daß von den 23 Klagen sieben ganz und acht teilweise gewonnen wurden und das Gericht die Scientology Kirche Hamburg, eine Gliedkirche der weltweit verbreiteten von L. Ron Hubbard begründeten Scientology Kirche, als Religionsgemeinschaft anerkannte.

Mit freundlichen Grüßen
H. Seip,
- Scientology Kirche Hamburg e. V.

Wort des Tages

> „Zwischen zu früh und zu spät liegt immer nur der Augenblick."

Franz Werfel, österreichischer Autor (1890–1945)

Personalien

GEBURTSTAG

Dr. **Hans Tiedeken**, Bonn, seit 1978 Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages und seit 1982 Präsident des Deutschen Heimatbundes, wurde 60 Jahre alt. Der Heimatbund, die Dachorganisation der entsprechenden Landesverbände, ist mit mehr als einer Million Mitglieder einer der größten Umweltbünde und in den letzten Jahren vor allem durch seinen Einsatz zum Schutz und zur Pflege historischer Parks und Gärten bekannt geworden. In der Europarat-Aktion „Ländliche Kampagne 1986/1987" ist der Deutsche Heimatbund der deutsche Partner.

BASARE

Politische Karikaturen nennt **Hans-Dietrich Genscher** „optisches Juckpulver". Der Außenminister und seine Politik in der Karikatur 1985 kamen in der Bonner Diplomatenschule schlichtweg „unter den Hammer". Das Pressereferat des Auswärtigen Amtes und seine beiden Chefs **Jürgen Chrobog** und **Reinhard Bettzüge** hatten die bekanntesten Karikaturisten mit ihren Beiträgen dazu eingeladen. Die Versteigerung ihrer Werke erbrachte 9160 Mark. Das Geld erhält der Förderkreis für tumor- und leukämieerkrankte Kinder der Universitäts-Kinderklinik Bonn. Den höchsten Zuschlag erzielte die Zeichnung „Häuptling Strauß kocht Genscher im Topf ab" von **Ernst Heidemann**. 1700 Mark ließ sich Genscher-Freund und Fabrikant **Diethelm Doll** das Bild kosten. Bis 500 Mark hatte Minister Genscher noch mitgehalten.

„Was Journalisten anrichten" hat **Hannelore Kohl** in Buchform vorgestellt. Und dieses Mal geht es nicht um eine besondere „Bonner Gerüchteküche", sondern vielmehr um Rezepte, die Bonns Journalisten zulieferten. Das originelle Werk mit Zeichnungen von **Gernot Rumpf** erlebte in der Bonner Rheinland-Pfalz-Vertretung eine große Premiere. Frau Kohls Kochbuch erschien in der Pfälzischen Verlagsanstalt. Sein Preis: 24,80 Mark. Pro verkauftem Exemplar gehen zehn Mark an das Kuratorium „ZNS" für Unfallverletzte mit Schäden des zentralen Nervensystems. Präsidentin des Kuratoriums ist Hannelore Kohl. Der Bundeskanzler, seine Minister **Norbert Blüm** und **Heinrich Windelen** sowie Regierungssprecher **Friedhelm Ost** signierten die ersten hundert Exemplare.

EHRUNGEN

Der 27jährigen Agrarjournalistin **Hildegard Moritz**, Münster, wurde der „Silberne Traktor" verliehen. Dieser seit 1978 vom Landmaschinenhersteller **John Deere** vergebene und auf der „Agritechnica 1985" überreichte Preis – mit 6000 Mark dotiert – will die journalistische Arbeit von hauptberuflichen Redakteuren würdigen.

*

Der Gerrit-Engelke-Literaturpreis der Stadt Hannover, der seit 1978 alle zwei Jahre vergeben wird, ist jetzt dem Dortmunder Schriftsteller **Max von der Grün** überreicht worden. Der mit 15 000 Mark dotierte Literatur-Preis soll an den 1918 in Flandern gefallenen Dichter **Gerrit Engelke** aus Hannover erinnern.

Über 100 Lufthansa-Flüge von Deutschland nach Nordamerika. Woche für Woche.



Das bietet Ihnen keine andere Fluggesellschaft: Woche für Woche fliegt Lufthansa zu 15 Zielen in USA und Kanada. Insgesamt über 100mal. Alle Flüge nonstop oder direkt. Die meisten davon ab Frankfurt, eine ganze Reihe aber auch ab Düsseldorf, Hamburg und München. Wenn Sie also demnächst den Atlantik überqueren wollen, nutzen Sie das umfangreichste Nordamerika-Angebot ab Deutschland: nach Anchorage, Atlanta, Boston, Calgary, Chicago, Dallas, Houston, Los Angeles, Miami, Montréal, New York, Philadelphia, San Francisco, Toronto, Vancouver. Bei so vielen Flügen ist bestimmt auch für Sie der richtige dabei.



Buchung und Beratung in Ihrem Reisebüro mit Lufthansa Agentur.



Die irakische Regierung hält die Rückständigkeit der arabischen Frau für „das größte Hindernis"; der Krieg hilft, es zu überwinden. Die wenigen Schuhputzer und Bettler stammen aus Sudan oder Ägypten. Die Schulkinder tragen englisch-artige Uniformen, die Universitäten sind streng. Eine Cordhose Marke „Bagdad-Cowboy" kostet mehr als 200 Liter Benzin.

Autos für Kriegerwitwen. Studenten werden vom Wehrdienst zurückgestellt

Von DETLEV AHLERS

Die einzigen Explosionen im November in Bagdad waren ein Feuerwerk zu Mohammeds Geburtstag. Unzählige Bretter mit Kerzen schwammen an diesem Abend den Tigris herunter; ein Bild des Friedens in einer erleuchteten Stadt. Verdunkelung ist nicht notwendig, die persische Luftwaffe kann Bagdad nicht erreichen. Und die Raketen finden ihr Ziel auch bei Dunkelheit.

Im Frühjahr, im Städtekrieg, explodierten ein Dutzend Raketen, die blutiger Ernst waren. Sie richteten mit ungeheurem Getöse vergleichsweise geringen Schaden an. Aber eine tötete auf einem Platz Dutzende von Kindern, eine andere zerriß am Westufer der Raschid-Brücke viele ägyptische Gastarbeiter, die in der lauen Nacht auf Dächern schliefen. Die gut ausgestatteten Krankenhäuser waren überfüllt.

Zur Zeit scheint keine Seite daran interessiert, den Städtekrieg wieder aufzunehmen; Persien weiß, daß Irak grausamer zuschlagen kann, und Irak vermeidet Eskalationen.

Die Raketen-Einschläge haben die Bevölkerung erregt; sie sind noch immer Gesprächsthema, während sonst vom Krieg in Bagdad kaum etwas zu spüren ist. Man sieht nur viele Soldaten und einige Luftabwehrgeschütze um das Präsidenten-Palais, auf dem Rundfunkgebäude und der Hauptpost. Die scharfen Kontrollen dienen wohl der inneren Sicherheit, der Abwehr von Terroranschlägen. Hat die Regierung auch begründete Furcht vor einem Putsch? Das konnte kein Gesprächspartner beantworten.

Auf den zweiten Blick allerdings ist auch Bagdad eine Kriegsstadt – zum Beispiel im Museum für moderne Kunst. Das Thema vieler Maler: die Kriegsmüdigkeit. Diese Bilder sind offensichtlich nicht zensiert. Und in Privatwohnungen, am schwarzen Brett der Universitäten, in den Geschäften und Werkstätten hängen Fotos Gefallener.

Auf der Fahrt zu den Ruinen von Ctesiphon, dem einst größten Ziegel-Kuppelbau der Welt, sieht man Fangzäune gegen Tiefflieger und kegelförmige Hügel mit Fliegerabwehrgeschützen um das von den Israelis 1981 angegriffe Atomkraftwerk. Vor dem Tor von Ur verbietet die Wache des benachbarten Fliegerhorstes das Betreten, vielleicht, weil man von der Ruine des Zikkurats aus eine weite Übersicht hat. Elektrizitätswerke und Staudämme, viele Brücken, die man auf Überlandfahrten sieht, sind ähnlich gesichert wie das Atomkraftwerk. Dort ahnt man, daß ein gewaltiges Spiel stattfindet.

Eines, dessen Bevölkerung und Regierung überdrüssig sind. Der Staat würde Arbeitskräfte und Geld heute lieber für ein anderes Ziel einsetzen: eine arabische Führungsmacht zu werden. Es bedarf vieler Gastarbeiter, die Unzahl von Bauprojekten nicht ins Stocken geraten zu lassen, wobei es schon während des Ölreichtums der siebziger Jahre die Tendenz gab, unangenehme Aufgaben Gastarbeitern aufzubürden. Fast alle Bauarbeiter, Straßenkehrer, fast das gesamte Hotelpersonal – nur das an der Kasse nicht – wird von Ausländern gestellt. Unter den Nichtarabern dominieren solche aus dem Fernen Osten.

Mehr als eine Million Ägypter leben und arbeiten unter den 14 Millionen Irakern. Als vor kurzem Libyen viele tausend Ausländer rauswarf, bot Bagdad auch Tunesien an, mehr Arbeiter ins Zweistromland zu schikken. Die wenigen Schuhputzer stammen aus Sudan, die wenigen bettelnden Frauen sind ägyptisch (man erkennt die Herkunft an der Hautfarbe, außerdem liegt dem Begleiter des Informationsministeriums daran, daß man das weiß).

In Bagdad, Mosul und Basra gibt es genügend Lebensmittel, niemand hungert. Engpässe zum Beispiel bei Konserven, Nähgarn und Toilettenpapier sind eher auf die Staatswirtschaft als auf den Krieg zurückzuführen. Aber, meint ein Diplomat, die Araber seien nicht so stur wie die Slawen; wenn sie merkten, daß ein Weg in die Sackgasse führt, dann gingen sie ihn eben ein Stück zurück. So gibt es Gedränge vor den staatlichen Eier- und Fleischgeschäften, aber nebenan im Privatladen gibt es genügend Fleisch, von besserer Qualität und doppelt so teuer. Es seien heute nur noch jene Güter der alleinigen staatlichen Produktion und Verteilung unterworfen, bei denen dies aus gesundheitlichen Gründen notwendig sei, also vor allem Milcherzeugnisse, sagt ein Beamter.

Gemüse und Obst werden von privaten Händlern zu vorgeschriebenen Preisen angeboten. Granatäpfel kosten pro Kilo 350 Fils, Tomaten 300. Tausend Fils sind ein Dinar, und für den verlangt die Staatsbank drei Dollar, der Schwarzmarkt einen (das entspricht wohl eher der Kaufkraft); die Staatsbank wechselt keine Dinar in Dollar.

Frauen in Basra FOTO: DA

Viele Angestellte gehen am Nachmittag einer zweiten Beschäftigung nach. Gehälter von mehr als 500 Dinar im Monat sind selten, wie es im Irak insgesamt weder immensen Reichtum noch große Armut gibt.

Kriegerwitwen und Invaliden bekommen ein Auto und eine großzügige Rente. Benzin (70 Fils pro Liter) ist billiger als das Flaschen-Wasser im Laden. Autos werden vom Staat importiert, vor allem aus Japan. Ärztliche Behandlung ist in den Krankenhäusern frei, ebenso die Medizin.

Aber es gibt auch viele private Ärzte, die auf ihren Schildern ihre europäischen Universitäten angeben. Die Bekleidungsgeschäfte bieten neben den Cordhosen „Bagdad-Cowboy" aus inländischer Produktion (15 Dinar) auch feine englische Anzüge, privat importiert, für mehr als 100 Dinar. Für den Import braucht der Kaufmann eine Lizenz. Die Regierung legt jedes Jahr fest, wie groß der Teil des Marktes ist, der der Privatwirtschaft überlassen wird.

Kaum irgendwo in Arabien sind die Frauen selbstbewußter als im Irak, es gibt nur verschwindend wenige Vielehen. „Die Rückständigkeit der Frau stellt das größte Hindernis auf dem Wege zur arabischen Erneuerung dar", beschloß die Baath-Partei vor zehn Jahren, und der Krieg beschleunigt die Überwindung. Der Gouverneur der Region Basra, Fawzi Raschid Abdulla, meint auf die Frage, ob die Verwaltung mit so vielen Frauen in verantwortlichen Positionen anders funktioniere als vor dem Krieg: „Sie läuft besser. Sie haben es im Blut, Verantwortung in der Familie zu tragen, deswegen können sie es so gut im Staat. Sie arbeiten den ganzen Tag, und abends kümmern sie sich um Verwundete." Doch was wird geschehen, wenn nach dem Krieg die Männer ihre Stellen wiederhaben wollen, auf denen jetzt Frauen sitzen? Der Gouverneur antwortet ausweichend: „Wir brauchen alle Kräfte."

Irak investiert viel in die Ausbildung seiner Jugend. Bagdad hat vier Universitäten, und selbst in den kleinsten Dörfern fallen Kinder in englisch-artigen Schuluniformen auf. Zunächst erklärt man sich die gleiche Zahl von Studentinnen und Studenten an den Colleges mit dem Krieg – die meisten Männer sind ja an der Front, denkt man –, aber über Emanzipation und Bildungsexplosion lernt man dazu, wenn man erfährt, daß alle Studenten vom (zur Zeit mehr als vierjährigen) Wehrdienst zurückgestellt werden. Die Lern-Kontrolle ist streng, die Wissenschaft leidet nur unter dem Mangel an ausländischen Büchern und Kontakten während des Krieges.

Morgen lesen Sie:
Der allgegenwärtige Führer Kamerad Saddam Hussein. Wo ist Irak am schönsten?

Mitterrand verweist auf Jalta

Das außenpolitische Motiv für den Empfang Jaruzelskis / „Fauxpas durch die Hintertür"

JÜRGEN LIMINSKI, Paris

Frankreichs Präsident François Mitterrand hat am Montagabend in einem Rundfunkgespräch den Empfang des polnischen Diktators Jaruzelski in Paris als seine „persönliche Entscheidung" verteidigt und mit weitreichenden außenpolitischen Motiven zu rechtfertigen versucht. Mitterrand in dem zweistündigen Interview: „Wir müssen unbedingt an der Perspektive einer künftigen Aussöhnung der zwei Teile Europas festhalten." Die Brücken nach Osteuropa dürften nicht abgebrochen, der Dialog soll nicht unterbrochen werden. Das Schicksal habe „für lange Zeit die sowjetische Herrschaft in diesem Teil Europas festgeschrieben ... Das aus Jalta entstandene Europa wird nicht morgen früh plötzlich verändert sein."

Persönliche Sache

Mitterrand kann sichergehen, daß seine Jalta-Argumentation im französischen Publikum verfängt. Schon de Gaulle hat, mit innenpolitischer Rükkendeckung, die widernatürliche Aufteilung in Hegemonialsphären verurteilt – am deutlichsten in der Straßburger Rede vom November 1959, in der er auch die Ural-Vision entwarf. Mitterrand hat die Revision von Jalta fast zu seiner persönlichen Sache erhoben. „Wir müssen die Teilung Jaltas überwinden", sagte er in den letzten Jahren öfters vor den Fernsehkameras. Das ist sein Credo. In seinem programmatischen Buch „Ici et maintenant" (Fayard, 1980) heißt der Kernsatz: „Jeder Westeuropäer, Patriot in seinem Land, darf nur einen Gedanken haben: Jalta zerstören. Viele Zeichen kündigen es an. Aber wir werden Jalta nicht ohne Krise überwinden. In dieser Krise stekken wir."

In dem besonderen Verhältnis zwischen Polen und Frankreich hat sich der Wunsch nach einer Revision von Jalta besonders verdichtet. Die Parteizeitung der französischen Kommunisten bezeichnete die Polen einmal als die „Chouans des Ostens", jene Bauern und Königstreuen, die in der Vendée und der Bretagne der Großen Revolution jahrelang trotzten. „L'Humanité" schrieb das im Jahre 1956. Es wäre heute kaum denkbar. Das Bild von den „Chouans des Ostens" aber steckt in den Köpfen vieler Franzosen, sie verbinden es vor allem mit der „Solidarität", die für sie eine Verfassungsbewegung ist. Der landesweite Protest gegen den Generalsbesuch galt der vermeintlichen Komplicenschaft mit dem Unterdrücker dieser Bewegung.

Mitterrands Jalta-Wort im Rundfunk hat etliche Gemüter beruhigt. Das um so mehr, als er mit seinen Gedanken nicht allein ist. Das „Ziel jenseits von Jalta" wird zwar nicht expressis verbis, aber de facto auch von Washington im Auge behalten. Der bevorstehende Besuch von US-Außenminister Shultz in Bukarest, Budapest und Belgrad wird in Paris mit hoher Aufmerksamkeit verfolgt, so wie man schon die Osteuropa-Reise von US-Vizepräsident Bush und dessen Worte von den historischen Wurzeln und der Bestimmung des gesamten alten Kontinents sehr genau registriert hatte. Man will nach dem Gipfel von Genf nichts verpassen.

Im Elysée denkt man aber auch weiter. Das westeuropäische Forschungsprojekt Eureka stößt offenbar auf Interesse im anderen Teil Europas. Der italienische Außenminister Andreotti brachte jüngst aus Prag Andeutungen mit, wonach der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) sich um eine Beteiligung an Eureka bemühen könnte. Das wäre technologisch gewiß uninteressant, politisch jedoch nicht, „jedenfalls nicht für Frankreich", wie in der Umgebung von Mitterrand zu hören ist.

Möglichkeiten ausloten

Der sowjetische Generalsekretär Gorbatschow hat bei seinem Besuch in Paris im Oktober auf Mitterrand Eindruck gemacht. Offensichtlich traut der Franzose dem Russen einiges zu, zum Beispiel neue Lockrufe für die Europäer und insbesondere für die Deutschen. Um die Gedanken und Möglichkeiten der Sowjets auszuloten, ist dem Realpolitiker Mitterrand jedes Mittel recht, unter anderem eben auch ein Gespräch mit „Pinochelski".

In der Opposition hält man die Kritik im Rahmen politischer Routine. Auch hier gehört die Überwindung von Jalta zum Gepäck perspektivischer Reden und Programme. Aber, so heißt es, wahrscheinlich wäre Mitterrand der von ihm so sehr ersehnten Revision von Jalta nähergekommen, wenn er das Gesuch Jaruzelskis abgewiesen hätte und diesen noch nicht einmal durch die Hintertür empfangen hätte. Es sei, trotz allem, ein „Fauxpas durch die Hintertür" gewesen. Indem Mitterrand den Diktator empfing, habe er dessen Herrschaft sanktioniert. Und damit auch die Folgen von Jalta.

Grüne wollen „Widerstand" gegen die WAA Wackersdorf mobilisieren

Protestveranstaltungen angekündigt / Rodungsarbeiten im Taxöldener Forst beginnen

PETER SCHMALZ, München

Die Rodungsarbeiten auf dem Gelände der ersten deutschen Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstäbe beginnen heute um sieben Uhr morgens unter starkem Polizeischutz im Taxöldener Forst bei Wackersdorf. Den Weg zum Baubeginn an dem auf mindestens sechs Milliarden Mark geschätzten Projekt ebnete gestern der Bayerische Verwaltungsgerichtshof, indem er den Antrag von vier Klägern den Bebauungsplan über eine einstweilige Anordnung außer Kraft zu setzen, mit der Begründung ablehnte, die von den Klägern vorgebrachten Bedenken seien nicht überzeugend.

Das Gericht wies zwar darauf hin, daß es sich hier um ein einstweiliges Verfahren handele, ließ aber seine Überzeugung erkennen, wonach die Kläger beim gegenwärtigen Sach- und Streitstand auch im Hauptsacheverfahren ohne Erfolg bleiben werden. Nach Auffassung der Verwaltungsrichter liegt kein Defizit an planerischer Abwägung vor.

Klares Urteil

Zu den Bedenken der Kläger, die Behörden hätten sich mit den radiologischen Auswirkungen der Anlage nur unzureichend befaßt, erklärt der Verwaltungsgerichtshof: „Alle in dem Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans eingeholten fachbehördlichen und fachgutachtlichen Stellungnahmen kamen zu dem Ergebnis, daß die von der Anlage zu erwartenden radiologischen Auswirkungen, einschließlich der Auswirkungen auf das Grundwasser, im Rahmen der nachfolgenden Einzelgenehmigungsverfahren hinreichend begrenzbar und technisch beherrschbar seien." Keine Anhaltspunkte gebe es für die Befürchtung der Antragsteller, die Wiederaufarbeitungsanlage könne sich faktisch zu einem Endlager entwickeln.

Auch die Fragen über die Grünordnung – und hier insbesondere die der Rodung – seien ausreichend bewältigt, es könne nun den Einzelgenehmigungen überlassen bleiben, „nähere Bestimmungen zur tunlichsten Vermeidung und zum Ausgleich solcher Eingriffe und über gebotene Ersatzmaßnahmen zu treffen". Für das Ausmaß des Land- und Waldverbrauchs seien Gesichtspunkte der Anlagensicherheit ausschlaggebend gewesen, was bei dem Gefahrenpotential einer solchen Anlage nicht als sachwidrig geachtet werden könne.

Unmittelbar nach der Beschlußverkündung entrollten „Robin Wood"-Anhänger im Vorraum ein weißes Transparent mit der Aufschrift „Wer rodet, der mordet". Auf einer sofort einberufenen Pressekonferenz kündigten Gegner der WAA eine Vielzahl von Protestaktionen an. Für Hubert Weinzierl, den Vorsitzenden des Bunds Naturschutz, hat die Wiederaufarbeitungsanlage gleich eine doppelte zentrale Bedeutung: Als „zentraler Konfliktfall in der Bundesrepublik" und als „zentrales Wahlkampfthema" bei der bayerischen Landtags- und der Bundestagswahl. Man werde das Thema „dauernd im Gespräch halten" und mit einem auf Langzeitstrategie basierenden „kreativen und vielfältigen Widerstand" beginnen, wobei man mit allen gewaltfreien Gruppen zusammenarbeiten wolle.

In den Reihen der WAA-Gegner sind bereits deutliche Unterschiede über die Art des „Widerstands" erkennbar. Während Weinzierl nur legale Protestaktionen unterstützen will und Bauplatzbesetzungen als illegal ablehnt, machten die Grünen auf derselben Pressekonferenz ihre Entschlossenheit zu rechtswidrigem „Widerstand" deutlich. Man werde die Proteste nach der Legalität der Anlage richten, verkündete ein Sprecher der Grünen.

Psychoterror

Die Grünen wollen schon heute mit Behinderungsaktionen auf dem Baugelände beginnen und morgen im Forst eine Sondersitzung abhalten. Bereits vor Wochen hatten die WAA-Gegner während einer sogenannten „Atommüllkonferenz" unter Vorsitz eines Landgerichtsrichters beschlossen, für den Tag des Rodungsbeginns über eine Telefonkette 200 radikale Personen zu mobilisieren, die sich an Bäume ketten sollen. Die damals ebenfalls beschlossenen „Aktionen" gegen die mit den Rodungs- und Erdarbeiten beauftragte ortsansässige Firma wurde von unbekannten Tätern bereits durchgeführt: die leitenden Mitarbeiter wurden mit Telefonanrufen und Morddrohnungen rund um die Uhr tyrannisiert.

Kunst-Austausch im kleinen Rahmen

● Fortsetzung von Seite 1

Hoffmanns Worten ging der auch jetzt keinen Deut „weichere", unverändert harte Standpunkt hervor, den Ost-Berlin bezüglich der Schätze der Stiftung in den Staatlichen Museen hegt: „Die von den Machthabern des Dritten Reiches verfügte Zerstreuung der Bestände der Berliner Museen dauert ... unvermindert fort. Der sachkundige Besucher vermißt nach wie vor (in Ost-Berlin d. Red.) wesentliche Teile des ursprünglichen Bestandes ... sie werden von der BRD-Regierung noch immer widerrechtlich in West-Berlin zurückgehalten." Hoffmanns Anwürfe gipfelten in folgenden Formulierungen:

„Aber kein noch so ausgeklügelter juristischer Trick, schon gar nicht diese revanchistische Konstruktion, die sich ‚Stiftung Preußischer Kulturbesitz' nennt, vermag unseren rechtmäßigen Anspruch auf diese Werte aus der Welt zu schaffen, um so weniger, als sie dort gegenwärtig hemmungslos zu einer nationalistischen Positionsbestimmung West-Berlins mißbraucht werden."

Bei allem anhaltend ausgeprägten Ärger über die Weltkunst, mit dessen Pfund die Museen im Westteil Berlins wuchern, bedient sich die „DDR" indessen durchaus der Dienste der Stiftung, wenn es in ihrem eigenen Interesse liegt:

● So trat Ost-Berlin dem System der Internationalen Standard-Buchnummer (ISBN) bei, mit der jedes auf der Welt erscheinende Buch ausgestattet wird. Die zuständige Weltagentur arbeitet in der Staatsbibliothek in West-Berlin unter der Regie der Stiftung. Die „DDR" gesellte sich zur Gruppe der deutschsprachigen Länder und meldet jede Neuerscheinung zuverlässig nach West-Berlin.

● Als die Stiftung vor gut einem Jahr in Baltimore ihre auch in Detroit, Minneapolis und Pittsburgh präsentierte Ausstellung „Juden in Preußen" eröffnete, nahm am „Opening" auch Ost-Berlins Botschafter Gerhard Herder teil – neben dem Bonner Repräsentanten Günther van Well. Der Präsident der John Hopkins University, Steven Muller, nutzte die Gelegenheit, an die gemeinsame Geschichte Deutschlands zu erinnern, und nannte auch die gemeinsame Verantwortung beider Staaten für die Geschehnisse der Hitlerzeit beim Namen.

Ost-Berlin beorderte seinen Botschafter offenbar allein aus dem Grunde, Bonn nicht das Thema „Juden in Preußen" in der amerikanischen Öffentlichkeit allein zu überlassen, und setzte sich aus diesem politischen Motiv souverän über die üblichen Vorbehalte gegenüber der Stiftung als Wegbereiter der Ausstellung hinweg. Diese Episode findet sich im jüngsten Jahrbuch der Stiftung.

Bemerkenswerterweise stammt ein beträchtlicher Teil politischer Bedenken gegen das jetzt fertiggestellte Kulturabkommen aus Berlin und hier vor allem aus der mitregierenden CDU. Große Teile der Fraktion und die CDU-Mitglieder im vertraulich tagenden Bundesausschuß des Abgeordnetenhauses beispielsweise pflichteten detaillierten kritischen Anmerkungen von Günter Grass, Präsident der Berliner „Akademie der Künste", bei einer Anhörung bei. Dabei ergab sich die „schiefe Schlachtordnung", daß die SPD ihrem Parteigänger Grass widersprach, der aufgrund der Bestimmungen des Abkommens eine deutliche Einengung und willkürliche Handhabung durch die „DDR"-Behörden befürchtet. Ähnliche Bedenken haben Dutzende von Künstlern und Schriftstellern geäußert, die, aus der „DDR" stammend, in West-Berlin eine zweite Heimat fanden.

In diesem Zusammenhang mußte sich Bundessenator Professor Rupert Scholz in der CDU-Fraktionssitzung vor einer Woche heftige Vorwürfe gefallen lassen, eine vom Bundesausschuß geforderte Unterredung zwischen Grass und Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble nicht herbeigeführt zu haben. Grass hatte sich geweigert, mit dem fachlich zuständigen Bundesminister Heinrich Windelen zu sprechen.

Mehrere CDU-Abgeordnete warfen Scholz vor, auch bei diesem Thema eher die Lesart der am Abkommensabschluß stark interessierten Bundesregierung zu übernehmen, statt pflichtgemäß ausschließlich Berliner Interessen zu vertreten.

Falsche Richtung

HH – Es ist gerade eine Woche her, daß Finanzminister Stoltenberg auf einer Veranstaltung des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) für die nächste Legislaturperiode ein einfacheres Steuerrecht mit niedrigeren Sätzen und weniger Ausnahmen gefordert hat.

Morgen verabschiedet der Bundestag ein Steuerbereinigungsgesetz, das zugunsten der Land- und Forstwirtschaft in die entgegengesetzte Richtung marschiert: Komplizierteres Steuerrecht mit mehr Ausnahmen. Da den Bauern neue Subventionen von etwa 225 Millionen Mark jährlich zufließen, geben die Steuereinnahmen zurück. Folglich müssen an anderer Stelle die Sätze erhöht werden. Fazit: Selbstgewählte Zielsetzungen wurden verfehlt.

Dabei hat Stoltenberg auf der BDI-Veranstaltung selbst treffend erklärt: „Wir haben zu viele Sonderregelungen, Vergünstigungen und Freibeträge zu Lasten der Bemessungsgrundlage. Um den Aufkommensbedarf der öffentlichen Haushalte zu sichern, sind deshalb hohe Grenzsteuersätze erforderlich, die wiederum neue Sondertatbestände lenkungswirksam werden lassen. Auf diesem Wege erhöht sich die Lenkungsintensität ständig von selbst."

Unverständlich, daß nach dem Milliardendebakel mit der Erhöhung der Vorsteuerpauschale erneut für Landwirte das Füllhorn geöffnet wird. Auch zeigt das Beispiel, daß die Befristung einer Subvention nichts hilft, wenn der Wille zum Abbau fehlt. Einige der Regelungen waren bis Jahresende befristet. Sie wurden nicht nur verlängert, sondern auch erhöht. „Bereinigung" nennt man das.

Fairer Handel?

hg – „Freier Handel muß fairer Handel sein". Mit diesem Argument lehnt die deutsche Textilindustrie die totale Öffnung des deutschen Marktes ab. Damit hat sie insofern recht, als viele Entwicklungs- und Staatshandelsländer auf der einen Seite die eigene Industrie subventionieren und auf der anderen fremde Erzeugnisse aussperren. Das ist in der Tat nicht fair. Sie hat aber insofern unrecht, als sie den Strukturwandel, dem das vor 25 Jahren geschaffene Welttextilabkommen Flankenschutz geben sollte, mittlerweile weitgehend bewältigt hat. Da wäre es nun wirklich an der Zeit, sich allmählich vom Protektionismus zu verabschieden, denn eines Tages muß die Branche ja doch am Weltmarkt bestehen. Vielfach geschieht dies auch, und es geschieht mit Erfolg. Das ist ein Zeichen dafür, daß manche Textiliten den Wettbewerb offenbar weniger fürchten als ihr Verband. Denn sie wissen aus eigener Erfahrung, daß Protektionismus unfaire Praktiken geradezu herausfordert.

ARBEITGEBER / Wirtschaftliche Zukunft ist wieder kalkulierbar geworden

Aussichten für eine Verbesserung am Arbeitsmarkt sind relativ günstig

PETER JENTSCH, Bonn

Die wirtschaftliche Belebung ist nach Auffassung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) „allenthalben fühlbar geworden und hat auch den Arbeitsmarkt erreicht". In ihrem Jahresbericht 1985 zeigt sich die BDA zugleich davon überzeugt, daß „die Dynamik des Wirtschaftsprozesses in der Bundesrepublik dauerhaft" sein wird. Insofern seien „die Aussichten auf eine Verbesserung der Beschäftigungssituation und eine Verminderung der strukturellen Arbeitsmarktprobleme relativ günstig".

Die wirtschaftliche Zukunft sei für die Unternehmen wieder kalkulierbarer geworden. Die Arbeitgeber nennen dies „insbesondere eine Folge der mittelfristig angelegten verstetigten und aufeinander abgestimmten Geld- und Finanzpolitik". In Verbindung mit der Politik der Konsolidierung und der schrittweisen Reduzierung des Staatsdefizits, die zu einer Senkung des Zinsniveaus und der Inflationsrate geführt hätten, seien damit „positive Vorausschätzungen für die Investitionsfähigkeit der Unternehmen, für eine beschäftigungsfördernde und vernünftige Einkommenspolitik, für Transferempfänger und Sparer" gegeben.

Nach Auffassung der Arbeitgeber hat der konjunkturelle Auftrieb in diesem Jahr an Breite und Intensität gewonnen. „Bei einem Wachstum des realen Sozialprodukts von voraussichtlich 2,5 Prozent sind die Anzeichen eines sich selbst tragenden Aufschwungs deutlicher geworden." Während die Wirtschaft bis zu Beginn dieses Jahres noch ausgeprägt das Bild einer gespaltenen Konjunktur aufgewiesen habe, „nehmen inzwischen mehr und mehr auch Branchen an dem Aufwärtstrend teil, die zuvor im Konjunkturschatten standen".

Insgesamt basiere der gesamtwirtschaftliche Aufwärtstrend auf einer gefestigten internationalen Wettbewerbsfähigkeit, „die zunehmend auch der Inlandsnachfrage Impulse verleiht". In der nochmals gestiegenen Exportquote (auf rund 35 Prozent des Bruttosozialprodukts, zum Vergleich: 1970 lag die Quote bei 23 Prozent) spiegele sich die hohe Ausfuhrintensität der deutschen Wirtschaft wider. Damit, so warnen die Arbeitgeber, „wird zugleich die große Außenhandelsabhängigkeit offenkundig, die dazu führt, daß Außenhandelsrisiken durch internationale Verschuldungsprobleme und die Gefahr eines zunehmenden Protektionismus von der Bundesrepublik mit besonderer Sorge gesehen werden müssen".

Die von der Export- und Investitionskonjunktur ausgehenden Beschäftigungs- und Einkommenseffekte kämen in jüngster Zeit auch dem privaten Verbrauch zugute, der „im nächsten Jahr zu einer maßgeblichen Stütze des Aufschwungs werden wird". Bereits in diesem Jahr habe sich die konjunkturelle Entwicklung nach Auffassung der Arbeitgeber spürbar auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. So werde die Zahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt um etwa 200 000 höher sein als 1984. Die Zunahme der Beschäftigung habe noch nicht nachhaltig die Arbeitslosigkeit vermindert, da mehr Jugendliche einen Arbeitsplatz suchten und die Erwerbsquote der Frauen ebenso zunehme wie der Anteil der bisher nicht Erwerbstätigen. In diesem Zusammenhang machen die Arbeitgeber auch deutlich, daß die Zahl der Lehrstellenbewerber 1985 mit rund 770 000 wieder einen Rekord erreichen werde.

Die „besondere Qualität" des nunmehr ins vierte Jahr gehenden Aufschwungs zeigt sich nach Darstellung der Arbeitgeber darin, „daß er sich vor dem Hintergrund einer zunehmenden Geldwertstabilität vollzog". Die Senkung der Zuwachsrate bei den Verbraucherpreisen von 5,3 Prozent 1982 auf nur noch zwei Prozent in diesem Jahr markiere einen „stabilitätspolitischen Erfolg", der „ökonomisch wie sozialpolitisch für einen spannungsfreien Wirtschaftsaufschwung von erstrangiger Bedeutung" sei. In ihrem Bericht bekräftigen die Arbeitgeber ihr Plädoyer für eine wachstumspolitische Vorwärtsstrategie, die auf Dynamik, Flexibilität und auf die konsequente Nutzung des technischen Fortschritts setzt.

TEXTILINDUSTRIE

„Abkommen muß liberaler werden"

hg. Bonn

„Das nächste Welttextilabkommen muß deutlich liberaler ausfallen als das jetzige." Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann hält es angesichts eines Handelsbilanz-Überschusses von 70 Mrd. DM für nicht vertretbar, an dieser Ausnahme von den Gatt-Regeln festzuhalten. Die Bundesregierung riskiere damit nur Vergeltungsmaßnahmen aus den betroffenen Ländern, in die man schließlich auch exportieren möchte, sagte Bangemann gestern vor der Jahresversammlung von Gesamttextil in Bonn. Allerdings halte er es für geboten, „daß die lieferstarken Länder ihre oft prohibitiven Einfuhrbarrieren senken", sagte der Minister weiter. Gleiches gelte für Subventionen, die auf Dauer zu Wettbewerbsunfähigkeit führen.

Verbandspräsident Ernst-Günter Plutte bescheinigte Bangemann, daß er in den Verhandlungen zum nächsten Welttextilabkommen „die Interessen der deutschen Textilindustrie angemessen vertreten wird". Gleichwohl gehen die Meinungen über das Ausmaß der notwendigen Liberalisierung auseinander; insbesondere berücksichtige die Bundesregierung nicht die Belastungen, die der Branche durch die Süderweiterung der EG entstehen werden. Allerdings wolle die Industrie das Abkommen nicht auf ewig erhalten. Für 1986 rechnet Plutte mit einer durchschnittlichen Zunahme der deutschen Textilproduktion um 1,5 bis zwei Prozent.

LAGEBERICHT

Die Bilanz ist weiter positiv

des. Bonn

Eine positive Bilanz über die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland zieht das Bundeswirtschaftsministerium in seinem Monatsbericht für November. Die konjukturelle Entwicklung stehe im Zeichen eines „nachhaltigen Wirtschaftswachstums", das bereits drei Jahre andauere. Es beständen gute Chancen, daß die deutsche Wirtschaft auch über das kommende Jahr hinaus auf Wachstumskurs bleibe.

Der Arbeitsmarkt war im November von dem frühen Wintereinbruch beeinträchtigt. Die Zahl der Arbeitslosen nahm im Vergleich zum Oktober um 62 000 zu und stieg auf 2,211 Millionen. Die Zahl der Kurzarbeiter erhöhte sich um 33 000 auf insgesamt 160 000. Nach Einschätzung des Wirtschaftsministeriums war der Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu zwei Dritteln witterungsbedingt. So gab es in der Bauwirtschaft dreimal soviel Arbeitsausfall, wie im November 1984.

Im Bauhauptgewerbe kam es im dritten Quartal zu einem spürbaren Zuwachs von Auftragsvergaben. Ebenso stieg der private Verbrauch spürbar. Die Bestelltätigkeit der Industrie ging im Vergleich zu den Sommermonaten leicht zurück, blieb aber nach Angaben des Wirtschaftsministeriums weiterhin lebhaft. Insgesamt nahm das Bruttosozialprodukt vom zweiten zum dritten Quartal um 1,5 Prozent zu und liegt um 3,2 Prozent über dem Vorjahresstand. Die Preise stiegen im November nur geringfügig und lagen um 1,8 Prozent über denen des Novembers 1984.

Bei Arbed alles offen

Von ULRICH REITZ

Die Betroffenen waren verärgert über die Sensationsmeldung, die sich schließlich als Zeitungsente entpuppte. Krupp, Thyssen, Klöckner, die Salzgitter und die Dillinger Hütte werden Arbed Saarstahl nicht gemeinsam übernehmen. Welches Unternehmen sollte sich denn einen Konzern aufladen, der noch nicht über den Berg ist?

Freilich, die längerfristigen Chancen, Arbed zu sanieren, stehen nicht schlecht. Und so ist es verständlich, daß die, die in der saarländischen Landesregierung und der Opposition an einem Paket zur langfristigen Gesundung schnüren, eine gezielte Indiskretion der Stahl-Konkurrenz von der Ruhr für möglich halten. Sei es, daß diese sich doch noch an den Verhandlungstisch bringen, oder die geplante Kooperation Arbeds mit der Dillinger Hütte torpedieren wollten. In der Saarbrücker Staatskanzlei ist man gar der Meinung, daß mit Arbed ein potentieller Konkurrent, der in der Vergangenheit an Rhein und Ruhr nur belächelt wurde, durch Aufkaufen schlicht ausgeschaltet werden soll.

Doch dazu wird es kaum kommen. Gegenwärtig kommen als künftige Eigentümer nur die Dillinger Stahlkocher in Frage. Oskar Lafontaine will ihren Einstieg bei Arbed über eine Treuhandlösung bewerkstelligen, die sie in der jetzigen schwierigen Phase von unternehmerischem Risiko entbindet.

Der Bund und das Saarland sollen dabei eine Option auf 76 Prozent der Unternehmensanteile, die sich noch in der Hand des Luxemburger Mutterkonzerns Arbed S. A. befinden, zunächst zugunsten der Saarländischen Investitions-Kreditbank (SIKB) ziehen. Dillingen soll das Management und damit die Umsetzung der notwendig gewordenen Rationalisierungen übernehmen. Damit würde eine Idee umgesetzt, die in der Saar-CDU geboren wurde.

Allerdings weckt diese Lösung das Mißtrauen der Bundesregierung. Sie wittert die Gefahr einer Verstaatlichung des Arbed-Konzerns durch die Hintertür. Immerhin gehört dem Saarland die SIKB zu 51 Prozent. Es wirkt auch wenig vertrauenerweckend, wenn die Saarbrücker Staatskanzlei die ordnungspolitischen Einwände Bonns mit dem Hinweis herunterspielt, das Land stelle lediglich vier der 15 Aufsichtsratsmitglieder.

Nur ungern erinnert man sich auch in der CDU an einen geharnischten Brief des Kanzleramtsministers Wolfgang Schäuble an Minister Ottokar Hahn im August, als eine Treuhandlösung schon einmal im Gespräch war. Dem Staat komme in diesem Fall eine Eigentümerfunktion zu, die sich nur „in Nuancen von einer direkten Übernahme der Anteile durch die öffentliche Hand unterscheidet", hatte Schäuble geschrieben.

Doch bislang hat die Bundesregierung das neue Treuhändermodell nicht abgelehnt. Wohl auch deshalb, weil Landesregierung und CDU-Opposition den Vorschlag ausdrücklich als Übergangslösung darstellen. Das Konzept der Landesregierung zielt auf eine Übernahme Arbeds durch die Dillinger Hütte, die im französischen Mehrheitsbesitz ist. An der Ruhr befürchtet man, daß auf diese Weise die Franzosen ein Unternehmen in die Hand bekommen, das jahrelang mit deutschen Steuergeldern am Leben erhalten würde.

Aber bis dahin wird noch eine Menge Wasser die Saar herabfließen. Die Kernprobleme müssen noch gelöst werden. Eine Einigung der Landesregierung mit der IG Metall, die weit mehr als dreitausend Entlassungen zustimmen soll – gut 13 000 Beschäftigte zählt Arbed, weniger als 10 000 sollen es nach 1988 sein – steht noch aus. Ohne einen Glaubwürdigkeitsverlust Lafontaines in der Arbeitnehmerschaft, der er einmal versicherte, eine Restrukturierung werde ohne Massenentlassungen abgehen, wird dieser Kraftakt nicht zu bewältigen sein.

Eine Hürde, die in der Sicherung der kurzfristigen Liquidität bestand, hat die Landesregierung mit der bevorstehenden Verabschiedung eines Nachtragshaushaltes genommen – des dritten in diesem Jahr. Dieser sieht noch für 1985 Beihilfen von 350 Millionen Mark vor. 1986 sollen es noch einmal 90 Millionen sein. Auch hier vollzog der sozialdemokratische Ministerpräsident einen beachtenswerten Meinungswandel: Noch vor kurzem hatte er weitere Beihilfezahlungen durch das Land mit dem Hinweis abgelehnt, dies wäre wegen der fatalen Haushaltssituation im Saarland verfassungswidrig.

AUF EIN WORT



„Trotz aller Mängel und Fehler ist die Bundesverwaltung im ganzen intakt und braucht sich im internationalen Vergleich in keiner Weise zu verstecken. Spektakuläre Verschwendungen oder gar kriminelle Handlungen sind die verhältnismäßig sehr seltene Ausnahme."

Dr. Heinz-Günter Zavelberg, Präsident des Bundesrechnungshofes, Frankfurt FOTO: HEINZ WIESELER/DPA

Einigung über EG-Zucker

dpa/VWD, Brüssel

Die EG-Agrarminister haben gestern eine grundsätzliche Einigung über die künftige Zuckermarktordnung für die Gemeinschaft erzielt. Die Minister verständigten sich in Brüssel darauf, das bisherige Quotensystem zunächst weiter für zwei Jahre beizubehalten. Ein in den vergangenen fünf Jahren entstandenes Defizit auf dem Zuckersektor, der sich selbst finanzieren soll, soll durch eine zusätzliche Abgabe von den Zuckererzeugern gedeckt werden. Gegen die erreichte Einigung machte Italien einen Vorbehalt geltend, der nach Angaben von Diplomaten aber voraussichtlich ausgeräumt werden kann.

INSOLVENZEN

Creditreform: Firmen leiden vor allem an Kapitalmangel

adh. Frankfurt

Die Insolvenzwelle wird auch im nächsten Jahr nicht abflauen. Das befürchtet der Verband der Vereine Creditreform, nachdem 1985 mit rund 19 000 Insolvenzen (davon etwa 13 700 Unternehmenspleiten) der Bundesrepublik breits einen Negativrekord beschert. Auch die erwartete positive Konjunkturentwicklung wird daran nach Einschätzung von Creditreform, die den volkswirtschaftlichen Schaden durch die Pleiten auf 25,5 (i. V. 24) Mrd. DM und die verlorenen Arbeitsplätze auf 173 000 veranschlagt, nichts ändern.

Die Insolvenzunternehmen kranken vor allem an einer zu knappen Kapitalausstattung. Besonders deutlich werden die negativen Auswirkungen einer chronischen Unterkapitalisierung nach Ansicht von Creditreform-Geschäftsführer Helmut Rödl bei den Neugründungen. Rund 48 000 neue Unternehmen dürften dieses Jahr entstanden sein (bei 27 500 Löschungen), deutlich mehr als in den Vorjahren. Aber 77 Prozent der Neugründungen sind GmbHs, die zu gut drei Vierteln nicht mehr als 50 000 DM Mindest-Stammkapital haben.

„Quantität ist nicht Qualität", warnt Rödl angesichts dieser Entwicklung. Denn an den Insolvenzen dieses Jahres sind die GmbH-Unternehmen mit 57 (i. V. 51) Prozent beteiligt. Das sind vor allem jene, die nicht mehr als 50 000 DM Stammkapital haben und nicht älter als vier Jahre geworden sind. Auf sie entfällt übrigens auch ein großer Teil der durch Insolvenzen freigesetzten Arbeitskräfte, was den Wert der durch die diesjährigen Neugründungen entstehenden rund 145 000 Arbeitsplätze erheblich relativiert.

OPEC

Beschlüsse von Genf drücken Ölpreise und Pfundkurs

fu. London

Befürchtungen, daß aufgrund der Genfer Entscheidung der Mitgliedsländer der Organisation erdölexportierender Länder, Opec, ein Ölpreiskrieg ausbrechen könnte, hat am Montag und Dienstag zu erheblichen Wertverlusten des Pfundes geführt. Gegenüber der D-Mark gab das Pfund von 3,73 DM (Schlußparität am Freitag) auf 3,66 DM am gestrigen Nachmittag nach. Noch stärker, nämlich von 1,48 auf 1,44 Dollar, schwächte sich die Pfund-Dollar-Parität ab.

Nachdem die Opec-Länder in Genf beschlossen haben, einen Ölpreisverfall hinzunehmen, um damit die Nicht-Mitglieder wie Großbritannien und Norwegen zu einer Produktions-Drosselung zu zwingen, sind inzwischen auch die Spotmarktpreise für Rohöl scharf gefallen. Bis Montag Abend gab der Spotmarktpreis für Nordseeöl der Qualität Brent auf 26,50 Dollar je Barrel nach. Noch vor wenigen Tagen hatte er bei knapp über 30 Dollar gelegen.

Auch gestern gaben die Spotmarktpreise weiter nach (Brent-Januar-Ablieferung 25,50 Dollar je Barrel, Februar-Ablieferung 25 Dollar). Doch wie der für die Spotmärkte zuständige BP-Experte gegenüber der WELT betonte, war das Geschäftsvolumen außerordentlich gering.

Die Entscheidung der Opec-Länder, das Risiko fallender Ölpreise einzugehen, um Nicht-Mitglieder zu einer Produktions-Drosselung zu bewegen und damit den eigenen Mitgliedern einen wieder höheren Anteil am Welt-Ölmarkt zu verschaffen, wird von Ölexperten in London als ein gewagtes Spiel bezeichnet. Im übrigen seien erhebliche Differenzen innerhalb der Opec über diese Strategie unübersehbar.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Boss-Aktie kommt zu 815 Mark an die Börse

Frankfurt (adh.) – Zum Preis von 815 Mark je 50-DM-Aktie bringt ein Konsortium unter Führung der Commerzbank und Mitführung von M. M. Warburg-Brinckmann Wirtz & Co die Boss-Aktie an die Börsen Stuttgart und Frankfurt. Auf der Basis des für dieses Jahr erwarteten Gewinns von 58 DM je Aktie entspricht dies einem Kurs/-Gewinn-Verhältnis von 14,1; diesen über dem Durchschnitt der Industrie (12) liegenden Wert begründet Commerzbank-Vorstandsmitglied Jürgen Terrahe mit den ausgezeichneten Wachstumserwartungen des Herrenbekleidungsherstellers. Boss rechnet 1985 mit 300 Mill. DM Umsatz und erzielte 1984 mit 15 Mill. DM Grundkapital bei 237 Mill. DM Umsatz zehn Mill. DM Jahresüberschuß. Die 4,95 Mill. DM stimmrechtslosen Vorzugsaktien, die vom 13. bis zum 17. Dezember zur Zeichnung angeboten werden, sind mit einer nachzahlbaren Mindestdividende von vier Prozent und einer vierprozentigen Mehrdividende gegenüber den Stammaktien ausgestattet.

Neue Hilfen für Arbed

Saarbrücken (dpa/VWD) – Der Landtag des Saarlandes hat gestern neuen Betriebshilfen bis zu 350 Mill. DM an die wirtschaftlich angeschlagene Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, zugestimmt. Mit den Stimmen der allein regierenden SPD und der CDU-Opposition billigten die Abgeordneten in erster Lesung einen entsprechenden Nachtragshaushalt, der die neuen Hilfen in den nächsten beiden Jahren vorsieht. Ausgezahlt werden sollen die neuen Beihilfen an die noch zum luxemburgischen Arbed-Konzern gehörende Arbed Saarstahl GmbH jeweils erst dann, wenn konkrete Defizite nachgewiesen sind.

Leistungsbilanz-Rekord

Frankfurt (cd.) – Im Oktober hat die Bundesrepublik mit 6,2 Mrd. DM ihren bisher höchsten Leistungsbilanzüberschuß erzielt, der allerdings die Vorjahreszahl (6,1 Mrd. DM) nur geringfügig übertraf. Für die ersten zehn Monate summiert sich der Überschuß in der Leistungsbilanz damit auf 27,4 Mrd. DM nach 8,3 Mrd. DM in der gleichen Vorjahreszeit. Der Außenhandelsüberschuß blieb mit 8,67 Mrd. DM leicht hinter dem Oktoberergebnis 1984 (8,82) Mrd. DM zurück, weil die Einfuhren etwas stärker wuchsen als die Ausfuhren.

SBG kauft Länderbank

Zürich (DW) – Die Schweizerische Bankgesellschaft, die schon seit längerem auf der Suche nach einem Stützpunkt in der Bundesrepublik Deutschland war, übernimmt zum 1. Januar von der Dresdner Bank die Deutsche Länderbank AG, Frankfurt. An der Deutschen Länderbank, die ein Grundkapital von 45 Mill. DM hat, war die Bankgesellschaft bereits früher einmal mit 25 Prozent beteiligt.

Kräftiges Umsatz-Plus

Wiesbaden (dpa/VWD) – Der deutsche Einzelhandel erlebte in diesem Jahr einen „goldenen Oktober". Sein Umsatz stieg um 3,7 Prozent, was nach Abzug der Preissteigerung einem Zuwachs von 2,2 Prozent entspricht. Das teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. Der gute Oktober ließ die Geschäfte in den ersten zehn Monaten des Jahres 1985 um 2,2 Prozent (preisbereinigt plus 0,5 Prozent) über das Niveau der gleichen Vorjahreszeit steigen. Damit konnte nach Angaben des Statistischen Bundesamtes das preisbereinigte Umsatzniveau von 1978 im deutschen Einzelhandel wieder erreicht werden.

Entscheidung verschoben

Brüssel (VWD) – Eine Entscheidung über die Festsetzung von Mindestzinssätzen für Exportkredite im Rahmen der OECD-Vereinbarung haben die EG-Finanzminister auf Januar verschoben. Sie wollen sich auf ihrer nächsten Sitzung (20. 1.) erneut mit dieser Frage befassen, um der EG-Kommission ein Verhandlungsmandat für die am 26. Januar in Paris beginnenden OECD-Verhandlungen zu erteilen.

EG

Stabilitätspolitik hat Vorrang

dpa/VWD, Brüssel

Die EG-Wirtschafts- und Finanzminister haben eine Wirtschaftsstrategie befürwortet, die bei anhaltendem Wachstum zu einem deutlichen Abbau der Arbeitslosenzahl führen soll. Auf ihrer Ratssitzung verabschiedeten sie in Brüssel einstimmig den EG-Jahreswirtschaftsbericht 1985/86, in dem diese Politik als Richtschnur formuliert ist.

Die EG-Länder stimmten darin überein, daß eine an Stabilität ausgerichtete Politik die Grundlage für eine Wachstumsstrategie bilde. Darauf drängte insbesondere die Bundesregierung. Nur in diesem Rahmen sei Bonn bereit, fiskalpolitische Handlungsspielräume zur Verbesserung der Nachfrage zu nutzen.

Bonn weigerte sich, konkreten Empfehlungen der EG-Kommission in diesem Punkt zu folgen und in eine Vorziehung der für 1988 geplanten zweiten Stufe der Steuersenkungen auf 1987 einzuwilligen. Die Bundesregierung lehnte auch eine Zunnahme öffentlicher Defizite aus beschäftigungspolitischen Gründen ab.

Der Jahreswirtschaftsbericht sieht als „Doppelstrategie" eine „maßvolle Reallohnentwicklung" mit einhergehender „angemessener Nachfragestützung" vor. Das durch eine stabilitätsorientierte Geldpolitik flankierte Wachstum soll bei einer Zunahme von derzeit rund 2,5 auf drei bis 3,5 Prozent im Jahr zu einem jährlichen Beschäftigungszuwachs von ein bis 1,5 Prozent führen. Die EG-Arbeitslosenquote von rund zwölf Prozent soll so bis 1990 auf etwa sieben Prozent verringert werden.

JAPAN / Kursanstieg des Yen entschärft Konflikt mit Washington, vermochte aber Exportflut nicht zu stoppen

Rekordüberschuß im Außenhandel mit den USA

FRED de LA TROBE, Tokio

Der steigende Wechselkurs des Yen gegenüber dem Dollar hat die Wettbewerbsstärke amerikanischer Produkte erhöht und den Handelskonflikt zwischen Japan und den USA entschärft. Das berichtet die amerikanische Handelskammer in Tokio. Seit dem Treffen der „Fünf" in New York am 22. September stieg die Parität der japanischen Währung um nahezu 20 Prozent auf rund 200 Yen zu einem Dollar. Noch im März lag der Dollarkurs bei 260 Yen. Der starke Yen hat allerdings bisher nicht dazu geführt, das hohe Handelsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten mit Japan abzubauen.

Die meisten Firmen haben ihre Exportverträge für dieses Jahr schon vor Monaten abgeschlossen. Sprecher der Handelsfirmen weisen darauf hin, daß es bis zu einem Jahr dauert, bis sich eine höhere Parität des Yen voll auf die Ausfuhren und Einfuhren auswirken kann.

Die japanische Handelsbilanz schloß, wie das Finanzministerium gestern mitteilte, im November mit einem Überschuß von 4,78 Mrd. Dollar, dem zweitbesten Ergebnis nach Juni dieses Jahres (rund fünf Milliarden Dollar). Der Exportüberschuß gegenüber den USA erreichte mit 4,03 Mrd. Dollar trotz des gestiegenen Yen-Kurses sogar einen neuen Rekord. Bereits im Oktober waren die Exporte in die USA um zwei Prozent gestiegen, wobei größere Autolieferungen ausschlaggebend waren.

Während importintensive Branchen aus dem stärkeren Yen Vorteile ziehen, beginnen exportorientierte Sektoren wie die Textil-, Elektronik-, Haushaltselektro-, Stahl-, Werkzeugmaschinen-, Präzisionsmaschinen- und Autoindustrie unter dem höheren Wechselkurs zu leiden. Bisher haben sich erst wenige Firmen dazu entschlossen, die Preise für ihre Exportprodukte in den USA zu erhöhen. Ein solcher Schritt, so fürchten viele, würde ihre Wettbewerbsstärke gegenüber der ausländischen Konkurrenz beeinträchtigen. Zu denen, die sich zu Preisanhebungen entschlossen, gehören die Firmen Nissan und Sony. Nissan setzte die Preise für seine Pkw-Modelle in den USA um vier bis 5,5 Prozent nach oben, Sony will vom Januar an seine Produkte in den Vereinigten Staaten fünf bis zwölf Prozent teurer anbieten.

Das Ministerium für Handel und Industrie (Miti) hat niedrigverzinsliche Darlehen in Höhe von 100 Mrd. Yen (1,25 Mrd. DM) für mittlere und kleine Unternehmen bereitgestellt, die von der hohen Parität des Yen stark betroffen sind. Die Zinsen liegen bei fünf Prozent gegenüber der sonst üblichen Rate von 7,5 Prozent. Firmen, die über 20 Prozent ihrer Umsätze aus dem Export erzielen und deren Verkaufserlöse in den drei letzten Monaten um mindestens zehn Prozent sanken, dürfen diese Darlehen in Anspruch nehmen.

Japanische Bankkreise rechnen damit, daß die Leistungsbilanz Japans erst vom kommenden Jahr an abnehmende Überschüsse aufweisen wird, wenn der Wechselkurs bei einem Dollar je 200 Yen bleibt. Die Bank von Tokio erwartet für das im März 1986 endende Fiskaljahr einen Überschuß von 123,2 Mrd. DM gegenüber 93,6 Mrd. DM im Vorjahr. Für nächstes Jahr prognostiziert sie 120,4 Mrd. DM. Die Bank von Japan will den Wechselkurs des Yen zum Dollar hoch halten, durch Interventionskäufe und Zinspolitik wirkt sie einem Kursrückgang der japanischen Währung entgegen. Der Gouverneur der Bank, Sumita, deutete allerdings an, daß er den Kurs von 1 Dollar = 200 Yen für angemessen halte. Die Voraussagen der Geschäftsbanken für den Wechselkurs des Dollar zum Yen für 1986 schwanken aber zwischen eins zu 185 bis eins zu 215. Der amerikanische Professor Lester C. Thurow vom Massachusetts Institute of Technology ist der Meinung, erst eine Relation von einem Dollar = 160 Yen würde zu einem Ausgleich der Exporte und Importe im Handel zwischen den USA und Japan führen.

Seit dem Höhenflug des Yen sind die protektionistischen Strömungen im amerikanischen Kongreß gegen Japan merklich schwächer geworden. Japanische Handelskreise fürchten aber neue Initiativen zu Importbeschränkungen, wenn sich die Ausfuhren der Vereinigten Staaten nach Japan wegen verbleibender Handelshemmnisse auf die Dauer nicht erhöhen lassen. (SAD)

GROSSBRITANNIEN / Reform des Bausparwesens

Alle Bankgeschäfte erlaubt

fu, London

Die Regierung Thatcher hat einen Gesetzesentwurf vorgelegt, mit dem das Bausparwesen in Großbritannien erheblich zugunsten der sogenannten Building Societies reformiert werden soll. Es wird damit gerechnet, daß das Reformgesetz nach Lesungen im Unterhaus und der notwendigen Zustimmung durch das House of Lords Anfang 1987 in Kraft treten wird. Dann werden die Building Societies praktisch alle Bankgeschäfte zusätzlich zu ihrem eigentlichen Bauspargeschäft anbieten können.

Die britischen Building Societies sind ihrer Rechtsform nach Bausparrgenossenschaften, also Vereinigungen auf Gegenseitigkeit. Bislang ist ihre Tätigkeit im wesentlichen darauf beschränkt, ihren Mitgliedern Sparformen in Anteilen, Einlagen und auf Ratensparkonten sowie die Vergabe von Hypotheken zur Wohnungsbaufinanzierung anzubieten. Doch mit dem starken Vordringen der Geschäftsbanken in das Einlagengeschäft und vor allem in die Hypothekenfinanzierung wurden die Building Societies zunehmend benachteiligt.

Mit der Reform des Bausparwesens wird den Bausparkassen künftig gestattet, sich am Geldtransfersystem (Giro) zu beteiligen, Dienstleistungen im Devisenhandel anzubieten, Scheckkarten auszustellen, als Immobilienmakler und Versicherungsagenten aufzutreten und über Beteiligungen an Notarfirmen sogar notarielle Immobilienübertragungen für ihre Mitglieder auszuführen.

Darüber hinaus wird den Building Societies gestattet, ungesicherte Kredite bis zu einem Höchstbetrag von 5000 Pfund (18 600 DM) zu vergeben. Mit dem neuen Gesetz wird auch eine Überwachungsbehörde geschaffen, die Building Societies Commission, sowie die Einrichtung eines „Feuerwehrfonds" zum Schutz der Bauspareinleger bindend vorgeschrieben.

Außerdem soll es für die Building Societies künftig möglich sein, mit der mehrheitlichen Zustimmung sowohl der Mitglieder als auch der Hypothekennehmer die Rechtsform einer Aktiengesellschaft anzunehmen, oder sich von einer Aktiengesellschaft übernehmen zu lassen.

NACHRICHTEN AUS DEM AUSLAND

British Steel mit Gewinn

London (dpa/VWD) – Die British Steel Corporation, das bedeutendste Stahlunternehmen Großbritanniens, konnte in der ersten Hälfte des laufenden Geschäftsjahres erstmals seit elf Jahren wieder einen Gewinn verbuchen. Die Firma erzielte überraschend einen Gewinn vor Steuern von 21 Mill. Pfund (77 Mill. DM). Der Umsatz stieg um 9,25 Prozent auf 1,7 Milliarden Pfund. In der ersten Hälfte des Vorjahres hatte der Verlust noch 96 Millionen Pfund betragen.

Freie Preisgestaltung

London (fu) – Das große Staatsmonopol British Gas wird sich auch nach seiner Privatisierung im Herbst kommenden Jahres als Gasmonopol weitestgehender Freiheiten erfreuen dürfen. Dies geht aus den jetzt von der Regierung unter heftigem Protest der Oppositionsparteien vorgelegten Rahmenbedingungen der Betriebslizenz für British Gas hervor. So wird British Gas die Preise für die privaten Haushalte selbst festsetzen können, ohne daß die neue Überwachungsbehörde Ofgas auf die Preisgestaltung Einfluß nehmen kann.

Geht Plessey an GEC?

London (dpa/VWD) – Die britische General Electric Company (GEC), größter Elektronik- und Telekommunikations-Konzern des Landes, hat seinem wichtigsten Inlandskonkurrenten Plessey Anfang der Woche offiziell ein Kaufangebot in Höhe von 1,16 Mrd. Pfund (4,29 Mrd. DM) unterbreitet. Die Plessey-Aktie wurde mit 160 Pence bewertet.

Angebot für Union Carbide

New York (AP) – Der amerikanische Mischkonzern GAF will für 4,12 Mrd. Dollar den Chemiekonzern Union Carbide (UC) übernehmen. Ein Konzernsprecher sagte, GAF wolle zunächst 48 Millionen UC-Aktien für 68 Dollar je Stück erwerben. Zusammen mit den bereits gekauften 6,96 Millionen Stück ergebe das eine Beteiligung von 80 Prozent. Der von Union Carbide selbst gehaltene Rest solle nach der Fusion erworben werden. GAF ist vornehmlich in den Bereichen Sonderchemikalien und Baumaterial tätig.

Auftrag aus Afrika

Frankfurt (AP) – Ein deutsches Firmenkonsortium ist von Zentralafrika beauftragt worden, den Ausbau des Flughafens Bangui für Großraumflugzeuge zu leiten. Wie das federführende Frankfurter Ingenieurunternehmen Lahmeyer International mitteilte, hat das Projekt ein Investitionsvolumen von 35 Mill. DM und wird von arabischen Entwicklungsbanken finanziert.

NAMEN

Dr. Hermann von Brammühl (48), stellvertretender Direktor der Kölnische Rückversicherungsgesellschaft, ist als Nachfolger des verstorbenen Dr. **Manfred Bodenschatz** zum Vorstandsmitglied der Delvag Luftfahrtversicherungs-AG, Köln, bestellt worden.

Rolf Schwarz-Schütte, Vorsitzender des Verwaltungsrats und Leiter der Geschäftsführung der Schwarz GmbH, Monheim, sowie Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf, wird am 12. Dezember 65 Jahre alt.

John A. Some, Inhaber der John Some KG, Düsseldorf, und Vorsitzender der schwedischen Handelskammer in der Bundesrepublik Deutschland, feiert heute den 60. Geburtstag.

Hermann L. Mende tritt zum 1. Januar 1986 als Gesellschafter in die BTF-Textilwerke GmbH & Co. KG ein und wird zum gleichen Datum in die Geschäftsführung berufen.

NIEDERLANDE / Käse bringt Devisen in die Kasse

Frau Antje sorgt für Absatz

HELMUT HETZEL, Den Haag

Wer kennt nicht die blondzöpfige Frau Antje: Gekleidet in typisch niederländischer Tracht, verkörpert sie einen holländisches Stereotyp und sorgt als Käsebotschafterin in der Bundesrepublik schon seit fast 25 Jahren dafür, daß der Gouda auf fast allen deutschen Tischen inzwischen regelmäßig zu finden ist. Käse ist im Agrarbereich neben der Blumen- und Gemüseindustrie ein weiterer Exportschlager der Niederländer, der jährlich etwa zwei Drittel ihres Bruttosozialprodukts – 1984 umgerechnet 350 Mrd. DM – jenseits der Grenzen absetzt.

Auch hier, bei den Käse- und Molkereiprodukten, bleibt der überwiegende Teil der niederländischen Produktion nicht am heimischen Herd, sondern er landet in diesem Fall fast ausschließlich in bundesdeutschen Haushalten. Allein 1984 konsumierten die Bundesbürger rund 139 Millionen Tonnen holländischen Käse und bescherten damit den Niederländern Einnahmen von fast einer Milliarde Gulden. Und auch 1985 scheint sich dieser Trend zum holländischen Käse in deutschen Landen unvermindert fortzusetzen. Zweistellige Exportzuwachsraten beweisen dies. In den ersten neun Monaten dieses Jahres legten die holländischen Käseausfuhren in die Bundesrepublik um elf Prozent zu.

Erfolg durch Marketing

„Absatzrenner beim holländischen Käse in Deutschland", so Franz Wimmers vom niederländischen Büro für Milcherzeugnisse in Aachen, „ist derzeit die nußartig süßlich schmeckende Sorte Maasdamer. Sie ist erst seit fünf Jahren auf dem deutschen Markt, verkauft sich aber hervorragend. 1984 aßen die Deutschen bereits 20 000 Tonnen davon." Damit mache der Maasdamer in der geschmacklichen Beliebtheitsskala der Deutschen den beiden anderen niederländischen Spitzensorten, vor allem aber dem Edamer mit 23 000 Tonnen (1984) an zweiter Stelle des Absatzes, bereits Konkurrenz, könne aber noch lange nicht an den allseits beliebten und weltberühmten Gouda (72 000 Tonnen in 1984) heranreichen.

Zurückzuführen seien diese ungewöhnlichen und sich seit Mitte der siebziger Jahre geradezu explosionsartig entwickelnden holländischen Käseexporte „auf eine geschickte Sortimentsausbreitung und eine international ausgerichtete und erfolgreich agierende Marketingstrategie", meint Käseexperte Wimmers dazu.

Japaner mögen Gouda

Daß dieses Marketing-Argument nicht ganz unbegründet ist, beweist nicht nur Frau Antje, die bei 86 Prozent aller Deutschen bekannt ist, sondern das bestätigt auch Frau Wijntje von der Haager Zentrale für Milchprodukte. Die von ihr angefertigte niederländische Käse-Exportstatistik liest sich wie das Länderinhaltsverzeichnis eines Weltatlanten. Kaum eine Region, kaum ein Land fehlt darauf. Ihre Statistik weist auch aus, daß neben den Europäern – an zweiter Stelle in der niederländischen Exportstatistik für Käse liegen weit hinter der Bundesrepublik Belgien und Luxemburg (44 Mill. Tonnen in 1984) – auch Japaner und Ägypter Geschmack an diesem typischen holländischen Produkt finden.

Zwar steigt der Export nach Nippon nur langsam und betrug in 1984 „nur" 5400 Tonnen. Bei den Ägyptern aber scheint der niederländische Käse derzeit voll im Geschmackstrend zu liegen. Sie steigerten ihre Einfuhren in den ersten neun Monaten dieses Jahres gleich um ein Drittel von 6600 Tonnen auf jetzt bereits 9900 Tonnen (Januar bis Oktober 1985). Und der bilaterale Handel zwischen beiden Ländern nimmt auf diesem Gebiet neuerdings ganz andere Dimensionen an: 1985 lieferten die Holländer erstmals ganze Käsefabriken an den Nil.

GRACE / Rückkauf der Flick-Beteiligung könnte Übernahmeangebot verhindern – Entscheidung ist noch offen

Bezahlung der Aktien bereitet Schwierigkeiten

H.-A. SIEBERT, Washington

Dementiert hat die W. R. Grace & Co. in New York, an der Friedrich Karl Flick mit 26 Prozent beteiligt ist, eine Meldung des „Wall Street Journal", wonach der Mischkonzern auf sein Aktienrückkaufsrecht verzichten will. Die Entscheidung sei noch nicht gefallen, heißt es im Grace-Plaza an der Avenue of the Americas. Flick besitzt 15 Mill. Grace-Papiere im Wert von nahezu 600 Mill. Dollar oder umgerechnet 1,5 Mrd. DM. In einer gemeinsamen Erklärung wurden Gespräche mit der Deutschen Bank bestätigt.

An der Wall Street wird gewettet, daß Unternehmenschef J. Peter Grace (72), bei dem Flick Anfang der 50er Jahre als Trainee lernte, sehr wohl sein Rückkaufsrecht in Anspruch nehmen wird. Das macht auch insofern Sinn, als der zweifellos überdiversifizierte Konzern einer dringenden Umstrukturierung bedarf. Grace würde dadurch einem möglichen Fusionsangebot zuvorkommen, über das bereits spekuliert wird, und zugleich den Aktienkurs von 44 auf 60 bis 70 Dollar nach oben drücken. Bisher hat das Flick-Engagement W. R. Grace vor einem Aufkauf bewahrt.

Die Frage ist allerdings, wie Grace die eigenen Aktien bezahlen will. Die Finanzlage des Unternehmens hat sich sichtbar verschlechtert – vielleicht auch deswegen, weil Peter Grace, anstatt sich um sein Unternehmen zu kümmern, nicht müde wird, für Präsident Reagan den US-Haushalt auf Ausgabenkürzungen hin abzuklopfen. Außerdem handelt Grace gern mit Firmen. Bisher erwarb er 150, verkauft hat er 75.

Die Bilanz für 1985 sieht nicht gut aus. Bei kaum gestiegenen Umsätzen sank der Reingewinn in den ersten neun Monaten, verglichen mit dem Vorjahr, von 142 auf 102 Mill. Dollar. 1984 erreichten der Absatz 6,7 Mrd. Dollar und der Nettogewinn 195,6 Mill. Dollar, was einer Umsatzrendite von 2,9 Prozent entsprach. Bei Aktiva in Höhe von 5,3 Mrd. Dollar beschäftigte der Konzern am Ende des Geschäftsjahres 80 000 Mitarbeiter.

Gelobt wird an der Wall Street die Konzentration der W. R. Grace & Co. auf das Geschäft mit Spezialchemikalien seit dem Kauf der Dewey Almy Chemical Co. im Jahre 1954. Auf sie entfallen 60 Prozent des Reingewinns. Außerdem gehören dem Konzern aber auch Werke zur Herstellung landwirtschaftlicher Chemikalien, zum Beispiel für Düngemittel sowie Bodenschätze, 860 Restaurants, 325 Ausrüstungszentren „fürs Haus", Sportgeschäfe und eine wachsende Zahl von High-Tech- und Firmen für persönliche Bedarfsartikel. Steuern muß Peter Grace mehr als 2500 Betriebe in 47 US-Bundesstaaten und 42 Ländern rund um den Erdball.

Folgt man den Analysten, dann liegen die Interessengebiete des Konzerns „zu weit auseinander". Überdies reagierte der Düngemittelabsatz (minus sieben Prozent gegenüber 1984) empfindlich auf den starken Dollar, der Öl- und Erdgasbereich auf den Preisverfall (minus zwölf Prozent). Wegen heftiger Konkurrenz im Einzelhandel mußte Grace Geschäfte schließen. Die Restaurant-Ketten werfen nicht so viel ab wie erhofft. Für 1986 hat das Unternehmen eine Konsolidierung angekündigt.

BURDA-VERLAG / Weichen für die Zukunft gestellt

Neue Führungsstruktur

nl. Stuttgart

Der 82jährige Offenburger Verleger, Senator e. h. Prof. Dr. Franz Burda, Gründer des zu den führenden Druck- und Verlagshäusern zählenden Burda-Konzerns, hat nunmehr die Weichen für die Zukunft seines Lebenswerks gestellt, nachdem er sich bereits seit längerer Zeit aus der Tagesarbeit zurückgezogen hatte: Nach einer Mitteilung des Unternehmens hat Dr. Franz Burda seine restlichen Gesellschaftsanteile an den Unternehmen der Burda-Gruppe auf seine Söhne Franz Burda (53), Frieder Burda (49) und Dr. Hubert Burda (45) zu je gleichen Teilen übertragen.

Letztere drei bilden als Gesellschafter und Geschäftsführer der Dachgesellschaft Burda Verwaltungsgesellschaft mbH & Co., Offenburg, gemeinsam das oberste Leitungs- und Kontrollorgan der Burda-Gesellschaften. Dieses sei, wie erläutert wird, vergleichbar dem „Board of Directors" der amerikanischen Kapitalgesellschaften. Zugleich seien sie als Geschäftsführer der Burda GmbH, die durch einen Beherrschungsvertrag an die Burda Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. gebunden ist, verantwortlich für die drei Bereiche Druck (Franz Burda), kaufmännische Verwaltung und Beteiligungen (Frieder Burda) und Verlag (Dr. Hubert Burda). Zu weiteren Geschäftsführern neben Verlagsdirektor Karl-Heinz Hiller (65) wurden der Gesamtleiter Technik, Gerd Spraul (46), und der Leiter des Bereichs Beteiligungen, Herbert Warth (47), ernannt.

Der erfolgreiche Verleger Franz Burda sen., der sein Handwerk von der Pike auf gelernt hat, baute eine Firmengruppe auf, die im vergangenen Jahr auf einen Außenumsatz von 962 Mill. DM kam. Zu den Beteiligungen zählt ein 24,9prozentiger Anteil an der Axel Springer Verlag AG.

DAL / Schreiben zur Verantwortung der Aufsichtsorgane

Finanzminister entlastet

Nea. Mainz

In die öffentliche Diskussion um die wirtschaftliche und politische Verantwortung für die vermutlich über drei Milliarden Mark betragenden Verluste der Deutschen Anlagen Leasing (DAL) in Mainz hat sich jetzt in einem Schreiben auch das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen in Berlin eingeschaltet. Der Inhalt des Schreibens vom 5. Dezember wird in Mainz als Entlastung für die Aufsichtsorgane der Landesbank Rheinland-Pfalz, insbesondere für den rheinland-pfälzischen Finanzminister Carl-Ludwig Wagner (CDU) gewertet.

Das Bundesaufsichtsamt hatte auf Bitten des Mainzer Wirtschaftsministeriums, das die Rechtsaufsicht über die Mainzer Landesbank ausübt, speziell die Frage der Verantwortlichkeit geprüft. Es stellt in seinem Bericht für alle DAL-Gesellschafter (also die Westdeutsche Landesbank, die Landesbank Rheinland-Pfalz, die Bayerische Landesbank, die Hessische Landesbank und die Dresdner Bank) zwar „schwerwiegende Versäumnisse und Fehlentscheidungen" bei der Wahrnehmung ihrer Gesellschafterrechte fest. Man müsse bei der Rolle der Landesbank Rheinland-Pfalz jedoch berücksichtigen, daß ihre „Entscheidungsfreiheit und Handlungsspielraum spätestens seit 1975 zunehmend erheblichen Einschränkungen rechtlicher und faktischer Art unterlagen". Dies spielt auf die Mehrheitsverhältnisse bei der DAL an – die Mainzer Landesbank hält lediglich einen Anteil von über 26 Prozent.

Weiter, so heißt es im Schreiben des Bundesaufsichtsamts, müsse beachtet werden, daß bei der Landesbank Rheinland-Pfalz „Vorstandsmitglieder, in deren durch die Stellung im Vorstand begründete besondere Verantwortung der Bereich DAL fiel, der Geschäftsleitung nicht mehr angehören". Aus diesem Grunde habe das Amt sich entschlossen, die Prüfung abzuschließen.

Finanzminister Wagner sieht darin die Bestätigung, daß mit dem Ausscheiden der direkt verantwortlichen Vorstandsmitglieder die nötigen personellen Konsequenzen gezogen worden seien. Der Bericht des Bundesaufsichtsamts entlaste die übrigen Vorstandsmitglieder. Dies müsse dann aber erst recht für die Aufsichtsgremien der Bank gelten.

Die Tatsache, daß der Wortlaut des Sondergutachtens der Düsseldorfer Wirtschaftsprüfer Wollert und Elmendorff zum DAL-Desaster nicht veröffentlicht wird, verteidigte der Minister mit allgemeinen Bank-Usancen.

MAN / Die Gutehoffnungshütte kann eine wiedergenesene Tochter umarmen

Fusion wird im Juni 1986 vollzogen

DANKWARD SEITZ, München

Es war ein Abschied ohne Wehmut. Eher ließ Vorstandsvorsitzer Otto Voisard Erleichterung darüber verspüren, daß er „seine" MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG nach zwei Verlustjahren wieder in die schwarzen Zahlen gebracht hat und sie nun in geordneten Verhältnissen mit der Muttergesellschaft GHH-Gutehoffnungshütte Aktienverein, Oberhausen, verschmolzen werden kann. Wenn auch vorerst nur ein „bescheidener operativer Gewinn" angefallen ist, konnte er doch mit Stolz verkünden, die GHH-Tochter „ohne externe Hilfe auf den richtigen Weg" gebracht zu haben.

Konkret wird dies die MAN allerdings nicht mehr belegen können, denn zum letzten Mal wurde nun ein Geschäftsbericht für das im Jahr 1840 gegründete Unternehmen präsentiert. Bereits für das Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.) werden die verschmolzenen Gesellschaften eine gemeinsame Bilanz erstellen. Wie Voisard erläuterte, wird die Fusion nämlich noch im Juni 1986 vollzogen werden. Eine außerordentliche Hauptversammlung wird dies im April/Mai noch billigen müssen.

Zur „Erleichterung des Verschmelzungsvorganges" wird die MAN schon vorher aufhören, als operative Gesellschaft zu existieren. Dazu wird den MAN-Aktionären am 7. Februar vorgeschlagen, die verbliebenen Unternehmensbereiche rückwirkend zum 1. Juli 1985 auszugliedern in: eine MAN Nutzfahrzeug GmbH, München, eine MAN Gutehoffnungshütte GmbH, Oberhausen, sowie eine MAN Technologie GmbH, München.

Sehr zufrieden zeigte sich Voisard mit der Entwicklung des Geschäftsjahres 1985/86 der „alten" MAN. Nachdem die ersten fünf Monate ein Umsatzplus von neun Prozent auf rund 2,3 Mrd. DM brachten, könne für das gesamte Jahr sogar für die Gruppe ein Zuwachs von zwölf Prozent auf über 7,5 Mrd. DM erwartet werden. Die Hoffnung sei berechtigt, daß MAN damit „wieder an die positive normale Ertragsentwicklung" früherer Jahre anknüpfen kann.

So dürfte der Auftragseingang der Gruppe auch 1985/86 um wieder gut elf Prozent auf über 7,8 Mrd. DM steigen. Per Ende November 1985 verzeichnete die AG (einschließlich MAN-Roland und B&W Diesel) sogar ein Plus von 34 Prozent auf 2,95 Mrd. DM, wovon auf das Ausland 1,8 Mrd. DM (plus 50 Prozent) entfielen. Der Auftragsbestand erhöhte sich um elf Prozent auf fast 7,1 Mrd. DM (Ausland: 5,3 Mrd. DM plus 17 Prozent). An dieser Entwicklung hätten alle Unternehmensbereiche teilgenommen.

Und die in den letzten Jahren eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragskraft werden sich auch 1985/86 weiter positiv auswirken. Immerhin habe man dadurch schon 1984/85 gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverbesserung von rund 0,5 Mrd. DM erzielt. Mehrfach betonte Voisard in diesem Zusammenhang, daß dafür ebensowenig wie für die Dividende für 1984/85 (2 DM für die Stammaktie und 6 DM je Vorzugsaktie) der Erlöse aus dem Verkauf der MTU-Anteile an Daimler-Benz (schätzungsweise 0,5 Mrd. DM) verwendet worden ist. Damit habe man vielmehr „die Reserven wieder auf einen Stand gebracht, der höher ist, als vor den beiden Verlustjahren.

Sichtbare Zeichen dafür sind bei einem Erlös aus Anlageabgängen von rund 478 Mill. DM die Möglichkeiten, die Aufwendungen für Altersversorgung auf fast 131 (40) Mill. DM aufzustocken und den Rücklagen 200 Mill. DM zuzuweisen. Weitere 175 Mill. DM sollen mit Billigung der Hauptversammlung in die Rücklagen. Und ohne Mühen konnten bei einem Steueraufwand von 54,1 (34) Mill. DM ein Verlust von 39,1 Mill. DM, der 1985/86 deutlich geringer ausfallen soll, von der deutschen B & W-Diesel verdaut werden. Nicht zuletzt hat der Liquiditätszufluß aus dem MTU-Verkauf zu einem Absinken des Zinsaufwandes von per saldo 33,5 Mill. auf 17,4 Mill. DM geführt.

MAN	1984/85	±%
Gruppe [1]		
Umsatz (Mill. DM)	6735	+ 1,2
davon Ausland	3575	+ 6,7
Auftragseingang	6987	+ 11,4
davon Ausland	3772	+ 17,4
Auftragsbestand	6873	+ 3,9
davon Ausland	4707	+ 4,3
Beschäftigte [2]	39 960	- 1,5
AG [3]		
Umsatz	4981	- 10,0
davon Ausland	2456	- 10,7
Auftragseingang	4896	- 1,4
davon Ausland	2473	+ 3,8
Auftragsbestand	5127	- 6,4
davon Ausland	3726	- 4,9
Beschäftigte [2]	29 182	- 14,6
Sachinvestitionen	98,3	- 35,8
Abschreibungen	117,5	- 24,3
Brutto-Cash-flow [4]	230,0	(49,0)
Bilanzsumme	5138	+ 7,2
Grundkapital	430	(430)
Rücklagen	826	+ 82,7
Jahresüberschuß/ Jahresfehlbetrag	+408	(-112)
Belanzgewinn	208	± 0
Gewinn/Verlust je Aktie [5]	+ 12,0	(-26,20)

[1]) AG einschl. Inlandstöchter mit 50 Prozent Beteiligung und mehr. Vorjahresvergleich um MTU-Anteile bereinigt; [2]) zum Geschäftsjahresende; [3]) nach Ausgliederung der MAN-B&W Diesel GmbH; [4]) nach eigenen Angaben; [5])je-50-DM-Aktie. Vorjahreswert einschl. Sozialplanaufwendungen, ohne diese -10,70 DM.

BERLINER BANK

Ergebnis deutlich verbessert

tb. Berlin

Für die Berliner Bank AG, Berlin, wird 1985 ein sehr gutes Jahr. Doch die Aktionäre werden davon nicht profitieren. Vor Journalisten erklärte Vorstandssprecher Dietrich Nebelung in Berlin, eine Dividendenerhöhung sei nicht vorgesehen. Das bessere Ergebnis solle vielmehr zur Risikovorsorge und inneren Stärkung der Bank verwendet werden. Für das Geschäftsjahr 1984 hatte die Berliner Bank eine Dividende von 6 DM je Aktie ausgeschüttet.

Das Teilbetriebsergebnis betrug Ende Oktober 107,6 Mill. DM und war damit um 8,8 Prozent höher als zehn Zwölftel des Jahres 1984. Der Zinsüberschuß stieg um 3,8 Prozent auf 284,2 Mill. DM, der Provisionsüberschuß um 17,5 Prozent auf 81,9 Mill. DM. Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Jahresende 1984 um 2,4 Prozent auf 12,80 (12,51) Mrd. DM erhöht. Belebt hat sich das Kreditgeschäft. Die Forderungen an Kunden stiegen um 9,2 Prozent auf 6,10 (5,59) Mrd. DM. Die Einlagen der Kundschaft haben sich von Januar bis Oktober um 7,7 Prozent auf 7,57 (7,03) Mrd. DM erhöht. Im Konzern ist das Geschäftsvolumen in den ersten zehn Monaten um 6,5 Prozent auf 26,91 Mrd. DM gestiegen.

Anfang 1986 wird die Berliner Bank eine Kapitalbeteiligungs-Gesellschaft mit 5 Mill. DM Kapital gründen. Dabei wird es sich nicht um eine Venture-Capital-Gesellschaft handeln, sondern es sollen Beteiligungen an mittelständischen Unternehmen (zwischen 10 und 50 Prozent) erworben werden, die die Venture-Capital-Phase schon hinter sich haben. Außerdem sind, so der Vorstand, keine Dauerbeteiligungen geplant.

BETEILIGUNGS AG

Vorzugsaktien für 140 Mark

cd. Frankfurt

Zum Preis von 140 DM je Aktie bieten die Deutsche Bank und das Bankgeschäft Karl Schmidt, Hof, 15 Mill. DM stimmrechtslose Vorzugsaktien der „Deutsche Beteiligungs AG" (DBAG) vom 12. bis zum 16. Dezember zur Zeichnung an. Die für das Geschäftsjahr 1985/86 (31.10.) voll gewinnberechtigten Aktien, die mit einer Mehrdividende von einer DM gegenüber den Stammaktien und einer nachzahlbaren Vorzugsdividende von drei DM ausgestattet sind, werden am 19. Dezember in den geregelten Freiverkehr der Börsen Frankfurt und Düsseldorf einbezogen. Für das laufende Jahr stellt die DBAG eine Dividende von sechs DM in Aussicht, so daß sich einschließlich Steuergutschrift für die Zeichner eine Rendite von 6,7 Prozent ergibt.

Die DBAG, die neben den 15 Mill. DM Vorzugsaktienkapital über ein Stammaktienkapital von 15 Mill. DM und 30 Mill. DM offenen Rücklagen verfügt, beteiligt sich als Holdinggesellschaft an mittelständischen Unternehmen und eröffnet ihnen auf diese Weise indirekt den Zugang zur Börse. Zur Zeit hält sie zwölf Beteiligungen in Form von stillen Beteiligungen, KG- und GmbH-Anteilen sowie Gesellschafterdarlehen mit rund 42 Mill. DM Buchwert mit Schwerpunkt bei Kraftfahrzeugzulieferern (30 Prozent) und Kunststoffverarbeitung (20 Prozent), die nach Einschätzung der Deutschen Bank gute Ertrags- und Wachstumsperspektiven aufweisen. Die „Krigeskasse" von 18 Mill. DM reicht noch zum Eingehen weiterer Engagements. Zu den Zielen der DBAG gehört nicht zuletzt die spätere direkte Plazierung börsenreif gewordener Beteiligungen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Katalysatorbau gemeinsam

München (sz.) – Eine gemeinsame Gesellschaft zur Herstellung von Entstickungskatalysatoren (Denox-Katalysatoren) wollen die Hutschenreuther AG, Selb, und die Degussa AG, Frankfurt, gründen. Dieses Unternehmen wird eine Anlage nach einer Lizenz von Mitsubishi Petrochemical errichten und 1987 in Betrieb nehmen. Für den Vertrieb stehen Lizenzrechte von Mitsubishi Heavy Industriy zur Verfügung. Herstellung, Anwendungstechnik und Vertrieb solcher Katalysatoren erfordern nach Ansicht von Hutschenreuther und Degussa Erfahrung sowohl in technischer Keramik als auch in der Katalysatortechnik, für die beide Unternehmen ideale Voraussetzungen mitbringen. Das Bundeskartellamt hat der Gründung der gemeinsamen Gesellschaft bereits zugestimmt.

Großprojekte

Mannheim (VWD) – Die zum PWA-Konzern gehörende PWA Waldhof GmbH, Mannheim, investiert 1986 in zwei Großprojekte über 100 Mill. DM. Nach Angaben des Unternehmens soll im Werk Mannheim-Waldhof die Produktionskapazität bei Hygienepapieren auf 210 000 Tonnen im Jahr steigen. Außerdem wird das Zellstoff-Bleichverfahren von Chlor auf Sauerstoff umgestellt. PWA erwartet 1985 eine Umsatzsteigerung um 10 Prozent auf rund 600 Mill. DM.

Utter nimmt Abschied

Köln (DW.) – Flugkapitän Werner Utter (64) scheidet nach 13jähriger Tätigkeit im Vorstand der Deutschen Lufthansa zum Ende des Jahres aus dem Unternehmen aus. Utter war seit 1954 für die Lufthansa tätig. Seine Nachfolge tritt Martin Gaebel (50) an, der bereits seit Anfang 1985 stellvertretendes Vorstandsmitglied des Unternehmens ist. Utter, der vor vier Jahren mit Erreichen der Altersgrenze seine aktive Fliegerlaufbahn nach 29 000 Flugstunden beendete, erhielt nach dem zweiten Weltkrieg als einer der ersten deutschen Verkehrsflieger wieder die Kapitänslizenz. Er wurde 1972 Mitglied des Lufthansa-Vorstandes.

Umsatzplus

Eitorf (dpa/VWD) – Die Boge GmbH, Eitorf, Hersteller von Stoßdämpfern und Schwingdämpfungselementen, erwartet für 1985 einen Umsatz von rund 480 Mill. DM (plus 16 Prozent). Das Familienunternehmen beschäftigt rund 3800 Mitarbeiter im In- und Ausland. Der Exportanteil beträgt rund 40 Prozent. Zum neuen Vorsitzenden der Geschäftsführung hat der Aufsichtsrat ab 1986 Wulf D. Warlitz ernannt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Edgar Pfeifer berufen.

Keine Rettung

Berlin (AP) – Für das traditionsreiche Berliner Druckhaus Tempelhof gibt es nach Angaben von Berlins Wirtschaftssenator Elmar Pieroth keine Rettung. Er selbst habe zahlreiche, doch vergebliche Versuche unternommen, einen Käufer zu finden. Pieroth kündigte die Absicht eines alteingesessenen Berliner Unternehmens an, 1986 ein Druckereizentrum mit 200 Arbeitsplätzen zu errichten.

Westhyp im Aufwind

Frankfurt (cd.) – Die Westfälische Hypothekenbank, Dortmund, berichtet über eine 14,4prozentige Steigerung des erweiterten Zinsüberschusses auf 73,5 Mill. DM in den ersten drei Quartalen dieses Jahres, in denen die Hypothekenzusagen mit Schwergewicht im Großgeschäft und im gewerblichen Geschäft um 8,1 Prozent auf 624 Mill. DM zunahmen und 2 Mrd. DM (plus 24 Prozent) Kommunalkredite zugesagt wurden. Die Bilanzsumme erhöhte sich von 13,8 auf 14,9 Mrd. DM, wovon 12,5 (12,3) Mrd. DM auf langfristige Ausleihungen entfallen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Rudolf Thelen GmbH u. Co. KG, Isolierungen – Luftkanalbau, Alsdorf; **Bitburg:** Dipl.-Ing. Norbert Worms, Hallschlag; **Bochum:** Dr. med. Reza Emami; **Burgwedel:** Wedemark-Team, Wedemark; **Dortmund:** Babi's Shop Textil- u. Lederwaren Einzelhandelsges. mbH, Lünen; **Frankfurt:** Elektro-Union Ing. Karlheinz Michel GmbH; **Geilenkirchen:** Wilfried Frick, Düsseldorf; **Gummersbach:** Westdeutsche Glashandelsges. Strobl GmbH, Marienheide; **Heilbronn:** EWR-Wohnbau GmbH, Leingarten; GWR-Grundstücksges. f. Wohn- u. Eigenheime mbH, Schwaigern; Lukas Computersysteme GmbH; Kassenfabrik Emil Mogler GmbH & Co. KG; **Hof:** „Jaeger-Porzellan GmbH", Marktredwitz; **Kleve:** Peter Kühn Verwaltungsges. mbH, Straelen; **Meldorf:** Kies-Arens GmbH, Ostrohe; **Neustadt:** Nachl. d. Charles Gunst, Wunstorf; **Osnabrück:** Kurt Telgkämper, Kaufmann; **Ravensburg:** Nachl. d. Karl Wilhelm Schneider; **Remscheid:** Baugeschäft di Pietro GmbH, Solingen; **Wolfratshausen:** Herbert Becker, Miesbach; Bavaria-Fashion Mode u. Vertriebs GmbH; **Wuppertal:** Egon Dieckmann, Mettmann.

Anschlußkonkurs eröffnet: Reutlingen: texma H. Klotz GmbH u. Co. KG, Metzingen; Texma – Textilhandels-GmbH, Metzingen.

Vergleich beantragt: Düren: Josef Künster Fliesenfachgeschäft; **Rastatt:** Murgtal-Reifen-Dienst GmbH, Gaggenau-Hörden; **Siegburg:** Robert Steimel sen., Lohmar.

Aktien überwiegend freundlicher

Institutionelle Anleger nahmen die Käufe wieder auf

DW. – Einige inländische institutionelle Anleger haben das Warten auf niedrigere Aktienkurse aufgegeben und am Dienstag damit begonnen, ihre Bestände weiter aufzufüllen. Dabei zeigte sich, daß die Märkte auf der jetzigen Basis ziemlich unergiebig geworden sind und Material teilweise nur zu deutlich heraufgesetzten Kursen zur Verfügung stand. Abgestützt wurde die freundliche Tendenz durch günstige Wachstumsprognosen. Sie scheinen auch einige Ausländer auf den deutschen Aktienmarkt zurückgelockt zu haben.

Unmittelbarer Nutznießer des Flick-Verkaufs waren nur noch die Aktien der Deutschen Bank. Aber auch die anderen Papiere des Bankenbereiches legten um einige DM zu. Am meisten die Aktien der Bayerischen Vereinsbank, die von der angekündigten Dividendenheraufsetzung profitierten. Anlagekäufe waren vor allem in den Veba-Aktien zu beobachten. Als ein Grund für das Interesse an der Veba werden sinkende Ölpreise genannt. Die Aussicht darauf machte sich bei den Papieren der Großchemie nur wenig bemerkbar. Elektrowerte tendierten überwiegend fester, auch Siemens, wo nicht zuletzt die vom Bund in Aussicht gestellte Forschungsbeihilfe für Phantasie sorgt. Bei AEG wurden die spekulativen Käufe wieder aufgenommen. Im Maschinenbausektor wird der Anstieg von GHH und MAN auf die bevorstehende Vereinigung beider Unternehmen zurückgeführt, die nach Börsengerüchten im Verhältnis 1:1 in Aussicht genommen sein soll.

Frankfurt: Buderus zogen weiter um 10 DM an. Ebenfalls je 10 DM höher notierten Binding mit 340 DM und Rheinmetall mit 500 DM. Cassella sanken um 24,50 DM, Hochtief um 14 DM und Hartmann + Braun St. um 10 DM.

Düsseldorf: Alexander gaben um 4 DM nach, Bilfinger verminderten sich um 4,50 DM, und Kochs Adler fielen um 4 DM. Dyckerhoff St. verteuerten sich um 5,50 DM, Gildemeister um 2,50 DM und Rhenag um 6 DM.

Hamburg: Beiersdorf wurden mit plus 3,50 DM umgesetzt. Schwächer lagen Bremer Vulkan mit minus 1,60 DM und Phoenix Gummi mit minus 1,60 DM. NWK Vz. erhöhten sich um 5 DM. Markt und Kühlhallen gaben um 2 DM nach.

Berlin: Rheinmetall Vz. gewannen 15 DM, Lehmann 2,90 DM und Berliner Bank 2 DM. Kempinski verloren 17 DM, Dt. Hypobank Berlin 10 DM und Bergmann 8 DM.

München: Agrob St. zogen um 5 DM, Audi um 25 DM und Deckel um 1,50 DM an. Aigner verminderten sich um 5 DM, AKS gaben um 1 DM nach und Electro 2000 verbilligten sich um 5 DM.

Stuttgart: Salamander legten 3 DM zu, Daimler machten 4,50 DM gut und Mercedes stiegen um 9 DM. Zeag Zement gaben um 14 DM nach, Fuchs gaben um 3 DM und Württemb. Cattun um 10 DM nach.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 248,00 (246,27)
WELT-Umsatzindex: 4472 (2746)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Johannesburg

	10.12.	9.12.
Abercom Inv.	-	-
AE & Co Ltd.	9,45	9,7
Barlow Rand	13	14,25
DeBeers	15,35	15,3
Gold Fields	36	37,75
Highveld Steel	5,9	5,85
Kloof Gold Min.	22,4	23,5
Rembrandt	-	45
Rustenburg P	24,5	25,75
Sasol	8,85	9,05
Vaal Reef	210	223,5
RDM Gold Index	-	1044,10
RDM Ind. Index	-	-

Stockholm

	10.12.	9.12.
AGA A	150	165
Alfa-Laval A	265	-
Alfa-Laval B	-	-
ASEA Fria	315	320
Atlas Copco A	-	170
Electrolux B	175	175
Ericsson A	-	-
Saab-Scania	495	505
Sandvik A	580	-
SKF B	252	267
Volvo A	270	290
J & P Ind. Index	616,85	611,79

Tokio

	10.12.	9.12.
Alps	1860	1790
Bank of Tokyo	727	725
Banyo Pharma	693	708
Bridgestone Tire	516	518
Canon	1150	1150
Daikin Kogyo	645	645
Daiwa Sec.	768	764
Daiwa House	870	857
Esai	1320	1330
Fuji Bank	1470	1470
Fuji Photo	2070	2030
Hitachi	740	721
Honda	1170	1170
Ikegai Iron	360	368
Kansai El. P.	1930	1800
Kao Soap	961	969
Kirin Brewery	724	718
Komatsu	485	490
Kubota Iron	325	318
Matsushita El. Ind.	1240	1220
Matsushita El. Wks.	871	861
Mitsubishi El.	347	342
Mitsubishi H. I.	350	346
Nikko Sec.	710	702
Nippon Ei	1320	1320
Nippon St.	154	151
Nomura Sec.	1010	1010
Pioneer	1770	1720
Ricoh	1090	1100
Sankyo	1080	1070
Sanyo Electric	402	405
Sharp	924	899
Sony	3920	3870
Sumitomo Bank	1593	1590
Sumitomo Marine	660	671
Takeda Chem.	916	926
Tojin	481	476
Tokio Marine	875	847
Tokyo El. Power	2470	2300
Toray	505	506
Toyota Motor	1150	1150
Index	1018,43	1010,83

Toronto

	10.12.E	9.12.
Abitibi Price	17,5	17,5
Alcan Alu	39,875	39,75
Bk. of Montreal	34,25	34,125
Bk. of Nova Scotia	14,675	14,675
Bell Cda Enterprises	41,875	41,5
Bluesky Oil	3,45	3,4
Bow Valley Ind.	14,625	14,75
Brendc Mines	-	8,625
Brunswick M & Sm.	12,75	12,75
Cdn. Imperial Bk.	43	42,5
Cdn. Pacific E.	29,5	29,5
Cdn. Pacific	17,75	17,75
Coseka Res.	7,4	7,45
Denison Mines	16	15,125
Dome Petroleum	3,1	3,15
Domtar	22,125	22
Falconbridge Ltd	18,75	18,5
Great Lakes Forest	17,25	17
Gulf Canada	20,125	20,125
Gulfstream Res.	1,15	1,14
Hiram Walker Res.	33,5	33,5
Hudson Bay Mng	6,875	6,875
Husky Oil	9,5	9,625
Imperial Oil -A-	51,75	53
Inco	17,625	17,75
Inter City Gas Ltd.	17,125	17,125
Interprov. Pipeline	43,75	43,75
Kerr Addison	15,5	15,5
Lac Minerals	35	35,75
Massey Ferguson	3,05	3,05
Moore Corp.	29,125	29
Noranda Mines	14	13,875
Norcen Energy Res.	16	16,75
Northgate Expl	4,6	4,65
Northern Telecom.	47,75	47,375
Nova An Alberta 'A'	6,75	6,75
Nu West Group	0,42	0,43
Oakwood Petrol	8,25	8,375
Placer Development	24	24,75
Provigo Inc.	14,875	14,75
Ranger Oil	4,95	5
Revenue Properties	2	2,07
Rio Algom	23,75	24
Royal Bk. of Can	35	35,125
Seagram	63,75	63,625
Shell Canada	27,875	25,75
Sherritt Gordon	7,575	7,25
Stelco -A-	24	23,5
TransCdn Pipelines	21,375	21,5
Westcoast Transm.	17,875	17,875
Index: TSE 300	2859,80	2859,40

Wien

	10.12.	9.12.
Creditanst.-Bkv Vz.	418	416
Gösser-Brauerei	580	595
Länderbank Vz.	2200	2250
Österr. Brau	590	594
Perlmooser Zement	770	772
Reininghaus	855	850
Schwechater Br.	360	365
Semperit	185	179
Steyr-Daimler-P	167	167
Steyrermühl Papier	367	370
Universale Hoch	309	301
Veitscher Magnesit	930	920
Index	115,80	115,35

Zürich

	10.12.	9.12.
Alusuisse	674	674
dgl. NA	230	232
Bank Leu	4200	4160
Brown Boveri	1880	1875
Ciba Geigy Inh.	3625	3550
Ciba Geigy Part.	2975	2950
Elektr. Watt	3510	3500
Georg Fischer Inh.	1110	1080
Mag. Globus Part.	1145	1145
H. La Roche 1/10	11725	11675
Holderbank	690	700
Italo-Suisse	303	305
Jacobs Suchard Inh.	7460	7460
Jelmoli	3625	3625
Landis Gyr	2235	2240
Mövenpick Inh.	5175	5300
Motor Columbus	1070	1079
Nestlé Inh.	7960	7950
Oerlikon-Bührle	1350	1350
Sandoz NA	4200	4175
Sandoz Inh.	10125	10000
Sandoz Part.	1700	1720
Art. A. Saurer	212	210
Schw. Bankges.	4990	4970
Schw. Bankverein	537	575
Schw. Kredit. A. Inh.	3500	3495
Schw. Rückv. Inh.	12700	12850
Schw. Volksp. Inh.	2400	2370
Sika -B-	4240	4200
Gebr. Sulzer Part.	480	470
Swissair	1660	1570
dgl. NA	1400	1290
Winterthur Inh.	5950	5940
Winterthur Part.	4995	4980
Zür. Vers. Inh.	5725	5675
Index: Schw. Kred.	475,00	471,80

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte: 151,20 (150,76); Elektrowerte 298,16 (295,49). Autowerte: 644,65 (642,15); Maschinenbau: 166,88 (165,50). Versorgungsaktien: 149,85 (147,15); Banken: 345,81 (344,00); Warenhäuser: 127,02 (126,12). Bauwirtschaft: 381,32 (381,85), Konsumgüterindustrie: 130,98 (130,27); Versicherung: 1304,99 (1298,85); Stahlpapiere. 168,73 (167,34)

Kursgewinner:

Sinner	375,00	+25,00	+7,1%
Kali Chemie	460,00	+30,00	+6,9%
Gerling NA gr.	6300,00	+300,0	+5,0%
Dyckerh. Z. St.	195,00	+9,00	+4,8%
Dyckerh. Z. Vz.	183,00	+8,00	+4,5%
Berl. AG Ind.	240,00	+10,00	+4,5%
Binding St.	240,00	+10,00	+4,3%
Diskusw	74,00	+3,00	+4,2%
GHH St.	219,00	+9,00	+4,2%
Otavi	134,00	+5,10	+3,9%

Kursverlierer:

Herlitz Vz.	144,00	-14,00	-8,8%
Triumph Int. Gen.	56,50	-3,50	-5,8%
Löwenbräu	1380,00	-70,00	-4,8%
V. Seidenw.	162,00	-8,00	-4,7%
Mü. Rück. Inhab.	2270,00	-110,0	-4,6%
Krauss-Maffei	1890,00	-90,00	-4,5%
Koepp	170,00	-8,00	-4,4%
Cassella	600,50	-24,50	-3,9%
Gerling NA Vz.	530,00	-20,00	-3,6%
IKB	241,00	-9,00	-3,6%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 580,00 T, Kötitzer 1920,00 bG, VAB 3060,00 bG

Düsseldorf: BASF 256,00, Contigas 330,00T, Gerresh. Gl. 169,00, IWK 295,00 G, Linde 545,00, Metallges. 290,00 T, Nixdorf 530,00, Schering 605,00, VEW 132,00

Frankfurt: Allweiler St. 270,00, Allweiler Vz. 212,00 G, BASF 255,00, Contigas 339,00 G, Frankona 456,00 G, IWK 296,00, Linde 550,00, Magdeburger Feuer 505,00 G, Magdeburger Feuer NA 1450,00 B, Metallges. 295,00, Moto Meter 202,00 B, Nixdorf 532,00, Schering 600,00, VEW 131,00, Wibau 9,10

Hamburg: Schering 613,00

München: BASF 252,00, Bremer Wolle 185,00 B, Contigas 328,00, Frankona 456,00, Isar Amper 348,00 G, IWK 304,00 G, Linde 546,00, Metallges. 271,00, Nixdorf 522,00, Schering 618,00, Stumpf 120,00 B, VAB 3110,00 G, VAB Vz. 3000,00 G, VEW 130,00, Wanderer 490,00 G

Bezugsrecht: Lehmann 13,50 DM.

Devisenmärkte

Der US-Dollar entwickelte sich am 10. Dezember weiter positiv, blieb aber von den Umsätzen vernachlässigt. Es wurde zwischen 2,5380 und 2,5440 gehandelt. Von den Bondmärkten kamen positive Anregungen, die Fed führte bei 8 Prozent über Wertpapierkäufe Liquidität zu. Der amtliche Kurs erholte sich auf 2,5418, ohne Beteiligung der Bundesbank. Das Englische Pfund fiel weiter zurück und wurde mit 3,66 1,05 Prozent niedriger bewertet. Der fallende Ölpreis belastete. Der Japanische Yen erholte sich auf 1,2480. US-Dollar in Amsterdam 2,8630, Brüssel 51,725; Paris 7,757; Mailand 1728,30, Wien 17,87; Zürich 2,1215, Ir. Pfund/DM 3,090, Pfund/Dollar 1,44; Pfund/DM 3,66.

Devisen und Sorten

10.12.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs.-Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,5378	2,5458	2,5206	2,49	2,58
London[2]	3,653	3,667	3,605	3,60	3,75
Dublin[2]	3,083	3,097	3,048	2,99	3,14
Montreal[1]	1,8115	1,8195	1,7948	1,76	1,86
Amsterd.	88,68	88,90	88,535	87,75	89,50
Zürich	119,71	120,91	119,77	118,50	121,25
Brüssel	4,903	4,923	4,873	4,80	5,00
Paris	32,69	32,85	32,26	31,75	33,50
Kopenh.	27,57	27,69	27,325	26,50	28,25
Oslo	32,97	33,09	32,41	31,75	33,50
Stockh.**	32,845	33,005	32,28	32,00	33,75
Mailand[3]**	1,4655	1,4755	1,4295	1,42	1,52
Wien	14,20	14,24	14,159	14,13	14,35
Madrid**	1,614	1,624	1,575	1,55	1,65
Lissabon**	1,566	1,586	1,50	1,10	1,90
Tokio	1,2465	1,2495	-	1,20	1,26
Helsinki	45,935	46,135	45,33	45,00	47,00
Buen.Air.	-	-	-	-	3,50
Rio	-	-	-	0,03	0,18
Athen* **	1,6555	1,7095	-	0,95	1,75
Frankl.	-	-	-	1,71	1,80
Sydney*	1,7225	1,7415	-	1,68	1,78
Johannbg.*	0,933	0,967	-	0,70	1,02
Hongkong*	32,41	32,69	-	30,00	36,00

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Entspannung bei den Renten

Vorsichtige Anlagekäufe führten bei den öffentlichen Langläufern zu einer begrenzten Kurserholung. Bei einigen institutionellen Anlegern festigt sich die Meinung, daß der Zinsbuckel nun seinen höchsten Punkt erreicht hat und um die Jahreswende mit Entspannungserscheinungen am Rentenmarkt zu rechnen ist. Darauf deuten auch erste Umschichtungen von Kurz- in Langläufern hin. Dies besagt indes noch nichts über die *Plazierung der neuen Nordrhein-Westfalen-Anleihe, deren Konditionen von den Händlern lapidar als nicht marktgerecht bezeichnet werden.*

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Wir trauern um

Dr. med. Heinrich Bartelheimer

em. o. Professor für Innere Medizin

5. 6. 1908 8. 12. 1985

Wir haben ihn sehr geliebt

Anneliese Bartelheimer geb. Freund
Hubertus Bartelheimer

Elbchaussee 187 B
2000 Hamburg 52

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 13. Dezember 1985, um 11.00 Uhr in der Christuskirche zu Hamburg-Othmarschen, Roosensweg.

Der Anteilnahme aller uns Verbundenen gewiß, bitten wir von Beileidsbesuchen und Beileidsbezeugungen abzusehen.

Am 5. 12. 1985 verstarb unser früherer Mitarbeiter, Herr

Johannes Richter

geboren am 7. 10. 1903

Herr Richter war 34 Jahre in unserem Hause tätig und lebte seit 1968 im Ruhestand. Wir schätzten ihn als gewissenhaften und zuverlässigen Mitarbeiter und werden sein Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter der
Hamburger Sparkasse

Die Trauerfeier findet am Montag, dem 16. 12. 1985, um 12.00 Uhr in der Kapelle des Stellinger Friedhofes, Molkenbahrstraße statt.

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während sich Kaffee uneinheitlich präsentierte, konnte Kakao in allen Sichten zulegen.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	9.12.	4.12.
Dez.	341,00	344,00
März	341,00	344,00
Mai	320,25	322,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.

St.L 1 CW	288,80	287,05
Am. Durum	285,74	283,99

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Dez.	126,00	125,30
März	131,00	131,00
Mai	133,80	133,90

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Dez.	99,50	99,50
März	102,00	102,10
Mai	105,60	105,80

HAFER Chicago (c/bush)

Dez.	132,50	129,25
März	136,25	135,25
Mai	138,50	137,50

MAIS Chicago (c/bush)

Dez.	244,25	243,75
März	243,75	244,75
Mai	247,50	247,00

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Dez.	104,60	105,10
März	109,60	110,50
Mai	112,70	113,30

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	9.12.	4.12.
Dez.	177,58	180,25
März	182,85	182,27
Mai	185,85	186,26

KAKAO New York ($/t)

	9.12.	6.12.
Dez.	2180	2155
März	2263	2252
Mai	2305	2300
Umsatz	3583	3850

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 Jan.	5,34	5,45
März	6,32	6,39
Mai	6,48	6,52
Juli	6,61	6,65
Sept.	6,74	6,75
Umsatz	7085	6704

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)

5,75	5,70

KAFFEE London (£/t) Robusta

	9.12.	6.12.
Jan.	2005-2010	2006-2010
März	2055-2058	2047-2047
Mai	2108-2110	2090-2094
Umsatz	9471	14638

KAKAO London (£/t)

Dez.	1680-1681	1657-1658
März	1731-1733	1689-1690
Mai	1745-1746	1711-1712
Umsatz	4848	1994

ZUCKER London (£/t) Nr.6

	9.12.	6.12.
März	163,80-164,00	164,60-165,00
Mai	167,40-167,60	168,20-168,80
Aug.	172,40-173,00	173,00-174,00
Umsatz	1301	1626

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)

	10.12.	9.12.
schw. Saraw.spez.	902,50	902,50
weiß.Saraw.	1080,00	1080,00
weiß.Munt.	1090,00	1090,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	9.12.	6.12.
Jan.	117,80	115,90
März	118,80	117,50
Mai	119,00	119,00
Juli	119,50	118,50
Sept.	115,50	115,15
Umsatz	1500	1000

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

9.12.	6.12.
35,00	35,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

28,25	28,25

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Dez.	19,98	19,75
Jan.	20,05	19,80
März	20,40	20,18
Mai	20,70	20,45
Juli	20,95	20,75
Aug.	20,95	20,75
Sept.	20,92	20,75

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk

18,00	17,75

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	16,50	16,50
Choise white hog 4 % fr. F.	12,50	12,50

TALG New York (c/lb)

top white	14,25	14,25
fancy	13,75	13,75
bleichf.	13,50	13,50
yellow max. 10% fr.F	10,75	10,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Dez.	50,20	49,35
Feb.	48,40	47,60
April	43,35	42,50

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Feb.	66,25	64,20
März	66,37	64,35
Mai	67,60	65,55

HÄUTE Chicago (c/lb)

	9.12.	6.12.
Ochsen einh. schwere River Northern	62,00	62,00
Kühe einh. schwere River Northern	50,00	48,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Jan.	513,00	508,50
März	522,00	517,50
Mai	530,75	526,50
Juli	537,00	532,50
Aug.	534,00	530,50
Sept.	520,00	511,00
Nov.	508,00	509,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Dez.	144,90	144,80
Jan.	145,10	145,00
März	145,90	145,80
Mai	147,00	146,00
Juli	147,80	147,50
Aug.	147,50	147,00
Sept.	143,00	143,50

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	9.12.	6.12.
Dez.	309,10	305,50
März	318,50	313,00
Mai	324,00	318,50

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

9.12.	6.12.
17,00	17,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.

	10.12.	9.12.
cif	900,00	900,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank

530,00	520,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra

cif	385,00	385,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) fob Niederl. fob Werk

130,50	128,75

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen

cif	390,00	385,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1

cif	251,00	246,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	9.12.	4.12.
März	60,45	60,58
Mai	60,75	60,84
Juli	57,40	59,54
Okt.	55,30	55,40
Dez.	51,15	51,48
März	51,69	–

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1

39,75	40,25

WOLLE London (Neuseel. c/kg) – Kreuzz.

	10.12.	9.12.
Jan.	471-476	473-477
Mai	492-494	494-498
Aug.	507-510	515-520
Umsatz	112	91

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	9.12.	6.12.
Dez.	49,50	49,50
März	48	48
Mai	48,50	48,50
Juli	48	48
Umsatz	0	0

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard

	9.12.	6.12.
Dez.	540,00-570,00	565,00-590,00
März	605,00-615,00	–
Mai	–	–
Umsatz	19	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	10.12.	9.12.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	9.12.	6.12.
Dez.	12154	12199
Jan.	12241	12261

KAUTSCHUK London (p/kg)

	9.12.	6.12.
Nr.1 loco	56,00-59,00	55,50-58,50
Dez.	–	–
Jan.	–	–
Febr.	–	–

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	9.12.	6.12.
Jan.	175,00-176,00	176,00-177,00
Febr.	176,00-177,00	177,00-178,00
Nr. 2 Jan.	172,00-173,00	171,50-172,50
Nr. 3 Jan.	168,50-169,50	169,00-170,00
Nr. 4 Jan.	163,50-164,50	164,00-165,00

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)

	10.12.	9.12.
BWC	375	375
BWD	350	350
BTC	375	375
BTD	350	350

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 lt – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	10.12.	9.12.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	256,87-257,06	255,34-255,71
drittf. M.	266,41-266,59	263,68-264,05
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	97,73-97,91	97,93-98,02
drittf. M.	101,05-101,21	100,99-101,17
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	1013,93-1015,76	1011,74-1013,59
drittf. M.	1030,43-1032,26	1030,27-1032,12
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	165,02-166,12	166,77-167,51
Prod.-Pr.	170,57	169,85
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ringg/kg)

10.12.	9.12.
ausg.	ausg.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	10.12.	9.12.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	358,63-361,75	339,11-342,26
BLEI in Kabeln	105,50-106,50	105,50-106,50
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW) Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbearbeiter

Messingnotierungen

	10.12.	9.12.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	318-322	317-322
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	353-355	355
MS 63	345-348	341-344

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	10.12.	9.12.
Leg. 225	320-325	320-325
Leg. 226	322-327	322-327
Leg. 231	355-362	355-362
Leg. 233	365-372	365-372

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	10.12.	9.12.
PLATIN (DM/g)	28,55	29,85
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	26350	26590
Rückn.-Pr.	25600	25840
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	26408	26066
Rückn.-Pr.	25720	25097
verarbeitet	27700	27096
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	25875	26160
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	487,40	500,00
Rückn.-Pr.	472,98	485,00
verarbeitet	508,80	521,90

Internationale Edelmetalle

	10.12.	9.12.
GOLD (US-$/Feinunze) London		
10.30	316,10	320,15
15.00	317,00	317,40
Zürich mit.	316,00-316,50	319,70-320,10
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	78250	79800
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	405,60	409,35
3 Mon.	414,85	420,80
6 Mon.	426,90	432,05
12 Mon.	449,15	454,15

	9.12.	6.12.
PLATIN (£/Feinunze) London fr. Markt	228,10	231,85
PALLADIUM (£/Feinunze) London f. Händl.-Pr.	66,90	68,50

New Yorker Metallbörse

	9.12.	6.12.
GOLD H & H Ankauf	317,65	322,30
SILBER H & H Ankauf	588,50	603,00
PLATIN		
f. Händl.-Pr.	332,00-334,50	332,00-334,50
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	100,00-101,00	100,50-101,50
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
Dez.	581,00	602,00
Jan.	585,50	606,60
März	592,50	614,50
Mai	600,00	623,00
Juli	608,00	631,00
Sept.	618,30	640,00
Dez.	630,00	655,00
Umsatz	39000	15000

KUPFER (c/lb)

	9.12.	6.12.
Dez.	65,85	64,10
Jan.	63,65	64,05
März	63,50	64,00
Mai	63,75	64,20
Juli	63,85	64,30
Sept.	64,10	64,50
Dez.	64,35	64,80
Umsatz	12100	17500

Londoner Metallbörse

	10.12.	9.12.
ALUMINIUM (£/t)		
mitt. Kasse	700,50-701,00	694,00-696,00
3 Mon.	726,50-727,00	719,00-720,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	266,50-267,00	265,00-266,00
3 Mon.	275,50-276,00	273,00-274,00
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	957,50-958,00	948,50-949,00
3 Monate	977,00-977,50	968,00-968,50
ab. Kasse	–	950,50-951,00
3 Monate	–	969,50-970,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	943,00-944,00	938,00-940,00
3 Monate	962,00-964,00	956,00-958,00
ZINK (£/t)		
mitt. Kasse	450,00-453,00	453,00-456,00
3 Monate	–	–
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	ausg.	ausg.
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	270-280
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	57-62

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	9.12.	6.12.
Jan.	79,50-79,75	83,10-83,25
Febr.	80,46	82,40-82,50
März	76,07	77,90-78,25
April	71,67	73,50-73,70

GASÖL – London ($/t)

	9.12.	6.12.
Dez.	245,00-245,50	257,50-258,00
Jan.	242,25-242,50	254,00-254,50
Febr.	238,75-239,00	249,00-249,50
März	230,25-230,50	238,00-240,00
April	220,75-221,00	229,00-230,00
Mai	214,75-215,00	222,25-223,00
Juni	213,25-214,50	225,00-224,50

BENZIN – New York (c/Gallone)

	9.12.	6.12.
Jan.	71,25-71,50	74,90-75,10
Febr.	72,58	74,50-74,60
März	72,56	74,50-74,65
April	72,86	74,80-74,90
Mai	73,00	74,95-75,10

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	9.12.	6.12.
Jan.	27,49-27,53	28,72-28,80
Febr.	27,85	28,02-28,05
März	26,47	27,46-27,50
April	25,97	26,90-26,98
Mai	25,64	26,60-26,68

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	9.12.	6.12.
Arabian Lg.	27,95	27,95
Arabian Hv.	25,90	25,90
Iran Lt.	27,70N	27,70N
Forties	27,50	28,05
N.Sea Brent	28,00	28,25
Bonny Light	29,65N	29,65N

Kartoffeln

London (£/t)

	9.12.	6.12.
Febr.	81,80	82,30
April	90,60	91,80
Mai	96,00	97,30
Nov.	73,60	73,50

New York (c/lb)

	9.12.	6.12.
März	2,17-2,25	2,19-2,20
April	2,18-2,35	2,20-2,26
Mai	2,35	2,37
Nov.	3,40-3,42	3,40-3,42

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	9.12.	6.12.
Jan.	152,50-152,20	149,70-150,10
März	156,90	154,00-154,40
Mai	160,70-160,80	158,50-158,70
Juli	163,90	162,30

Devisenterminmarkt

Am 10.12. wurden Dollar/D-Mark-Deports geringer und FF/D-Mark-Deports erhöht gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,79-0,69	2,13-2,03	4,18-3,98
Pfund/Dollar	0,45-0,43	1,23-1,20	2,28-2,23
Pfund/DM	2,90-1,50	6,80-5,40	12,4-11,0
FF/DM	23-7	60-44	114-96

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 10.12.: Tagesgeld 4,50-4,60 Prozent, Monatsgeld 4,75-4,90 Prozent; Dreimonatsgeld 4,75-4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,85 Prozent, 6 Mon. 4,90 Prozent.

Privatdiskontsätze am 9.12.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 9.12.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 10.12.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	8⅛-8¼	4⅝-4¾	4-4⅛
3 Monate	8-8⅛	4⅝-4¾	4-4⅛
6 Monate	8-8⅛	4⅝-4¾	4-4⅛
12 Monate	8⅛-8½	4⅞-5⅛	4⅛-4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 10.12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West, Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 10.12. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1270,00	1630,20
5 US-Dollar (Indiana)**	795,00	957,65
5 US-Dollar (Liberty)	465,00	644,10
1 £ Sovereign alt	195,00	242,82
1 £ Sovereign Elizabeth II.	186,00	234,84
20 belgische Franken	143,50	192,00
10 Rubel Tscherwonez	197,50	252,51
2 südafrikanische Rand	178,25	224,87
Krüger Rand, neu	798,50	950,19
Maple Leaf	814,25	968,15
Platin Noble Man	845,50	1003,77
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	213,00	271,32
20 schweiz. Franken „Vreneli"	162,00	213,80
20 franz. Franken „Napoléon"	151,75	201,50
100 österr. Kronen (Neuprägung)	755,75	923,12
20 österr. Kronen (Neuprägung)	150,50	194,37
10 österr. Kronen (Neuprägung)	77,50	105,45
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	353,75	437,48
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	80,25	114,29

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Nov. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer). Ausgabe 1985/13 (Typ A) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,22) – 6,75 (5,70) – 7,00 (5,99) – 7,50 (6,26) – 8,50 (6,57). Ausgabe 1985/14 (Typ B) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,24) – 6,75 (5,78) – 7,00 (6,06) – 7,50 (6,34) – 8,50 (6,70) – 8,50 (6,95). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,55, 2 Jahre 5,40. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent). Zins 6,50, Kurs 100,30, Rendite 6,43

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 10.12.85	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	52,602	6,95
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	101,083	6,95
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	53,79	6,70
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	37,34	7,00
Commerzbank	100,00	22.5.95	53,40	6,86
Commerzbank	100,00	4.8.00	37,28	6,96
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	116,50	10,41
DSL-Bank R.264	937,01	2.7.90	102,46	6,57
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	74,78	6,57
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	51,85	7,05
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	105,58	7,00
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	48,25	7,04
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	53,41	6,84
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	37,04	7,10
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	52,23	6,94
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	25,57	7,22
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	25,45	7,12
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	52,80	6,95
WestLB 600	100,00	2.5.95	53,55	6,88
WestLB 601	100,00	2.5.00	37,40	7,07
WestLB 602	100,00	3.10.05	25,05	7,24
WestLB 500	126,86	16.2.89	106,85	5,55
WestLB 501	137,01	16.2.90	107,15	6,06
WestLB 505	115,76	3.10.88	100,00	5,35
WestLB 504	141,85	1.10.91	98,90	6,41
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,59
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	81,50	9,48
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	56,25	9,64
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	50,25	11,44
Xerox (AA)	400,00	11.2.92	54,25	10,16
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	54,25	10,06
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	52,00	9,53
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	43,00	10,81
Penney (A+)	100,00	17.2.94	44,25	10,31
Sears (AA)	100,00	27.5.94	43,25	10,25
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	43,625	10,10
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	43,125	9,39

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	5,00 (5,02)	100,0	101,0	101,8	102,8	103,7	104,7
2	5,55 (5,57)	99,0	100,9	102,5	104,4	106,2	108,0
3	6,05 (6,06)	97,0	99,9	102,3	105,0	107,6	110,5
4	6,50 (6,52)	94,6	98,0	101,4	104,8	108,2	111,6
5	6,76 (6,77)	92,4	96,5	101,0	104,7	108,8	112,9
6	6,85 (6,85)	90,7	95,5	100,7	105,0	109,8	114,6
7	7,03 (7,03)	88,6	94,0	99,9	104,7	110,1	115,4
8	7,16 (7,17)	86,7	92,6	99,1	104,4	110,3	116,2
9	7,20 (7,20)	85,2	91,7	98,7	104,5	111,0	117,4
10	7,25 (7,26)	83,8	90,7	98,3	104,5	111,4	118,3
15	7,45 (7,50)	77,6	86,4	95,2	104,0	112,6	121,6

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 110,003 (109,970)
Performance-Rentenindex: 230,911 (230,824)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	9 Dez.	7,0938-8,00
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	7,95
	60-270 Tage	7,70
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,90
	60 Tage	7,90
	90 Tage	7,85
Certificates of Deposit	1 Monat	7,85
	2 Monate	7,85
	3 Monate	7,85
	6 Monate	7,90
	12 Monate	8,05
US-Schatzwechsel	13 Wochen	[illegible]
	26 Wochen	[illegible]
US-Staatsanleihe	10 Jahre	9,42
	30 Jahre	9,71
US-Diskontsatz		7,50
US-Primerate		9,50
Geldmenge M1	25. Nov.	621,0 Mrd. $ (+ 4,4 Mill $)
NYSE-Aktienindex (New York) Dezember	118,55	118,15
März	120,35	119,80

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	9.12.	6.12.
11¾ EEC 90	105	104,875
10¾ EIB 95	104,5	104,375
11 dgl. 91	105,75	105,25
11¼ dgl. 90	106,875	106,75
11¾ dgl. 93	109,875	109,75
12 dgl. 95	110	109,875
12¾ dgl. 90	109,25	109,125
12¾ dgl. 94	114,875	114,75
13 dgl. 96	114,125	114
10¼ Wld Bk 95	101,5	101,375
10¾ dgl. 88	102,875	102,75
10¾ dgl. 90	104,625	104,5
10¾ dgl. 95	105,125	105
11 dgl. 92	104,875	104,75
11¼ dgl. 98	108	107,875
11¼ dgl. 88	105	104,875
11¼ dgl. 90	106	105,875
11¾ dgl. 89	105,375	105,25
11½ dgl. 90	107	106,875
12 dgl. 95	110,625	110,5
12¼ dgl. 94	112	111,875
12¾ dgl. 94	114,875	114,75
6¾ Sallie 92	98,375	98,575
6¾ Sears 91	103,25	103
6¾ Swed.Ex.91	100,125	100,125
7 TRW 94	100,625	100,625
6¾ Un.Tech.92	100,75	101
6¾ World Bk90	100,25	100,25
6¾ dgl. 94	98,75	98,875
7 dgl. 94	101,375	101,25
7¾ dgl. 93	104,375	104,375
8 dgl. 93	106,25	106

Euro-Yen

	9.12.	6.12.
6¾ Al.Corp 91	101,375	101,375
5¾ ADB 88	97,125	97,25
7¾ dgl. 94	103,375	103,5
7 Austria 95	101	100,875
6¾ Avon 91	99,625	99,75
7 BP 92	105,25	105,125
6¾ Denmark 92	99,375	99,5
7 Denm.Bk. 92	100,5	100,5
7 Dow Chem.94	102,375	102,375
6¾ EDF 95	101	101
6¾ Eurofima86	99,5	99,5
6¾ dgl. 95	97,625	97,75
6¾ dgl. 92	99,75	99,875
7¾ dgl. 94	105,25	105
6¾ Fannie 92	99,75	99,5
6¾ Finl.Rep90	100,375	100,25
6¾ GMAC 90	101	101
7¾ Goodyear95	101,25	101,375
6¾ dgl. 94	100,125	100,25
6¾ ITT 92	100,375	100,5
6¾ McDonal.92	100,875	100,875
7¾ N.Bruns.95	101,25	101,125
7¾ N.Zeald.90	102,25	102,25
7¾ dgl. 89	105,25	105,25
7 Pac.Gas 94	102,375	102,75
6¾ Penney 92	99,75	99,875
6¾ Procter 92	101,5	101,625

Lux. Franc Bonds

	9.12.	6.12.
9¾ Akzo 87	99,75	99,75
9¾ Asea 89	100,5	100,5
6¾ Asian Dv87	97,25	97,25
10¾ BFG Lux90	105	105
11 BNP 90	101,5	101,5
9 dgl. 95	101,25	101,25
10¾ Paribas89	105	105
10¾ Coca 94	105	105
11 dgl. 92	105,75	105,75
13 dgl. 91	104	104
12¾ Comsa87	105	105
8 Coptel 88	98,25	98,25
8¾ dgl. 89	98,5	98,5
11 Cr.Lyon.88	102,5	102,5
13 dgl. 89	101	101
7½ Den.Mtg 88	96,5	96,5
10¾ Euratom96	105	105
11 dgl. 93	103	103
12¾ dgl. 88	100,75	100,75
12¾ dgl. 92	102,5	102,5
9 Eurofima 95	101,5	101,5
10 dgl. 91	103,25	103,25
10 dgl. 94	103,5	103,5
11¾ dgl. 89	102,5	102,5
8 EIB 91	98	98
9¾ dgl. 95	102,75	102,75
9¾ dgl. 88	101,25	101,25
9¾ dgl. 93	102,75	102,75
10¾ dgl. 94	106	106
11¼ dgl. 88	101	101
12¾ dgl. 90	102,5	102,5
9¾ Hypo Bk.88	101,5	101,5
9¾ Ind.B.F.95	101,25	101,25
11 Kredlet.95	106,5	106,5
8 Krediet. 86	99	99
10 dgl. 90	102,75	102,75
11¾ dgl. 89	103,25	103,25
8 Luxair 87	98,75	98,75
8¾ dgl. 87	99	99
10¾ Lux Bk.91	102,25	102,25
12¾ dgl. 89	108,75	108,75
9 Met.Chim 95	108,5	108,5
12¾ Nord LB9	102	102
8 Norges 86	98,5	98,5
8 Oslo 89	98,25	98,25
8¾ dgl. 87	98,5	98,5
9 Paribas 92	100	100
8 Philips 89	97,75	97,75
7¾ Renault 88	96,5	96,5
9¾ Sogenal 92	101,25	101,25
10¾ Solvay 87	102	102
10¾ Stockh.86	99,5	99,5
8 Sveriges 88	98,25	98,25
9¾ Volvo 87	100	100
9¾ WorldBk.90	102,75	102,75
10¼ dgl. 89	102,25	102,25

Rechnungs-Einheiten RE 9 DM 2,60418

	9.12.	6.12.
8¾ Cop City91	97	91
8¾ CCA 91	97	97
9¾ Gas d Fr86	99	99
11¼ Ned. G.88	101,5	101,5
9¾ Queb. 9.94	99	99
8¾ SDR 94	97	97

ECU

	9.12.	6.12.
10¾ Af.Dbk89	102,75	102,625
10¾ dgl. 91	105,625	103,75
9¾ ABN 92	102,625	102,625
All Nippon 95	99,25	99,25
9¾ ANZ 92	102,125	102,25
10¾ Austria93	107	107
10 BNDA 92	101,625	101,5
9 M.+Hope 92	100,75	100,75
9 Bk.Helv.96	97,125	97,25
9¾ Bk.Tok.90	101,875	101,875
10¾ dgl. 91	103	103
10¾ dgl. 91	102,75	102,625
8¾ BNP 95	98	98
8¾ Bay.Vbk.88	101,25	101,375
8¾ BFCE 95	97,625	97,625
9¾ dgl. 92	103	103
9¾ dgl. 95	102,875	103,125
9¾ Bell 92	98,375	98,375
9¾ CNT 92	103,125	103,25
9¾ dgl. 95	103	103,375
8¾ Cargill 95	97,125	97,375
10¾ Coca 89	106,875	106,75
11¼ dgl.94/I	108,75	108,625
11¼ dgl.94/II	108	108,875
9 Chrysl. 92	97,5	97,625
10 dgl. 91	102,625	102,625
10¼ dgl. 93	102,875	102,875
9 ClubMed 88	101	100,875
9¾ Consolt 92	101,75	101,75
9¾ dgl. 95	102	102
9¼ CCF 95	100,625	100,625
9¾ CrdNord 91	102,25	102,375
11¾ CrdFonc90	106,25	106,375
11¾ dgl. 90	107,5	107,375
8¾ CrdNat 95	98,625	99,125
10¾ dgl. 94	106,125	106
8¾ Crdanst 94	99,125	99,125
9¾ Credito 92	101,25	101,25
9¼ Denmark 90	100	100
10¾ Denmark91	106,5	106,5
9¾ Dresd.bk95	102,375	102,375
9 EDF 97	99,125	99,25
8¾ EEC 93	99,5	99,625
8¾ ElfAqu. 88	98,75	98,875
9 Enso Gut 91	98,625	98,625
9¾ dgl. 93	98,625	98,875
10 Euratom 97	104,5	104,5
9¾ Eurofima93	102,5	102,5
11 dgl. 92	108,125	108,375
8¾ EIB 95	99,375	99,625
9¾ dgl. 95	103,375	103,5
10¾ dgl. 94	104,125	104,125
10¾ dgl. 89	105,625	105,625
10¾ dgl. 94	105,875	105,75
10¾ dgl. 90	106,5	106,5
11¾ dgl. 92	107,75	107,75
11¼ dgl. 94	109,5	109,5
9 Eutelsat 95	99	99,125
8¾ Fiat 90	99	99
9 IBKFinnl 95	97,875	97,875
8¾ Ford C.93	98	98
11 Genfin.90	106,625	106,625
10¾ Gtraz. 93	106,75	107
10¾ GTE 92	108	108
10 IADB 93	103,5	103,5
8¾ IBM 90	100,875	100,875
11 III 89	105	105
9¾ Italie 89	101,5	101,375
10¾ dgl. 92	105,125	105,125
11¾ dgl. 90	107,875	107,875
9¾ Kansall 92	100,625	100,625
9¾ Kbl.Ema 92	101,25	101,25
11¾ LTCB 90	106,75	106,75
10¾ Megal 95	103,125	103,25
8¾ Mits.Tr.93	97,625	97,625
9 MostHan.91	99,375	99,5
9¾ Mol 90	101,375	101,375
8¾ Morgan 90	98,875	98,875
8¾ Motorola92	99,75	99,5
9 Nerna 95	98	98
9¾ N.Zeal. 90	101	101
9½ N.Zeal.92	101,375	101,25
11 Nipp.Crd91	106,75	106,75
9 Ost.Lbk. 89	100,75	100,75
8¾ Olivetti93	97,875	97,875
10 Pechin.90	102,375	102,375
9 Petroc 93	96,625	96,625
9¾ Peugeot 90	100,375	100,375
10¾ dgl. 90	103,125	103,125
9 Philips 95	102	102
9¾ Pisa 92	103,5	103,75
10 Prvbk. 92	102,875	102,875
11¼ Queb Pr89	106,75	106,75
10¾ RATP 97	105,125	105,125
9¾ Robobk. 95	103,25	103,25
8¾ Reynolds91	98,75	98,875
10¾ Roybk.Ca89	104	104
9 SAS 95	99,875	99,875
9 Sanwa 95	98,25	98,25
8¾ Secpac 90	98,125	98,125
11¼ SNCF 94	109,25	109,25
9 SNCI 95	99,5	99,5
10¾ Sparkas91	103,875	103,875
9¾ Sumitcorp93	100,25	100,25
9 Sumitfin 93	100,25	100,25
9 Uebk.Nor 95	99,25	99,25
9¾ WestLB 90	104,5	104,5
9¾ Westpac92	101,75	101,75
8¾ Worldbk 93	98,75	98,75
9¾ dgl. 95	103,625	103,625
9¾ dgl. 92	103,25	103,25
10¼ dgl. 89	105,75	105,75
10¾ dgl. 88	105,625	105,625
10¾ dgl. 94	106,875	106,875
11 dgl. 95	106,875	106,875

ECU-Tageswerte

	9.12.	6.12.
Dollar	0,870404	0,872992
Bfr	44,7736	44,8780
DM	2,20238	2,20387
Hfl	2,47978	2,48017
£	0,595556	0,591257
Dkr	7,96507	7,98569
FF	6,71778	6,72596
Lira	1499,27	1503,73
I-£	0,712570	0,713228
Sfr	1,83655	1,834777
öS	15,4845	15,4781
Peseta	135,957	136,012
Skr	6,69036	6,69541
Nkr	6,65120	6,64216
Kan-$	1,21683	1,21887
Esc	139,265	139,679
Fmk	4,77721	4,76566
Yen	176,997	177,567
Drachme	130,900	130,925

TENNIS / Daviscup

Das Team für das Finale

dpa, Hannover

Boris Becker (Leimen), Michael Westphal (Neuss), Andreas Maurer (Neuss) und Hansjörg Schwaier (München) bilden die Mannschaft des Deutschen Tennis-Bundes (DTB) für das Daviscup-Endspiel vom 20. bis 22. Dezember in München gegen Schweden. Damit hat der DTB die vier Spieler nominiert, mit denen die USA (3:2) in Hamburg und die CSSR (5:0) in Frankfurt bezwungen worden sind.

Die Mannschaft nimmt am Wochenende in München ihr offizielles Training unter DTB-Coach Niki Pilic auf. Trainingspartner sind die beiden Jugoslawen Goran Prpic und Slobodan Zivojinovic.

Das schwedische Team wurde mit Mats Wilander, dem australischen Meister Stefan Edberg, Anders Jarryd und Joakim Nyström nominiert. Wilander, Edberg und Jarryd gehörten zur erfolgreichen Cup-Mannschaft im letzten Jahr beim Sieg gegen die USA in Göteborg. Wer die Einzel bestreitet, will Olsson erst nach den Trainingseindrücken bekanntgeben.

STANDPUNKT

Zwielichtig

Stefan Bellof trug keine Schuld an jenem Unfall, bei dem er am 1. September in Spa tödlich verunglückte. Das versucht jedenfalls die „Auto-Zeitung" in ihrer neuesten Ausgabe nachzuweisen. Erst jetzt zugängliches Filmmaterial beweise, daß der Belgier Jacky Ickx durch ein eindeutiges Fahrmanöver Bellof zum Überholen veranlaßt habe. Zu dem tödlichen Unfall sei es gekommen, als Ickx entgegen den Warnungen der Streckenposten das Auto von Bellof schnitt. Der Schweizer Unternehmer Walter Brun, für dessen Team Bellof startete, erwägt eine Klage gegen Ickx vor dem belgischen Sportgericht.

Wenn es stimmt, was die „Auto-Zeitung" behauptet, dann wird Jacky Ickx künftig in einem völlig anderen Licht erscheinen als in all den Jahren zuvor. Aber wie auch immer: Das macht Stefan Bellof nicht wieder lebendig.

K. Bl.

FUSSBALL / Im Blickpunkt: UEFA-Cup mit Mönchengladbach und Köln – Beckenbauers Rückblick

●Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) wird heute die zweite Halbzeit des Achtelfinal-Rückspiels im UEFA-Pokal zwischen Real Madrid und Borussia Mönchengladbach ab 22 Uhr live übertragen. Anschließend folgt eine Zusammenfassung des zweiten Spiels mit deutscher Beteiligung zwischen dem 1. FC Köln und Hammarby IF, das von 20 Uhr auf 19.30 Uhr vorverlegt wurde. Reporter in Madrid ist Eberhard Figgemeier, aus Köln berichtet Rolf Töpperwien.

●Vom 13. Dezember auf den 9. Januar 1986 hat die Europäische Fußball-Union (UEFA) die Auslosung in Zürich für das Viertelfinale im Europapokal 1985/86 verlegt. Der ursprüngliche Ziehungstermin lag der UEFA zu nahe an der Auslosung für das Endturnier der Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko, die vom Internationalen Fußball-Verband (FIFA) für den kommenden Sonntag (15. Dezember, 19 Uhr MEZ) in Mexico City angesetzt wurde.

Die Sorgen des Madrider Trainers: Mönchengladbach und Menotti

B. WEBER, Mönchengladbach

Als Borrussia Mönchengladbach gestern morgen auf dem Trainingsplatz noch einmal den Ernstfall für das heutige UEFA-Cup-Rückspiel bei Real Madrid probte, waren nur drei Zuschauer anwesend. Und die erlebten vor allem Trainer Jupp Heynckes so strahlend und locker, als sei der Einzug in die nächste Runde bereits geschafft worden.

Die gute Laune von Heynckes hatte gute Gründe – er braucht, das steht nun fest, im mit 95 000 Zuschauern ausverkauften Bernabeu-Stadion zu Madrid nicht seine Mannschaft umzubauen, wie er es einen Tag zuvor noch befürchten mußte. Da hatte Heynckes mit dem Gedanken gespielt, seinen Mittelfeldstar Uwe Rahn mit der Libero-Position zu betrauen, weil Hans-Günter Bruns in Madrid gesperrt ist (zweite gelbe Karte), weil sich die beiden Ersatzleute für diesen Posten – Wilfried Hannes und der Isländer Kai-Erik Herlovsen – mit Verletzungen herumplagten. Davon war indes gestern nichts mehr zu spüren, also wird Herlovsen, nachdem seine Bänderdehnung im Knie vollständig ausgeheilt ist, die Abwehr organisieren.

Und Wilfried Hannes, dessen Wadenmuskelzerrung nach ärztlicher Hilfe ebenfalls über Nacht abgeklungen ist, wird Vorstopper spielen. Hannes war am Montag mit einem Privatjet zu Professor Armin Klümper nach Freiburg geflogen. Klümper bekam den Gladbacher rechtzeitig wieder fit. „Mit dieser kompakten Abwehr und mit unserem Konterfußball werden wir in Madrid nichts mehr anbrennen lassen und den 5 : 1-Vorsprung aus dem Hinspiel sicher über die Runden schaukeln," sagte Heynckes in ungewohnter Offenheit.

Daß solch deutlich zur Schau gestellter Optimismus jedoch nicht bedeutet, daß die Borussen ihren Gegner unterschätzen können, macht der Trainer ebenfalls deutlich: „Wir werden konzentriert und engagiert zur Sache gehen". Dazu besteht in der Tat Veranlassung, denn ihre letzten beiden Meisterschaftsspiele nach ihrem 1:5-Debakel gegen Mönchengladbach haben die Madrilenen mit 5:1 (gegen Las Palmas) und 4:0 (gegen Viego) gewonnen.

Was freilich noch mehr zählt: In den vergangenen beiden Jahren hatte Real Madrid mit der Unterstützung seiner fanatischen Fans gleich zweimal scheinbar unaufholbare Rückstände in Europapokalspielen wieder aufgeholt. Einmal war der RSC Anderlech leidtragender Gegner. Er verlor nach einem 3:0-Heimsieg in Madrid mit 1:6.

Die Abwehrkünstler von Inter Mailand konnten eine 2:0-Vorgabe nicht über die Runden retten – sie unterlagen im Bernabeu-Stadion mit 0:3 und schieden aus. Genau die Erinnerung an diese Wundertaten schürt Madrid Trainer Luis Molowny. Der 61jährige meint: „Wir haben die begeisterungsfähigste Mannschaft in ganz Europa. Ich bin sicher, daß sie Mönchengladbach noch ausschalten wird."

Freilich, die Spanier haben derzeit große Personalprobleme, sie müssen nämlich gleich vier Stammspieler ersetzen: Gordillo, Sanchez und Chendo, die alle drei gesperrt sind, sowie den verletzten Sanchis. Daß Molowny trotzdem so ungemeine Zuversicht verbreitet, hängt vielleicht aber auch mit seiner eigenen Position zusammen. Er muß es tun, weil er in letzter Zeit ins Kreuzfeuer heftigster Kritik geraten ist. Und viele in Madrid glauben, daß er sein Amt verlieren könnte, wenn seine Mannschaft gegen Borussia ausscheidet. Ein Nachfolger wird auch schon ganz heiß gehandelt: Argentiniens Startrainer Cesar Luis Menotti. Und die Gerüchte über dessen mögliche Verpflichtung wurden um so größer, seit bekannt wurde, daß der heute abend in Madrid ist.

Noch einmal Heynckes: „Was sich im Umfeld von Real abspielt, interessiert uns überhaupt nicht. Wir haben nur den einen Vorsatz, wir wollen im Hexenkessel des Bernabeu-Stadions bestehen". Und dabei setzen die Mönchengladbacher auch darauf, daß das Spiel von dem Schotten Brian McGinlay geleitet wird – ein Mann, dem man zutraut, daß er nicht solche gravierenden Fehler machen wird wie der Holländer van der Kroft, der den Borussen 1976 an gleicher Stelle zwei einwandfrei erzielte Treffer nicht anerkannte und so ihr Ausscheiden bewirkte.

Mit dem Rücken zur Wand

dpa, Köln

Angesichts der miserablen Ergebnisse in der Bundesliga muß der 1. FC Köln im UEFA-Pokal den Hammarby IF im Viertelfinale bezwingen. Klaus Allofs: „Die Lage hat sich zugespitzt. Jetzt gibt es nur noch eins: Wir müssen die anderen schlagen und nicht die anderen uns." 4500 Mark winken den Kölnern beim Weiterkommen. Kölns Vizepräsident Thielen: „Wenn wir das Viertelfinale erreichen, dann können wir das in unsere personellen Überlegungen für die kommende Spielzeit einsetzen." Stockholms Trainer Bolling hat jedoch den Kölnern gedroht: „Wir wissen, daß wir normalerweise dem Vergleich mit Spitzenklubs aus der Bundesliga nicht standhalten können, aber unser knapper 2:1-Vorsprung hat uns stark gemacht."

Vorbereitung auf die WM: Nun schon im Zeitzwang

sid, Mexiko-Stadt

Eine fast beängstigende Talfahrt mit sechs sieglosen Spielen liegt hinter der deutschen Fußball-Nationalmannschaft. Wie sieht das Teamchef Franz Beckenbauer im Rückblick? „Wir haben Fehler gemacht, auch ich. Die Führung der Mannschaft muß wieder straffer werden", sagt Beckenbauer. Bei der WM 1986 in Mexiko werde es zum Beispiel auch (wieder) einen geregelten Tagesablauf geben. Eine Weltmeisterschaft, so seine Vorausschau, sei für einen Fußballer die „schlimmste Zeit überhaupt", zumal dann, wenn man, wie demnächst in Mexiko, sechs Wochen beisammen sei. Trotzdem sagt Beckenbauer: „Ich will in unserer Delegation und in der Mannschaft keine Leute, die mir nur nach dem Mund reden. Konflikte, Probleme und Kritikpunkte müssen angesprochen werden, wie es zum Beispiel Toni Schumacher macht. Ich bleibe jedoch bei meinem Standpunkt, daß diese Diskussionen intern und nicht auf dem Umweg über die Medien ausgetragen werden sollen."

In der Vorbereitung auf die Weltmeisterschaft hat es bereits Probleme gegeben. Die durch die Terminenge in der WM-Saison ohnehin verkürzte Winterpause der Bundesliga sollten die Nationalspieler nach dem Wunsch von Beckenbauer, Trainer Horst Köppel und Heinz Liesen, einen der verantwortlichen Ärzte des DFB, eigentlich zur speziellen Erholung nutzen. Doch machte der Winter einen Strich durch diese Rechnung.

„Ich bedaure das sehr, denn wir hatten beabsichtigt, die Spieler noch einmal auf ihre individuelle Leistungsfähigkeit zu untersuchen. Danach hätte ich ihnen bestimmte Empfehlungen für die Gestaltung des Trainings in der Spielpause geben können", meinte Liesen.

Je nach Ergebnis der Untersuchung hätten die WM-Kandidaten über die Weihnachtstage ein spezielles Ausdauer- oder Erholungs-Programm durchführen sollen. „Daß diese Möglichkeiten durch die Terminumgestaltung nun wegfallen, wird kaum auszugleichen sein", sagte Liesen.

Michael Groß: Start- und Denkpause

sid, Offenbach

Ein Mann, ein Wort: „Ich werde auch nach 1988 nicht direkt aufhören!" Keinerlei Resignation, keinerlei psychische Verschleißerscheinungen – Michael Groß, erfolgreichster Schwimmer der Bundesrepublik Deutschland, plant das Ende seiner Karriere erst für die Zeit nach den Olympischen Spielen von Seoul. „Schon jetzt bin ich ein Mann des Mittelalters, und in zweieinhalb Jahren werde ich mit 24 ein alter Hase sein, aber der grundsätzliche Antrieb zum Schwimmen ist bei mir noch vorhanden", sagt Groß.

Die kurzfristige Absage des zweimaligen Olympiasiegers und Weltmeisters für den sechsten Kurzbahn-Europacup am Wochenende in Den Bosch (Holland) ist auf etliche Erkrankungen in einer der wichtigsten Aufbauphasen und einen enormen Trainingsrückstand zurückzuführen.

Seit dem Frühjahr hat Groß ein Programm absolviert, das seinesgleichen sucht: deutsche Meisterschaften mit zwei Weltrekorden, Europameisterschaften mit sechs Goldmedaillen und der Weltbestmarke über 200 m Schmetterling (1:56,65), Universiade, Militär-WM. „Ich hatte keine Trainings- und Wettkampfpause, und das macht sich jetzt negativ bemerkbar." Eine langwierige Darm-Virusinfektion Ende Oktober kam hinzu, die nur die Hälfte des üblichen Schwimm-Programms erlaubte – „Ich könnte in Holland sowieso nichts reißen", sagt Groß.

Zudem ist er seit Oktober Student für Germanistik, Politik und Medienwissenschaft in Frankfurt. Und da der 21jährige jene Dinge, die er anpackt, stets richtig oder gar nicht macht, ist ihm das Studium mindestens gleichbedeutend mit dem Schwimmen. Und sollten Studienprobleme auftreten, "muß ich das Training eben kürzer fahren".

Und das Schwimmen? „Jetzt bin ich wirklich auf dem Höhepunkt, besser geht es nicht", sagt Groß. Und: „Eigentlich hätte ich nach der EM aufhören müssen, aber das kann ich nicht so einfach, weil es immer noch viel Spaß macht!"

NACHRICHTEN

Trainerwechsel

Bayreuth (dpa) – Uwe Kliemann, ehedem Hertha BSC Berlin, wird vom Samstag an den Fußball-Zweitligaklub SpVgg Bayreuth als Trainer betreuen. Franz Dürrschmidt bat um Auflösung seines Vertrages.

Lendl 42 Tage gesperrt

New York (sid) – Ivan Lendl (CSSR), der Erste der Tennis-Weltrangliste, ist für 42 Tage für alle offiziellen Tennis-Turniere gesperrt worden. Lendl war zuletzt in Australien mit einem Bußgeld von 1850 Dollar belegt worden und hatte damit die für eine Saison zulässige Höchststrafe (7500 Dollar) überschritten.

Mast bleibt – vorerst

Braunschweig (sid) – Günter Mast (59) bleibt Präsident beim Fußball-Zweitligaklub Eintracht Braunschweig. Nachdem er sich in der Generalversammlung nicht zur Wiederwahl gestellt hatte, aber auch kein anderer Kandidat zu finden war, muß Mast bis zu einer außerordentlichen Generalversammlung im Amt bleiben.

Vertrag geplatzt

Frankfurt (sid) – Wegen einer Leistenverletzung, die eine Operation unumgänglich macht, erhält der australische Fußball-Nationalspieler Dave Mitchell keinen Vertrag beim Fußball-Bundesligaklub Eintracht Frankfurt.

Sporthilfe-Rekordjahr

Frankfurt (sid) – Die Stiftung Deutsche Sporthilfe steht vor einem Rekordjahr 1986. Der Vorstand verabschiedete für 1986 einen Etat von 19 Millionen Mark. Damit wird der Rekord von 1984 übertroffen.

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiel: Celtic Glasgow – Hamburger SV 1:2 (0:1).

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 820 563,90 Mark, 2: 52 385,20, 3: 4 897,20, 4: 99,70, 5: 8,40.– **Toto:** 1: 3747,10, 2: 120,20, 3: 10,70. – „6 aus 45": 1: unbesetzt, Jackpot – 1 001 773,85, 2: 18 592,50, 3: 1015,30, 4: 29,20, 5: 3,70. – **Rennquintett:** Rennen A, 1: 832,10, 2: 135,30. Rennen B, 1: 138,60, 2: 22,80, Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot – 72 771,40 Mark. (Ohne Gewähr.)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Gunter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau). Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.), Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 08, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, 2070 Ahrensburg, Kornkamp

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Wir verkaufen Erfolg in Schönheit und Gesundheit

Eine lang etablierte scandinavische Firma sucht einen Agenten/Firma für die Verbreitung/Vermarktung der Wirksamkeit in Bundes Rep. Deutschland.

Eigenkapitalbedarf für Unterichtsmaterial und Elektronische Geräte DM 250.000.–.

Die Rentabilität ist gross bei minimale Risiko. Das Projekt ist einen Unterichts- und Behandlungsprogramm inklusive Hardware u. Software für die Entwicklung weiblicher Schönheit und Gesundheit.

Das System ist während den letzten 15 Jahren in Norwegen entwickelt und unsere Kundinnen sind selbständige in Schönheit und Kosmetik. Für weitere Information bitte kontaktieren Sie,

Advokat/Rechtsanwaltbüro
KARL STEEN HANSEN
Postboks 3011 Elisenberg, 0207 N-Oslo 2
Norwegen.

Service Elektronik

Wir sind im Großraum Hamburg ein modern ausgerüstetes Dienstleistungsunternehmen und haben uns auf Verkauf, Wartung und Instandsetzung von analog- und digitalarbeitenden Geräten spezialisiert. Schwerpunkte: Kommunikation und Datenübertragung bis in den GHz-Bereich. Zwecks Erweiterung suchen wir Verbindung zu Herstellern entsprechender Produkte, um deren Verkauf und/oder Service zu übernehmen. Kontaktaufnahme erbeten über unseren beauftragten Berater Dipl.-Kaufmann D. Heidenreich, Holstenplatz 6a, 2000 Schenefeld, Tel. 0 40 / 8 30 40 34.

Wir produzieren

für Sie mit Ihrem oder unserem Namensaufdruck Waren fast aller Art zu günst. Konditionen. Auch Ex- und Import.

City Produktion u. Vertriebsgesellschaft
Tel. 0 89 / 7 25 15 38 od. 7 25 63 72, Gaughoferstr. 84, D-8000 München 70

Vertriebsfirma

mit eigenem Außendienst

(Dynamische Verkaufsprofis) mit repräsentativem Büro in bester Lage Hamburgs, mit Auslieferungslager. Sucht interessantes, lukratives Produkt oder Generalvertretung (aller Bereiche) für den norddeutschen Raum. Auch Generalrepräsentanz für die gesamte Bundesrepublik möglich. Ang. unt. B 7356 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Saudi-Arabien und Golfstaaten

Suchen Sie für Ihre Firma einen Einstieg am Arabischen Golf? Wir vermitteln Sponsoren u. Agenturen, Visa- u. Reiseservice.

Kontinent Kontakt Reise- und Vermittlungs GmbH
Tel. 05 61 / 3 09 55-56, Telex 9 92 513 konta d

STELLENANGEBOTE

Leiter Vorratswirtschaft

Krupp Industrietechnik GmbH ist mit rund 9.500 Mitarbeitern in Werken und Tochtergesellschaften im In- und Ausland ein weltweit erfolgreiches Unternehmen des Anlagen- und Maschinenbaus.

In unserem Werk in Wilhelmshaven werden unsere international bekannten Fahrzeug- und Großkrane konstruiert, gefertigt und verkauft. Wir erweitern und modernisieren unsere Produktionsanlagen und erarbeiten im Zuge dieser Maßnahmen auch für den Bereich **Logistik** eine neue Konzeption.
Zur Umsetzung dieser Ziele und zum Ausbau der logistischen Verantwortung suchen wir einen **„Leiter Vorratswirtschaft"** mit Verantwortung für die Gebiete Wareneingang, Bevorratung und Bereitstellung. Ein eingespieltes Team langjährig tätiger Mitarbeiter sowie geeignete Einrichtungstechnik sind vorhanden.
Wir erwarten einschlägige Erfahrungen im Bereich des allgemeinen Maschinenbaus oder aus einer ähnlichen Branche sowie die Befähigung, logistische Zusammenhänge rasch zu erkennen und umzusetzen. Hierfür stehen moderne Systeme der EDV zur Verfügung.

Führungserfahrung setzen wir voraus.

Wenn Sie an dieser interessanten, zukunftsweisenden Tätigkeit interessiert sind, bitten wir um Zusendung vollständiger Bewerbungsunterlagen oder um telefonische Kontaktaufnahme (0 44 21/2 94-4 48).

KRUPP INDUSTRIETECHNIK GMBH
Geschäftsbereich Kranbau, Personalabteilung
Industriegelände West, Postfach 7 40.
2940 Wilhelmshaven

KRUPP INDUSTRIETECHNIK

Expansives Beratungs- u. Trainingsunternehmen sucht schnellstmöglich

qualifizierte Mitarbeiter

für Beratung, Verkauf u. Training. Sie haben Verkaufs- u. Managementerfahrung, vorzugsweise Markenartikel. Sie interessieren sich für Aus- u. Weiterbildung und Videoproduktion. Wir bieten leistungsgerechte Bezahlung, Aus- u. Fortbildung sowie mittelfristig eine Partnerschaft.

Bewerbungsunterlagen mit Lichtbild an
Dieter Ückermann, Auf der Heide 11, 4902 Bad Salzuflen 1

Die Welt der Fach- und Führungskräfte

Fach- und Führungskräfte, die in ihrem Beruf vorankommen wollen, informieren sich laufend über ihre Karriere-Chancen in der WELT. Die WELT bringt jeden Samstag viele Seiten Stellenausschreibungen für Fach- und Führungskräfte.

W 3469

STELLENGESUCHE

Geschäftsführer (z.Z. Maschinenbau)

Dipl.-Kfm., 46, techn. Verständnis, vielseitig.

Stärken: Controlling, Kostenmanagement, Engl., Franz., Span., Auslandserfahrung.

Gesucht: Position als GF/Kfm. GF od. ä. in mittelständ. Industrieunternehmen.

Zuschr. unter T 7458 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wirtschaftsjurist

Prädikatsexamina, 42 J., ledig, ortsungebunden, einsatzfreudig und belastbar, m. bes. Kenntnissen aus 6 J. Anwaltspraxis, 3 J. Abteilungsleiter i. Rechtsabteilung d. dt. Zentrale e. internationalen Lebensmittelkonzerns, 3 J. Leiter d. Rechtsabteilung e. Treuhand-Aktiengesellschaft, i. Englischen verhandlungssicher, international verhandlungserfahren, auch i. Ländern d. Ostblocks, sucht neue Aufgabe als Leiter d. Rechtsabteilung (Syndikus) e. kleinen bis mittleren Unternehmens, bevorzugt mit internationalen Kontakten.

Ang. u. Z 7486 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Nachwuchs-Führungskraft

33 J., 8 J. Führungserfahrung als Offizier der Bundeswehr in versch. Stabs- u. Linienfunktionen, hohe Leistungs- u. Verantwortungsbereitschaft, Erfahrungen in der PR-Arbeit, akadem. Vorbildung (Dipl.-Päd.) mit überdurchschnittl. Examen, sucht für Anfang 86 eine interessante u. entwicklungsfähige Anfangsposition im Bereich

Marketing/Verkauf od. Werbung/Öffentlichkeitsarbeit.

Zuschr. u. C 7335 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leiter Rechnungswesen

37 J., Ind.-Kfm./Betriebswirt, z. Z. Ausbilder, langj. Erf. in Bilanz- u. Lohnbuchhaltung, Steuerrecht, Kostenrechnung, Organisation u. EDV-Anwendung, su. zum 1. 4. 1986 verantwortliche Stelle in Mittelbetrieb, Raum Ruhrgebiet.

Zuschr. unter A 7487 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Einkaufsleiter

44 J., 20 J. in leit. Pos. im industriellen und techn. Beschaffungswesen, Materialwirtschaft, Fuhrpark, sucht neuen Wirkungskreis im nordd. Raum. Angebote unter N 7344 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dr.-Ing., Maschinenbau

32 J., led., Diss. TU Berlin: Experimentell, CAD, sucht nach mehrjähriger Lehr- und Forschungstätigkeit an US-Uni (Kal.) im Herbst 1986 Stellung in international tätigem Industrie-Unternehmen oder Forschungs-Institut, Standort Berlin erwünscht, jedoch nicht Bedingung.

Zuschr. erbeten u. Y 7485 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Gebietsverkaufsleiter

49 J., langjähr. Führungserfahrung, engagierter Verkäufer, sucht entsprechende Position in Food- bzw. Non-food-Bereich. Raum Norddeutschl./Berlin. Kein Direktverk.

Zuschr. u. N 7454 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

SYSTEMANALYTIKER

41, langjährige Berufspraxis mit umfangreichen Erfahrungen in: EDV-Org. in Handel und Industrie; Programmierung ASSEMBLER, COBOL, CICS, DL/I, VSAM, IDMS, DOS/VSE, VM/SP, VOLLIE, ICCF, CMS; Leitung mehrerer EDV-Projekte; sucht verantwortungsvolle Aufgabe in Hamburg oder Umgebung zum 1. 1./1. 4. 1986. Zuschriften bitte unter L 7342 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wissenschaftspublizistik

Dr. med., Jahrgang 1947, 12 Jahre Berufserfahrung, davon 8 in florierender eigener Praxis, langjährige Lehraufträge in Allgemeinmedizin und Medizinsoziologie, Vortrags- und Publikationserfahrung, fundierte Kenntnisse in allg. Wissenschafts- und Medizingeschichte, Human- und Naturwissenschaften, sucht neues Wirkungsfeld im Bereich Wissenschaftspublizistik und/oder Erwachsenenbildung.

Ang. u. C 7357 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Wirtschafts-Ing.

Anfang 30, Dtsch./Schwed./Engl., ungek., gute Referenzen, mehrj. Erfahr. in den Bereichen Marketing, Vertrieb, Controlling/EDV, sucht neuen Wirkungskreis in verantwortungsvoller Position. Angebote unter U 7349 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Speditionskaufmann

Logistik, Distribution, Niederlassungsleiter in Hamburg, 42 J., fundierte Kenntnisse in Spedition/Logistik/Mitarbeiterführung/Verkauf, sucht in 1986 neuen Wirkungskreis in Industrie, Handel oder Spedition. Zuschriften erbeten unter R 7346 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsdirektor/ Geschäftsführer

Maschinen-/Anlagenbau

Dipl.-Betrw., 42, mit sehr ausgeprägter technischer und unternehmerischer Orientierung, projektions-, vertrags- und mehrsprachig abschlußsicher in vielen Formen des internationalen Investitionsgüter-Geschäftes mit Gespür für Geschäfts- und Marktchancen, sucht eine langfristige unternehmerische Aufgabe auf Geschäftsleitungsebene, auch ggfs. mit Kapitalbeteiligung.

Zuschr. erb. unt. E 7339 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Meister

28 J., dyn., flexibel, sucht tätige Beteiligung od. Übernahme eines Produktions-, Handels- od. Handwerksbetriebes. Ausb. u. Berufserf. in Hydraulik, Pneumatik, Schweißtechnik, Schlosserei, Fahrzeugbau, Anlagenbau, Holzverarb., Agrartechn., REFA, Betriebswirtsch. u. Englischkenntn. vorh.

Ang. u. F 7492 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. (FH)

Schweißfachingenieur

40 J., z. Z. in ungekündigter, leitender Position in Süd-Ostasien tätig (langjährig), sucht neuen verantwortungsvollen Wirkungskreis in gleicher Region (Vertretung, Repräsentation bevorzugt). Angebote unter G 7493 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Volljurist

29 J., aufgeschl., belastbare, wirtschaftl. und pol. interessierte Persönlichkeit, konservatives Äußeres, engl. und franz. Sprachkenntnisse, vielfältige Auslandsaufenthalte, sucht interessante, auch nicht jur. Tätigkeit (auch Volontariat) in Unternehmen oder Verband im In- oder Ausland. Zuschriften erbeten unter F 7345 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Seriöser, vitaler Herr im Ruhestand

Gute Allgemeinbildung, div. Fremdsprachen, vielseitige kaufm./techn. Erfahrung, sucht interessante, anspruchsvolle Aufgabe in Vertrauensposition in freier/fester Mitarbeit in Hamburg-West.

Ang. u. X 7494 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Technisch interessierter Kaufmann

Volkswirt, kontaktfreudig, gute Erscheinung, bisher tätig auf dem Gebiet technischer Innovationen, möchte sich verändern und sucht deshalb verantwortungsvollen Posten, z. B. im Verkauf.

Ang. u. B 7488 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kreditmanager

48 J., Dipl.-Volksw. (Wahlf. Bankbetr.-Lehre), langj. Prokurist im intern. Handel m. besten Referenzen, sehr gute Rechts- u. div. Sprachkenntn., ferner Erfahrung in Finanz, Revision, Vertrieb, Imp./Exp., Immob. verw., sucht interess. Aufgabe im Raum Hamburg ab 1. 4. 1986, evtl. früher. Zuschr. erbeten unt. H 7494 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Hausmeister, Chauffeur

in ungekündigter Stellung, gepfl. Umgangsformen u. beste Referenzen, sucht neuen Wirkungskreis. Zuschriften unter X 7482 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Immobilienkaufmann

in ungek. Stellung, sucht sich zu verändern, überregionale Tätigkeit angenehm. Zuschr. erbeten unter S 7347 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsleiter – Direktvertrieb

mit langjährigen Erfahrungen auf konzeptionellem Gebiet und im praktischen Organisationsaufbau sucht neuen Wirkungskreis.
Zuschr. u. D 7358 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Repräsentative Verkäuferpersönlichkeit Dr. rer. pol.

sucht neue Aufgaben (auch Ausland). Zuschriften unter T 7348 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



Exportleiter

2291

50, EG-Länder und Ostblockstaaten, sehr gute Französisch- und Englischkenntnisse, Spanisch Grundkenntnisse; zuletzt tätig bei einem Kunststoffindustriebetrieb, selbständige Verhandlungsführung, Auftragsabwicklung der Exporte.

Auskünfte erteilt: Herr Ahlers
Fachvermittlungsdienst Oldenburg, Osterstr. 15,
2900 Oldenburg, ☎ 0441/228-358

Diplom-Oecotrophologe

2300

29, Speditionskaufmann, FH Niederrhein 8/83, Schwerpunkte: Haushaltstechnik, Psychologie; englische Sprachkenntnisse. Wunsch: Beratungstätigkeit im Bereich Haushaltstechnik, Energieversorgung und Ernährungsberatung.

Auskünfte erteilt: Frau Eiberg
Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Fritz-Roeber-Straße 2,
4000 Düsseldorf 1, ☎ 0211/8226-274, -348, FS 8588292

Kaufmännische Führungskraft

2292

44, verh., unternehmerisch wie pragmatisch veranlagt und sich an den Markterfordernissen ausrichtend. Umfassende Kenntnisse in Management- und Führungstechniken; sucht neue unternehmerische Herausforderung als Geschäftsführer oder Leiter Vertrieb/Marketing.

Auskünfte erteilt: Herr Ahlers
Fachvermittlungsdienst Oldenburg, Osterstr. 15,
2900 Oldenburg, ☎ 0441/228-358

Diplom-Volkswirt

2301

32, led., volkswirtschaftliches Studium, Schwerpunkte: Statistik, BWL, Finanzwissenschaft; Berufserfahrung in der Marktforschung sowie EDV, Zusatzseminare in EDV und Kostenrechnung, Business-Basic, Multiplan, SPSS u. a.; gute Englischkenntnisse, Französisch Grundkenntnisse; sucht verantwortungsvolle Tätigkeit in den Bereichen Marktforschung oder auf dem Gebiet der DV-unterstützten Statistik.

Auskünfte erteilt: Herr Eisenmann
Fachvermittlungsdienst Nürnberg, Kontumazgarten 19,
8500 Nürnberg 80, ☎ 0911/2874-141, FS 622120

Dr. Ingenieur

2303

36, Nebenfachstudium Betriebswirtschaftslehre, mehrjährige Wirtschaftsingenieur-Tätigkeit im Energiebereich (Unternehmensberatung und Wirtschaftsprüfung); Sprachkenntnisse: Englisch, Französisch; mit ausgeprägtem Interesse am technisch-wirtschaftlichen „Zwischenbereich"; in ungekündigter Stellung; sucht neue verantwortungsvolle Tätigkeit bei einem überregionalen oder kommunalen Energieversorgungsunternehmen.

Auskünfte erteilt: Frau Pütz
Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Fritz-Roeber-Straße 2,
4000 Düsseldorf 1, ☎ 0211/8226-524, FS 8588292

Diplom-Physiker, Dr.rer.nat.

2302

31, Diplom 1977 „sehr gut", Promotion 1981, Univ. Bochum, Fachgebiet: Astrophysik, Plasmaphysik; 4 J. Forschung in extragalakt. Radioastronomie; zweidimensionale Bildverarbeitung, Software-Entwicklung (Fortran), Leitung eines kleinen Teams; zahlr. Fachpublikationen, Tagungsvorträge im Ausland, Englisch gut. Wunsch: Forschung, DV-Anwendung u. -Entwicklung, auch Bibliotheks- u. Verlagswesen, Fachlit. Tätigkeit, Übersetzungen, Umweltschutz, Kartographie; Dokumentation; bevorzugt Raum Hamburg.

Auskünfte erteilt: Frau Wessel
Fachvermittlungsdienst Bonn, Villemombler Str. 101,
5300 Bonn, ☎ 0228/524-266, -272

Diplom-Bauingenieur, Dr. Ing.

2295

Straßen- und Verkehrswesen, 44, langjährig tätig als wissenschaftlicher Mitarbeiter auf dem Gebiet der Verkehrs- und Straßenplanung sowie Straßenverkehrstechnik; Spezialausbildung auf dem EDV-Sektor (Software-Engineering, Datenbanken, Personal-Computing, graph. Datenverarbeitung, Sprachen: Fortran, Cobol, Pascal).

Auskünfte erteilt: Frau Kreutzer-Model
Fachvermittlungsdienst Berlin, Charlottenstraße 90-94,
1000 Berlin 61, ☎ 030/2584-300, -298, FS 183529

Leiter Materialwirtschaft, Einkauf

2293

47, Wirtschaftsingenieur Anlagenbau, Maschinenbau, Investitionsgüterindustrie; Kenntnisse EDV-orientierter Materialwirtschaft, Auslandseinkauf incl. Logistik, Projektmanagement im Anlagenbau.

Auskünfte erteilt: Herr Ahlers
Fachvermittlungsdienst Oldenburg, Osterstr. 15,
2900 Oldenburg, ☎ 0441/228-358

Volljurist

2294

32, led., Schwerpunkte Wirtschaft und Finanzen; Freiwillige Gerichtsbarkeit;
sucht Tätigkeit bei Kreditinstitut, Bausparkasse, Versicherung.

Auskünfte erteilt: Frau Brandt
Fachvermittlungsdienst Münster, Wolbecker Str. 45-47,
4400 Münster, ☎ 0251/698-245

Diplom-Agraringenieur

2304

29, Univ. Bonn 9/84, Studienschwerpunkt: Pflanzenproduktion, Pflanzenernährung, Verfahrenstechnik, Diplomarbeit „Nebenwirkungen systemischer Fungizide in Kulturpflanzen"; sucht Stelle in der Pflanzenproduktion, z. B. Düngemittelindustrie, Pflanzenschutz, Produktionstechnik.

Auskünfte erteilt: Frau Eiberg
Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Fritz-Roeber-Straße 2,
4000 Düsseldorf 1, ☎ 0211/8226-274, -348, FS 8588292

Diplom-Ingenieur Bauwesen

2296

32, TH Hannover 10/80, Studienschwerpunkte: Statik, Massivbau, Holzbau. Berufserfahrung in der Arbeitsvorbereitung, in Technischem Büro (Statik), Hochbauabteilung; Englisch und Französisch gut. Wunsch: Statik oder Architekturbereich; auch Verband oder Versicherung.

Auskünfte erteilt: Frau Wessel
Fachvermittlungsdienst Bonn, Villemombler Str. 101,
5300 Bonn, ☎ 0228/524-266, -272

Diplom-Agraringenieur

2305

25, Univ. Bonn, Fachrichtung Tierproduktion; Studienschwerpunkte: Tierernährung, Tierzucht, Futtermittelkunde, Tierhygiene. Praktika in Milchvieh-, Schweinezucht-, Pferdezuchtbetrieb; Englisch gut, Französisch Grundkenntnissse; sucht Stelle in Futtermittelindustrie oder Verbänden; bevorzugt Raum Düsseldorf, Köln, Bonn, Wuppertal.

Auskünfte erteilt: Frau Eiberg
Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Fritz-Roeber-Straße 2,
4000 Düsseldorf 1, ☎ 0211/8226-274, -348, FS 8588292

Verbandsgeschäftsführer, Referent

2298

40, langjährige Erfahrung in Industrieverbänden, Schwerpunkt Markt- und Absatzfragen, zuletzt bei Industriespitzenverband auf Bundesebene als Geschäftsführer verschiedener Fachverbände tätig; sucht neue berufliche Herausforderung.

Auskünfte erteilt: Herr Ullmann
Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Fritz-Roeber-Straße 2,
4000 Düsseldorf 1, ☎ 0211/8226-548, FS 8588292

Diplom-Physiker

2299

27, Univ. Düsseldorf, Fachrichtung Festkörperphysik mit Nebenfach Mathematik; Kenntnisse in den Programmiersprachen Fortran IV und Pascal; sucht Erststelle in der Forschung oder Programmierung mathematisch-physikalischer Probleme.

Auskünfte erteilt: Frau Pütz
Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Fritz-Roeber-Straße 2,
4000 Düsseldorf 1, ☎ 0211/8226-524, FS 8588292

Diplom-Geologe

2306

29, Univ. Würzburg 8/84 „sehr gut", Studienschwerpunkte: Sedimentologie, Paläontologie, Geochemie, Lagerstättenkunde, Erzmineralogie, Luftbildinterpretation. Kenntnisse: Tektonische Feldmethoden, Auswertung tektonischer Meßdaten, geologische Kartierung im Ausland (Spanien), Schwermineralanalyse, Radiometrie. Englisch fließend (2 Jahre Auslandsaufenthalt, Auslandsstudium), Spanisch Grundkenntnisse. Wunsch: Fachtätigkeit in der Erdöl- und Gasexploration, Prospektion von Erzlagerstätten, Forschung, Umweltschutz.

Auskünfte erteilt: Frau Eiberg
Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Fritz-Roeber-Straße 2,
4000 Düsseldorf 1, ☎ 0211/8226-274, -348, FS 8588292

Diplom-Physiker, Dr. rer. nat.

2307

34, verh., Festkörperphysiker, Physikochemiker; Studienschwerpunkte: Festkörperphysik, Mikrowellen, Interferom., FFTIR, Chromatographie, Katalyse, Kristallzucht, Oberflächen, Interface-Techniken, Realtime-EDV, Unterricht Physik, Chemie, Mathem. (2000 h). Verwaltung, BWL, VWL, jur. Kenntnisse, Übersetzungen, Auslandsaufenthalt, EDV; sehr gute Englisch-, gute Französischkenntnisse, Grundkenntnisse Russisch, Niederländisch; Basic, Assembler (Z 80CPU); sucht verantwortl. (leitende) Tätigkeit in Industrie, Instituten, Überwachungsverein, Verbänden; BRD (bevorzugt NRW).

Auskünfte erteilt: Frau Pütz
Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Fritz-Roeber-Straße 2,
4000 Düsseldorf 1, ☎ 0211/8226-524, FS 8588292

Diplom-Ökonom

2297

30, volkswirtschaftlicher Abschluß, Prädikatsexamen, Univ. Duisburg; Sprachen: Deutsch, Türkisch und Englisch. Mehrjährige Erfahrung als Lehrer und freier Mitarbeiter bei Steuerberatung; gute Kenntnisse in Wirtschaftsinformatik (Systemanalyse, Programmierung mit Cobol, Fortran und Basic); sucht ausbaufähige Einstiegsstellung.

Auskünfte erteilt: Herr Ullmann
Fachvermittlungsdienst Düsseldorf, Fritz-Roeber-Straße 2,
4000 Düsseldorf 1, ☎ 0211/8226-548, FS 8588292

Fachvermittlungsdienste gibt es bei den Arbeitsämtern in Augsburg, Berlin, Bielefeld, Bochum, Bonn, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt, Gießen, Göttingen, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Kiel, Köln, Mainz, München, Münster, Nürnberg, Oldenburg, Saarbrücken, Stuttgart, Würzburg. Wenn Sie an einem der heutigen Angebote interessiert sind, wenden Sie sich bitte an die angegebene Adresse. Suchen Sie andere qualifizierte Fach- und Führungskräfte, holen Sie bitte weitere aktuelle Angebote bei Ihrem Fachvermittlungsdienst ein.



Bundesanstalt für Arbeit

Pier Paolo Pasolini und andere – Die Figur des Jesus Cristus im neuen Film

Es war immer eine Gratwanderung

Kein Film des italienischen Regisseurs Pier Paolo Pasolini, der vor zehn Jahren in Ostia ermordet wurde, hat so viele Kontroversen hervorgerufen wie sein 1964 entstandenes Schwarzweißwerk „Das erste Evangelium Matthäus". Bei der Premiere auf dem Filmfestival von Venedig 1964 protestierten Gruppen vor der Aufführung des Films gegen die zu erwartende „Beschmutzung einer Quelle des christlichen Abendlandes". Die Kritiker nannten Pasolinis Verfilmung des Lebens und Leidens Christi einerseits einen „unverantwortlichen Betrug und Ästhetizismus", andererseits den „besten aller mißlungenen Jesus-Filme" und ein „Stück zu unserer aller Erlösung".

Pasolini wollte mit diesem Film an die Tradition mittelalterlicher Passionsspiele und an die Bilder italienischer Maler des 14. und 15. Jahrhunderts anknüpfen. Deshalb verlegte er die Handlung in die karge Landschaft süditalienischer Bergdörfer und in die Ruinen der alten Stauferburgen. Während jedoch die Bilder des Films eindeutig einen lokalen Bezug haben und, wie Pasolini selbst sagte, bei der Malerei Anleihen nehmen, ist die Musik des „Evangeliums" eine gewaltige und manchmal gewaltsame Mischung aus Mozart, Bach, Spirituals, Webern und Prokofieff. So widersprüchlich dieser Film auch sein mag, der Christus als Symbolfigur schlechthin für den Kampf gegen Unrecht und Erniedrigung interpretiert, so faszinierend ist dieses Werk andererseits.

Als Julien Duvivier in seinem Film „Golgatha" 1932 Jesus auftreten ließ, führte dies ebenfalls zu Streit, und es sollten zwanzig Jahre vergehen, ehe wieder ein Schauspieler Christus im Kino verkörperte. Das war Robert Wilson 1952 in „Tag des Triumphes".

In den sechziger Jahren überrollte dann eine wahre Flut von Bibel-Verfilmungen die Kinos. 1961 lief die zweite Fassung von „König der Könige" an, die Samuel Bronston produzierte, 1965 spielte der Schwede Max von Sydow in George Stevens' Monumentalepos „Die größte Geschichte aller Zeiten" den Messias. Meist aber waren diese teuren Filme nicht mehr als bunte Bilderbögen.

Um so ungewöhnlicher wirkt im Vergleich hierzu Pasolinis „Evangelium" und Luis Buñuels Film „Die Milchstraße", den der spanische Regisseur in Italien drehte und der die Geschichte zweier Pilger erzählt, denen Christus auf ihrer Wanderschaft erscheint, um mit ihnen Gespräche über Religion und Glauben zu führen.

Die Gestalt Jesus' hat auch in den allerletzten Jahren Regisseure wieder zu Filmen inspiriert. „Godspell" und „Jesus Christ Superstar" basieren auf erfolgreichen Musicals und Franco Zeffirellis mehrteilige Fernsehserie „Jesus von Nazareth" auf dem Lukas-Evangelium. Wenn auch die große Zeit der Verfilmungen des Lebens und Sterbens Christi zur Zeit wieder einmal vorüber zu sein scheint, gibt es doch wieder, mehr als in den siebziger Jahren, Filme mit religiösen Motiven.

Sogar Steven Spielberg versuchte in seinem Klassiker „Unheimliche Begegnung mit der dritten Art" religiöse Motive einzuarbeiten. Auf diesen Regisseur, den man an sich eher mit Action und Grusel als mit Religion in Verbindung setzt, bezieht sich der amerikanisch-jüdische Autor Samuel Laeuchly in seinem 1979 erschienenen Werk „Religion und Kunst im Konflikt", wenn er schreibt:

„Gott wird wieder ernst genommen, selbst von Künstlern, die an sich keinen Hang zur Religion verspüren. Auch wenn Kunst und Religion sich oft widersprechen, entwickelt sich in der Kunst ein neues Interesse an der Frage nach der spirituellen Ganzheit des Menschen." Diese Worte treffen letztlich auf Pasolinis „Matthäus-Evangelium" nach eher zu als auf Spielberg. Denn Pasolini war trotz seines vorgebliche Atheismus stets ein Suchender, dessen Sicht der Welt, wie er einmal gestand, von Grund auf religiös geprägt war.

M. v. SCHWARZKOPF

KRITIK

Ständiges Pulverfaß

In einem irrte der Autor Dieter Möller des sonst ausgezeichneten Dokumentarberichts über die tschechoslowakische Jugend (**Bilder einer Jugend – Sozialistische Erziehung am Beispiel der CSSR, ARD**): Nicht nur, daß die Jugendlichen ihre eigenen Wege zu gehen versuchen, die Parteiführung kann vor der Explosion des Pulverfasses der Jugendunzufriedenheit nicht sicher sein. Die Vergangenheit hat es öfter bewiesen. Auch heute, und dies hatte Möller klar nachgezeichnet, wächst unter den Jugendlichen Unzufriedenheit mit dem tristen kommunistischen Alltag.

Trotz der sozialistischen Erziehung in den Schulen und Fabriken, der kommunistisch gelenkten Pionierorganisation und des Jugendverbandes, suchen die jungen Tschechen und Slowaken ihren eigenen Weg. Viele finden zum Glauben, andere die Romantik der Natur, oder in der Demonstration der Westsympathien, von Jeans bis zur Rockmusik und dem Bekenntnis zur Freiheit an der Lennon-Wand auf der Prager Kleinseite. Da nützen auch nichts die Eliteschulen und die Verherrlichung der sozialistischen Volksarmee mit dem Ablegen des öffentlichen Treueeids.

RUDOLF STRÖBINGER

Die Zeit läuft rückwärts

Mit dem Spielfilm „**In den Stromschnellen**" beendete die ARD ihre vierteilige Auswahl von zeitgenössischen Filmen, die vom politischen und kulturellen Umdenken Chinas zeugen. Das Flößen ist für den alten und lebenserfahrenen Tan Lao-Wu härteste Knochenarbeit und sein täglich Brot. Mit zwei jüngeren Mitstreitern treibt er „auf dem Strom".

Mag es für uns, die wir eine andere Sprache sprechen, weniger bildhaft und blumig, ermüdend sein, was in Mono- und Dialogen geboten wurde, so muß man aber die klaren Aussagen der „treibenden Regimekritiker" anerkennen. Überall wird das gnadenlose und unmenschliche Treiben der „Mächtigen" zum „roten Tuch" für die Bevölkerung; die Partei beherrscht die Arbeit und stellt sich zwischen Liebende. Der einzelne spielt in diesem Räderwerk keine Rolle mehr. Die Zeit läuft rückwärts, erkennt Lao-Wu und findet durch Zufall seine große Liebe wieder. Aus der optimistischen Frau von damals war eine Bettlerin geworden. Die Dramatik des Filmes spitzt sich zu, eine Ginseng-Wurzel, als Symbol für Hoffnung und Kraft gedacht, wird zum Ausgangspunkt des unglücklichen Endes.

FRIEDHELM MÄKER





ARD / ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Abenteuer Pipeline
11.10 Bitte umblättern
11.55 Umschau
12.10 Panorama
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Im Geist des Mittelalters
1985 – Das Jahr der romanischen Kirchen in Köln
Rund 300 Millionen Mark hat der Wiederaufbau der im Krieg beschädigten romanischen Kirchen in Köln gekostet. Der Film von Wolf Schön befaßt sich mit den Problemen der Restaurierungen und informiert über die Entstehungszeit der Bauten.
16.55 Das Haus der Krokodile
5. Teil: Gewitter in der Nacht
17.25 Ullingo
Ein Dorf in Afrika
5. Teil: Rua – Vom Wasser
Im Afrikanischen Dorf übernehmen hauptsächlich Frauen den Transport des Wassers ins Dorf. Auch die durstigen Tiere finden sich am Brunnen ein.
17.50 Tagesschau
20.00 Tagesschau
20.15 Der Drachentöter
Amerikanischer Spielfilm (1981)
Der junge Galen ist der Famulus des weisen Magiers Ulrich. Als eines Tages ein Trupp Männer aus dem Reich des Königs Casiodorus um Hilfe gegen einen schrecklichen Drachen bittet, dem alljährlich eine Jungfrau geopfert werden muß, schlägt die Stunde der Bewährung für den unerfahrenen Zauberlehrling.
22.00 Brennpunkt
22.30 Tagesthemen
23.00 Show-Bühne
Unterhaltung mit Alfred Biolek
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans-Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Bettkantengeschichten
Mi wie Milch
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Tao Tao
Zeichentrickserie
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Trio mit vier Fäusten
Nachruf per Post
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Kino-Hitparade
Vorgestellt von Sabine Sauer
20.15 ZDF Magazin
Moderation: Gerhard Löwenthal
21.00 Der Denver-Clan
Fallon ist unmittelbar vor der erneuten Heirat mit Jeff geflohen. Sie litt unter schrecklichen Kopfschmerzen. Mit dem Auto raste sie hinaus in die Gewitternacht. Jeff folgt ihr verzweifelt. Er findet Fallons Wagen schwer beschädigt und leer nach einem Zusammenstoß mit einem Lastwagen. Vergeblich sucht er die ganze Nacht nach Fallon ...
21.45 heute-journal
22.00 Die Sport-Reportage
Fußball-UEFA-Pokal
Real Madrid – Borussia Mönchengladbach
Live-Übertragung der 2. Halbzeit aus Madrid
1. FC Köln – Hammarby IF
Aufzeichnung aus dem Müngersdorfer Stadion
23.30 Alfred Hitchcock:
Die 39 Stufen
Englischer Spielfilm (1935)
0.55 heute

Der Zauberlehrling Galen (Peter McNicol) in arger Bedrängnis: Szene aus dem amerikanischen Spielfilm „Der Drachentöter", heute um 20.15 Uhr in der ARD
FOTO: ARD

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
Informationen und Unterhaltung
Zu Gast: das Klavier-Duo Justus Frantz und Gerhard Oppitz
21.45 eff-eff
Freizeit und Fitneß
22.30 Das erste Evangelium Matthäus
Italienischer Spielfilm (1964)
Mit Margherita Caruso, Marcello Morante, Mario Scrate u. a.
Buch und Regie: Pier Paolo Pasolini
0.40 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Englisch für Fortgeschrittene (12)
19.00 Arbeitsplätze (5)
19.30 Ökoland
Bauen mit Mutter Erde
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Dixie, Rock und wieder Schnulzen
21.45 Rotation
„DDR"-Spielfilm (1949)
23.10 Actualités
23.25 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Denk und Dachte
18.55 Kinderlied
19.05 Was tun mit der Zeit!
19.45 Herrchen gesucht
20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven
21.00 Den letzten beißen die Hunde
Die Arbeitnehmer und das Konkursrecht
21.30 Drei aktuell
21.50 Lindenstraße (1)
22.20 Gold in Lappland

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 45 Fieber
Ein Jugendmagazin
20.15 Museen der Welt:
Jeu de Paume in Paris
Das Museum des Impressionismus
21.00 Zu allem entschlossen
Amerikanischer Spielfilm (1952)
22.25 Die Herren der Welt (6)
23.10 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kini '85
20.15 Alle lieben Bob
Kein Rendesvouz mit Bob
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Projekt Atlantis (3)
22.45 Lese-Zeichen
23.20 Z. E. N.
Beobachtungen in Nepal
23.25 Vom Zunftwesen bis zum Mikrochip
0.10 Rundschau
0.15 News of the Week



SAT 1

13.30 Trickfilmzeit mit Adelheid
14.00 Big Valley
15.00 Mein Freund Taffit
15.30 Musicbox
16.30 Drei Mädchen und drei Jungen
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
Krokodile
18.00 Es darf gelacht werden
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Zahlen und Rechnen
19.10 Sport auf SAT 1
Unterhaltung rund um den Sport
Anschl. Das Fernseh-Skatturnier der BILDwoche
20.00 Festival der schönen Stimmen
Schlageralbum der Erinnerungen
Anschließend: APF Wetterblick
20.30 Love Boat
Anschl. Ihr Wochenhoroskop
21.30 APF blick
Aktuelles,
Show und Künstler,
Sport und Wetter
22.15 Kommissar Mariani – zum Tode verurteilt
Italienischer Spielfilm (1978)
23.35 APF blick
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Galerie für Kinder
8. Der Bildhauer und das Burgenland: Wander Bertoni
In einem gesunden Körper ...
19.00 heute
19.30 Zug um Zug
150 Jahre Deutsche Eisenbahnen
21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.00 In Viscontis Land
Eine Reise durch die südliche Lombardei
22.45 Sportreport
Können Eiskunstlauf-Preisrichter objektiv urteilen?
23.30 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Typisch RTL
18.53 7 vor 7 – Die Bilder des Tages
19.20 Karlchen
19.30 Alias Smith & Jones
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Weiberregiment
Deutscher Spielfilm (1956)
Mit Heli Finkenzeller u. a.
22.05 RTL-Spiel
22.10 Wer bin ich?
22.20 Open-End - „Aids"
Mit folgenden Themen: Aids-Ansteckung durch Tränen? / Überlebt das Virus außerhalb des Körpers? / Was ist dran an den Horror-Meldungen der letzten Wochen? / Wie schützen Sie sich und Ihre Familie?
Anschließend
Wetter / Horoskop / Betthupferl

Vom Zweck der Kunst

mar – Hat Kunst eine Aufgabe? Björn Engholm, SPD-MdB, meint ganz entschieden: Ja. Im Einleitungskapitel des Kataloges zu der Ausstellung im Kieler Stadt- und Schiffahrtsmuseum „Natur und Naturzerstörung in der schleswig-holsteinischen Kunst der letzten 200 Jahre" zählt er einen ganzen Aufgaben-Katalog auf. „Spurensicherung" gehört seiner Meinung nach dazu, auch „Schritte der Zerstörung aufzeigen", „die Vorstellung einer besseren Natur, eines besseren Natur-Mensch-Verhältnisses" vorführen, und „um mit Adorno zu sprechen, die Statthalterin einer besseren Praxis als der bis heute herrschenden" zu sein.

Ganz in diesem Sinne versammelt die Ausstellung Kunstwerke lediglich als Demonstrationsobjekte. So belehrt uns der Katalog – Adornos Sprachregelung aufnehmend –, daß die „Badenden vor steilem Ufer" von Erich Heckel (1933) „zu Statthaltern jenes alten Traums des verlorenen Paradieses" werden. Aus Edgar Endes enigmatischen Kompositionen mit weiten, leeren Flächen lesen die Katalogautoren: „Die Natur ist erledigt", bei Mac Zimmermann entdecken sie nur „Schreckzeichen einer verlassenen Welt", und Hinrich Wrage, der 1899 einen „Blick auf Kiel" malte, muß sich nachsagen lassen: „Im Genuß der idyllisierenden Vedute verweigerten sich beide, Maler wie Betrachter, der Konfrontation mit der Industriewelt." Auch Max Kuchel hat nicht das richtige Bewußtsein gezeigt, als er 1918 auf drei Bildern die Werkhallen der „Schiffschraubenfabrik Zeise" festhielt, weil „dem arbeitenden Menschen keine Aufmerksamkeit geschenkt wurde, ein künstlerisches Engagement für soziale Probleme verbot sich schon durch den Zweck des Auftrags".

Da ist es nur konsequent, wenn in dem der Gegenwart gewidmeten Kapitel des Katalogs allein die „Umweltzerstörung in der schleswig-holsteinischen Kunst seit 1970" behandelt wird. Bilder aufzunehmen, die die Schönheit der Landschaft zeigen, „verbot sich durch den Zweck des Auftrags".

So wird die Kunst auf die Rolle eines Zeugen der Anklage reduziert – es sei denn, der Betrachter besteht auf dem Recht zum Kreuzverhör und stellt Fragen an das Kunstwerk, die die Ideologen nicht stellen können, wollen, dürfen.

„Der Bockerer" am Berliner Renaissancetheater

Ein Schlachter sieht rot

Der Bockerer" ist das Produkt zweier Emigranten, die nach dem Kriege nach Wien zurückkehrten. Der eine war Ulrich Becher, der Dramatiker und Novellist, der andere Peter Preses, ein Wiener Schauspieler.

Beide Verfasser versuchten, gleich nach dem Kriege darzustellen, wie der tödliche Unfug, der mit ihrer Heimat inzwischen angestellt war, zu erklären sei. Sie erfanden den „Bockerer".

Der Bockerer ist, während ringsum alle in Wien einen bösen Rausch von den Nazis hatten, auf bockige Weise vernünftig geblieben. Er ist, obgleich er Widerstand leistet, keineswegs ein Mann des „Widerstandes". Ihm paßt Hitler nur nicht, weil er sein Privatleben stört und vergiftet.

Frau Bockerer hat den Nazi-Rausch. Ihr Sohn wird SA-Mann. Ein Tarockbruder, weil jüdisch, wird vom wöchentlichen Kartentisch entfernt. Der Fleischhauer Bockerer ist in seiner häuslichen Herrschaft und Gemütlichkeit belästigt und beleidigt. Er macht Widerstand, sozusagen auf mürrische Weise, privat. Ein Ideologe ist er nicht. Ihm ist die ganze braune Richtung störend und daher zuwider.

Er ist eine Art mißmutig-pfiffiger Schwejik im Zweiten Weltkrieg. Er setzt sich zur Wehr. Er verteidigt den kleinen Raum, der um seine kleine störrische Person ist, wie ein grantiger Löwe. Kein Held – aber schließlich doch einer. Hitler stört das Geschäft, reißt seine Familie kaputt. Hitler ist ihm persönlich lästig. Deswegen ist er gegen ihn.

Der Bockerer überlebt. Als der braune Spuk vorbei ist, hat Frau Bockerer ihren Nazi-Traum eingebüßt, der Sohn ist in Rußland gefallen. Ein Kumpel und Freund, ein Gewerkschaftler, ist ermordet. Wien ist zertrümmert – aber endlich frei. Und da nun ist den Erfindern des „Bockerers" ein grotesker Einfall beigekommen: „Der Führer" erscheint, angeblich längst verkohlt, in der Schlachterwohnung in Person. Der Kerl lebt noch. Er schäumt mit seinen alten, bösen Reden. Er rückt dem Bockerer neuerlich auf den Leib.

Aber es ist nur ein der Irrenanstalt entwichener Wahnsinniger. Der Bockerer hat sich entsetzlich erschrokken, bis der arme Irre dann endlich wieder in seine Gummizelle abgeführt wird.

Auf diese späte Pointe muß man bei der Inszenierung des Wiener Volkstückes im Berliner Renaissance-Theater drei Stunden lang warten. Dietmar Pflegerl hat das Stück mit einer langsamen Betulichkeit (zumeist mit Wiener Schauspielern) immer nur ruckend und reichlich saumselig inszeniert. Man versteht an der Spree den Wiener Jargon immer nur partiell. Karl Merkatz, der den unheldischen Helden hier spielt, kann die Sympathie, derer der Bockerer bedürfte, eher nur schwerfällig vermitteln.

Der Abend zu lang, bis kurz vor Mitternacht. Er gewinnt den schrecklichen Ernst der Vorlage nur gelegentlich, weil er ihre grausige Komik kaum erzeugt.

Die Moral des bitter-lustigen Stükkes wird hier weitgehend verspielt und in einer überfüllten, aufwendigen Darstellung sozusagen kleinmütig verhackstückt.

Unziemlich großer Aufwand – nur geringer Effekt! Als kürzlich eine kleine Berliner Kellerbühne das gleiche freundliche Lehrstück zeigte, waren die Einsichten, die uns da volksstückartig vermittelt wurden, viel offenbarer gewesen. Trotzdem gab es nun wieder für die eher mühselige Unternehmung ganz freundliche Aufnahme. Ein Sieg für den „Bockerer" war es sicher nicht.

FRIEDRICH LUFT

New Yorks Wiederaufstieg zur Filmmetropole

Prizzis Duell findet am East River statt

Im zerfurchten Gesicht von Charles Bronson werden die Augen zu schmalen Schlitzen, seine Wildey-Magnum, die „größte Handfeuerwaffe der Welt", bellt auf – und wieder beißt ein Bösewicht ins Gras: Bejubelte Szene aus dem gleichermaßen erfolgreichen wie billigen und von der Kritik durchweg schlecht besprochenen Filmreißer „Death Wish III" (Ein Mann sieht rot), der zur Zeit in über hundert ständig ausverkauften New Yorker Kinos zu sehen ist.

Das Erfolgsrezept für die dritte Auflage des Rächer-Dramas besteht nicht nur in der bewährten und scheinbar ganz simplen Machart, mit der da atavistische Instinkte eines Publikums angesprochen werden, das sich nach Befreiung vom Druck des alltäglichen Verbrechens sehnt. Wie „Death Wish"-Regisseur Michael Winner uns versichert, „kommt der Film vor allem deswegen so gut an, weil er authentisch ist, weil er vor einem echten, und äußerst farbigen Hintergrund, und nicht einfach vor einer in Kalifornien aufgebauten Atrappen-Kulisse gedreht wurde".

Tatsächlich wird der Zuschauer in fast jeder Außenszene mit Vertrautem konfrontiert: Die grandiose Skyline von Manhattan, Greenwich Village, Little Italy, Chinatown und das East End, die Brücken über den East River, der Busbahnhof auf der Westseite und die düsteren, verkommenen Mietskasernenviertel von Spanisch-Harlem und Bedford-Stuyvesant.

Die Acht-Millionen-Metropole mit ihrer ungeheuren Ballung von Menschen, von Geist und Geld, von Pracht und Häßlichkeit, von Hehrem und Niederem – das weiß nicht nur Reißer-Regisseur Winner, sondern inzwischen auch die gesamte Branche – bietet eine unvergleichliche Atmosphäre und außerdem jede Menge Impulse, die in Hollywood überhaupt nicht zu haben sind.

Nach Los Angeles ist New York heute unbestritten der bedeutendste Dreh- und Produktionsort Amerikas. Wie das städtische Büro für das Film- und Fernsehwesen unlängst stolz berichtete, entstanden hier im letzten Jahr achtundsiebzig Spiel- und zweiundsiebzig Fernsehfilme – darunter an der Kinokasse wie auch bei der Kritik gleichermaßen erfolgreiche Streifen wie „The Cotton Club" oder „Splash", wie „Ghostbusters", „Moscow on the Hudson" und „Broadway Danny Rose", wie „Romancing the Stone", „Falling in Love" mit dem Traumpaar Meryl Streep und Robert de Niro in den Hauptrollen und jetzt zuletzt „Prizzi's Honor", das neue Werk des Altmeisters John Huston. Das entspricht einem Drittel der gesamten Inlandproduktion.

Fünf in New York entstandene Filme wurden in den vergangenen Jahren mit Oscars aussgezeichnet: „Midnight Cowboy", „The French Connection", „The Godfather", „Annie Hall" und „Kramer vs. Kramer". Mehrere der besten und bekanntesten Regisseure geben sogar unverhohlen zu, daß sie sich am Hudson wesentlich wohler fühlen als in Hollywood, beispielsweise Sidney Lumet und Woody Allen, Francis Ford Coppola, John Huston, Richard Attenborough und Martin Scorsese. In der Branche heißt New York, besonders natürlich der Stadtteil Manhattan, schon seit geraumer Zeit „Hollywood-East", also das Hollywood der Ostküste, was den Nagel ziemlich exakt auf den Kopf trifft.

Neben dem unvergleichlichen Fluidum schätzen die Regisseure an der neuen aufregenden Filmstadt New York auch das reiche Angebot von erstklassigen Schauspielern für Nebenrollen. Denn in New York gibt es ein ganzes Heer ebenso ehrgeiziger wie begabter, aber noch namenloser Akteure, die Broadway und Off-Broadway mit ihren immer noch an die hundert Bühnen und Theatern angezogen haben, die hier aber nur unregelmäßig beschäftigt werden können.

Auch Statisten lassen sich nirgendwo leichter anheuern, als im babylonischen Völker-Gemisch dieser Metropole. Die Stadt, deren Wirtschaft im vergangenen Jahr 1,7 Milliarden Dollar (etwa vier Milliarden Mark) aus der Filmproduktion zuflossen, unternimmt ihrerseits Anstrengungen und zeigt eine erstaunliche Flexibilität, um den Filmleuten ihre Arbeit nach Kräften zu erleichtern.

Während im Großraum Los Angeles für eine Verfolgungsjagd auf einer Stadtautobahn bis zu einem halben Dutzend Genehmigungen eingeholt werden müssen, erledigt so etwas in New York eine einzige Behörde: Das Filmbüro des Bürgermeisters. Straßenabsperrungen für Dreharbeiten werden trotz der ohnehin schon chaotischen Verkehrsverhältnisse ermöglicht. Polizei, Feuerwehr und Müllabfuhr werden kostenlos gestellt. Aber auch für Innenaufnahmen stehen inzwischen moderne Einrichtungen zur Verfügung, die sich fast mit Hollywood messen können.

Die berühmten Astoria-Studios auf der anderen Seite des East Rivers, in denen einst Welttars wie Gloria Swanson, Rudolph Valentino, Noël Coward, Frederick March, Gary Cooper und W.C. Fields vor der Kamera standen, wurden – nach einer dreißigjährigen Periode des Verfalls – seit Anfang der siebziger Jahre wieder hergerichtet, erweitert und mit privaten Investitionen auf den neuesten technischen Stand gebracht.

Im neuen, mit dreißig Millionen Dollar errichteten Kaufman-Astoria-Studio entsteht gegenwärtig die Steven Spielberg-Produktion „The Money Pit", eine typisch New Yorkische Komödie. Und Richard Benjamin, der Regisseur dieses Films, erklärte dazu: „Wir brauchen einfach New Yorker Typen und New Yorker Witz. Das läßt sich nicht nach Kalifornien exportieren, ohne an Echtheit und Vitalität zu verlieren".

Der New Yorker Woody Allen, der in Hollywood und im Ausland gedreht hat, arbeitet in seiner Heimatstadt am allerliebsten. Er begründet das auf die ihm eigene, unorthodoxe Weise überzeugend so: „Hier kann ich aus dem Studio über die Straße gehen und mir im Deli-Laden rasch ein Sandwich kaufen. Hier kann ich auch mal eben nach Hause fahren und mir einen Pullover holen. Wo hätte ich das denn sonst?"

ERNST HAUBROCK



Flächen von leuchtender Farbigkeit: Paul Gauguins „Zauberer von Hiva-Oa" (1902). Aus der Ausstellung in Saint-Germain-en-Laye FOTO: KATALOG

Paris zeigt das Frühwerk des Malers Paul Gauguin

Wie grün ist der Baum?

Der Weg Gauguins" ist die erste bedeutende Ausstellung im noch jungen „Musée du Prieuré" in Saint-Germain-en-Laye, wenige Kilometer westlich von Paris. Es ist untergebracht in einem reizenden alten Palais, das Madame de Montespan, eine Maitresse Ludwig XIV., 1678 erbauen ließ und das später dem Nabi-Maler Maurice Denis als Wohnhaus und Atelier diente. Seit seiner Eröffnung 1980 birgt es vor allem Werke der französischen Symbolisten und Nabis („Propheten"), also von Denis selbst, von Emile Bernard, Paul Sérusier, Pierre Bonnard, Louis Anquetin, Félix Vallotton und Charles Filiger.

Gauguin war in seiner bretonischen Zeit, also in den 1880er Jahren, Vorbild und Mittelpunkt dieser Gruppe, die nach ihrem Aufenthaltsort nahe der südbretonischen Küste auch den Namen „Schule von Pont-Aven" führt. Es war der erste künstlerische Höhepunkt im schwierigen Leben Paul Gauguins.

1848 geboren, verbrachte er seine frühe Kindheit in Peru. Nach dem Tod des Vaters in die französische Provinz zurückgekehrt, geht er mit 14 Jahren nach Paris und umfährt, gerade erwachsen, als Offiziersanwärter bei der Handelsmarine die Welt. Nach der Teilnahme am Krieg 1870/71 arbeitet er bei einem Pariser Börsenmakler. Einer seiner Kollegen dort, der junge Amateurmaler Emile Schuffenecker, weckt sein Interesse für die Kunst. Gauguin beginnt zu malen, „nachts und an Feiertagen", wie er später schrieb.

1873, im Jahr seiner Hochzeit mit der Dänin Mette Gad, stellt er erstmalig mit den Impressionisten aus. Häufig hält er sich nun bei Pissarro in Pontoise auf. Die Malerei wird ihm so wichtig, daß er beschließt, sich ihr ganz zu widmen. Nach einem ersten Bretagne-Aufenthalt 1886 und seiner ersten eigenen Ausstellung in Theo van Goghs Pariser Galerie arbeitet er 1888 erneut mit Sérusier und Bernard in der Pension Gloanec in Pont-Aven.

In dieser Zeit rückt er langsam von der impressionistischen Malweise ab. Maurice Denis erklärt er: „Wie sehen Sie diesen Baum? Ist er nicht grün? Also nehmen Sie das schönste Grün Ihrer Palette." So kommt Gauguin zu geschlossenen, übersteigerten, oft leuchtenden Farbflächen. In dieser neuen Technik malt er zunächst die bretonischen Menschen und religiöse Motive wie das „Autoportrait au Christ jaune" von 1889.

Im Winter 1888 besucht Gauguin in Arles Vincent van Gogh. Aber das gemeinsame Schaffen der beiden impulsiven Männer endet nach kurzer Zeit tragisch. Gauguin geht 1891 nach Tahiti, kehrt dann wenig später noch einmal für knapp zwei Jahre nach Frankreich zurück, aber das einfache Leben und die unberührte Natur lassen ihn nicht mehr los.

Die Ausstellung legt den Schwerpunkt auf die frühen Jahre Gauguins. Es ist also weniger das gewohnte Tahiti-Ambiente, dem man hier begegnet, sondern es sind die strengeren bretonischen Bilder. (Bis 2. Februar; Katalog 200 Franc, kleiner Führer 5 Franc.)

MICHAEL SIEBERT

JOURNAL

Deutsche Archäologen fanden Olympia-Dorf

dpa, Athen

Deutsche Archäologen haben auf dem Gelände des antiken Olympia auf dem Westpeloponnes ein Gebäude, das bisher für einen Teil einer römischen Bäderanlage gehalten worden war, als Stück von einem „Olympischen Dorf" der Antike identifiziert. Der Ziegelbau aus der Zeit von etwa 200 n. Chr., dessen Mauern noch in originaler Höhe aufrecht stehen, war vermutlich ein Athleten-Quartier. Dafür spricht die repräsentative Bauanlage und die luxuriöse Ausstattung.

Neuer Direktor der Niederländischen Oper

dpa, Amsterdam

Der aus der „DDR" stammende Dirigent Hartmut Haenchen wird als Nachfolger des vorzeitig ausscheidenden Edo de Waart musikalischer Direktor der Niederländischen Opern-Stiftung in Amsterdam und Chefdirigent des Niederländischen Philharmonischen Orchesters. Der 43 Jahre alte Musiker übernimmt seine neue Position am 1. Dezember 1986. Der Vertrag läuft bis 1. August 1989. Haenchen soll jährlich mindestens drei Produktionen dirigieren und mindestens 24 Wochen im Jahr in Amsterdam zur Verfügung stehen.

Mitarbeiter für die „Documenta 8" benannt

dpa, Kassel

Für die Kasseler „Documenta 8", die für das Jahr 1987 geplante bedeutende Schau von Avantgardekunst, sind jetzt die wichtigsten Mitarbeiter benannt worden. Es gehören dazu Wulf Herzogenrath, Direktor des Kölnischen Kunstvereins, Arnim Zweite, Direktor der Städtischen Galerie im Lenbach-Palais München, der italienische Kunstkritiker Vittorio Fagone und Edward Fry, Kunsthistoriker aus den Vereinigten Staaten. Gemeinsam mit diesen international angesehenen Beratern will Schneckenburger, der künstlerische Leiter der Schau, Konzept und Programm der „Documenta 8" vorantreiben. Sie soll vom 12. Juni bis zum 20. September 1987 stattfinden.

Nationalpreise für Tapiès und Mnouchkine

dpa, Paris

Der spanische Maler Antonio Tapiès ist mit dem französischen Großen Nationalpreis für Malerei ausgezeichnet worden, die Theaterregisseurin Ariane Mnouchkine und ihr „Théâtre de Soleil" bekamen den Großen Nationalpreis für Theater. Den Nationalpreis für Literatur erhielt Pieyre de Mandiargues, den Preis für Skulptur der Belgier Pol Bury, den für Musik der französische Komponist Pierre Henry. Für seine Chansons wurde Eddy Mitchell ausgezeichnet.

Deutsch-jüdische Geschichte

DW. Wittlich

Vor 75 Jahren wurde in Wittlich in der Eifel die neue Synagoge eingeweiht. Aus diesem Anlaß zeigt die Stadt in dem 1938 zerstörten und 1976 als Kultur- und Tagungsstätte rekonstruierten Haus die Ausstellung „Bilder aus der deutsch-jüdischen Geschichte". Sie beginnt mit Urkunden, die 1316 die Ansiedlung von Juden in Wittlich dokumentieren und bezieht als Abschluß eine Gemeinschaftsarbeit von Schülern der Realschule ein, die dem Schicksal der Wittlicher Juden unter dem Nationalsozialismus nachgingen. (bis 31. Dez., Katalog: 6 Mark).

V. Vicas gestorben

dpa, Paris

Der amerikanische Filmregisseur Victor Vicas ist, 65jährig, in Paris an den Folgen eines Herzinfarktes gestorben. Der in Rußland geborene Vicas lebte seit Jahren in Paris. Bekannt wurde er mit Arbeiten wie „Herr über Leben und Tod" mit Maria Schell, „Zwei unter Millionen" mit Hardy Krüger und „Die Frau des anderen" mit Giulietta Masina. In den letzten Jahren hatte er sich vorwiegend dem Fernsehen gewidmet. Er starb während der Dreharbeiten an einer weiteren Folge zu seiner Serie „Die Brigaden des Tigers".

R. Schwarz-Schilling †

dpa. Berlin

Der Komponist und Kompositionslehrer Reinhard Schwarz-Schilling ist im Alter von 81 Jahren in Berlin gestorben. Das Werk Schwarz-Schillings, Vater des Bundespostministers Christian Schwarz-Schilling, umfaßt Orchester- und Orgelstücke, Vokalkompositionen und Kammermusik. Er setzte sich mit der abendländischen Musiktradition in einer musikalischen Sprache der Gegenwart auseinander, ohne dabei die Tonalität zu verlassen. Der gebürtige Hannoveraner wirkte als Chordirigent und Lehrer für Orgelspiel in Innsbruck und lehrte seit 1938 bis zu seiner Emeritierung 1971 an der Berliner Musikhochschule.

Jazz und Kastagnetten: Martha Argerich spielte Ravel beim WDR in Köln

Als wär's ein Nocturne von Mozart

Einiges wird sich ändern im Kölner Konzertleben, wenn im September nächsten Jahres die neue Philharmonie (im Bau des Wallraf-Richartz-Museums / Museum Ludwig) eröffnet wird, ein Konzertsaal, den sich das städtische Gürzenich-Orchester und das Kölner Rundfunk-Sinfonie-Orchester teilen werden. Zum erstenmal in seiner Geschichte werden die WDR-Sinfoniker dann auch ein Abonnement auflegen können, woran in den bisherigen beschränkten Raumverhältnissen des Sendesaals nicht zu denken war.

Das bedeutet aber auch, daß in Köln erst einmal wieder ein breiteres Publikum für Konzerte interessiert werden muß: Bisher war man ja um jeden froh, der sich nicht um Karten bemühte. So zieht der WDR neuerdings mit seinen Konzerten häufiger in den Gürzenich um, der immerhin schon doppelt so groß ist wie der eigene Sendesaal. Und der Dirigent Gary Bertini sucht nach Programmen, die sich wohltuend vom sinfonischen Einerlei abheben.

Jüngstes Beispiel: Ein Abend mit der „Benvenuto Cellini"-Ouvertüre von Berlioz, Ravels G-Dur Klavierkonzert, Milhauds „Le Bœuf sur le toit" und Ravels „La Valse". Der besondere Clou dieses Abends der musikalischen Haute Couture war jedoch die Solistin des Ravel-Konzerts: Martha Argerich. Und sie, die leider ja so häufig absagt in letzter Minute, spielte tatsächlich: mit Lust, Laune und ihrem wunderbaren Können.

Daß sie immer noch die alte ist, auch seit sie in Frankreich lebt und das Leben etwas ruhiger nimmt, soll nicht verschwiegen sein: Es gab ein paar Sekunden der Geistesabwesenheit, die prompt zu ein paar falschen Tönen führten. Aber das wurde doch gleich wieder abgefangen, hatte keine weitere Bedeutung. Die Argerich malte Ravels Konzert mit schönster Inspiration aus.

Da ist vor allem der zweite Satz, Adagio assai, das traumverlorene Nocturne, der wohl feinste und sanfteste, ja edelste langsame Klaviersatz seit Mozart. Der Argerich zuzusehen, wie sie fein die Tasten knetet dabei, enthüllt schon manches von ihrem Spiel. Die Sanftheit geht eine ganz merkwürdige Verbindung ein mit Nachdrücklichkeit, Weichheit und Strenge paaren sich, das somnambule Fortspinnen der Komposition wird durchdrungen vom klaren Blick für die Form. Musik wirkt zerbrechlich und ist sich doch ihrer selbst ganz sicher.

Der jazzige Zug des ersten Satzes, der baskische Tonfall des Presto-Finales mit seinen Kastagnetten-Rhythmen ließen die anderen Facetten Martha Argerichs schillern: Das wirbelnde pianistische Temperament, ihren Schwung und vor allem jene Gabe, auch im raschen Tempo noch ganz genau zu formulieren, zu pointieren, so daß mancher Lauf, manches Geklingel, das sonst nur virtuose Geste ist, plötzlich doch musikalischen Sinn verrät. Im Spiel der Argerich hat Ravels Konzert keine überflüssige Note. Selbst die Quasi-Improvisando-Allüren des Jazzstücks gewinnen ungeheuren Nachdruck. Ach, war das eine Freude, diesen seltenen Gast auf dem Podium wiederzusehen – und in so splendider Form wiederzuhören!

REINHARD BEUTH



Musikalische Haute Couture und baskische Rhythmen: Die argentinische Pianistin Martha Argerich FOTO: CAMERA PRESS

Kompendien praktischer Kunst: Jahrbücher der Graphiker und Photo-Designer

Schlag nach bei den Surrealisten!

Das Lob des Trivialen kursiert allenthalben. Die Unterhaltungsliteratur vergangener Zeiten wie die gegenwärtigen Heftchenromane sind längst Gegenstand ernsthafter germanistischer Übungen und Untersuchungen. In der Malerei erfreuen sich die folkloristischen und die naiven Maler eines regen Zuspruchs der Wissenschaft wie des (kaufenden) Publikums. Man sammelt Flugblätter und Bilderbogen, Comics und Plakate, Ladenschilder und Werbebilder – vorausgesetzt, sie sind mit der Patina des Nostalgischen gesalbt.

Der Kitsch und die Gebrauchskunst der Jahrhundertwende gelten als museumswürdig. Die Bilder, die den gegenwärtigen Werbestil prägen, die Illustrationen und Photos in Zeitschriften oder Anzeigen, in Broschüren oder auf Plakaten werden dagegen nur in der das Triviale angeblich zur Kunst adelnden Pop-Art geduldet.

Hinter einer solchen Haltung steckt ein erstaunlicher Hochmut. Das machen Jahrbücher und Nachschlagewerke bewußt, die eigentlich nur sehr praktischen Zielen dienen wollen, die Photographen, Illustratoren und Graphik-Designer den möglichen Kunden vorzustellen trachten. Es sind die zehnte Ausgabe des „Art Directors' Index to Photographers", die fünfte des „Art Directors' Index to Illustration, Graphics & Design", die Nr. 1 des „Omnibook", das die italienischen Gebrauchsgraphiker und Photographen bündelt, und „Photographis 85" mit den besten Beispielen des Photo-Designs.

Diese Bände sind erstaunliche und anregende Kompendien praktischer Künste. Denn längst genügen ein simples Produkt-Photo oder ein Pin-up-Girl nicht mehr, um eine Ware zu verkaufen. Außerdem beschränkt sich die Arbeit der Graphik- und Photo-Designer keineswegs nur auf die Werbung. Die Zeitschriften-Illustration gewinnt immer stärkere Bedeutung, manche Photographen arbeiten nur für Kalender, und die Schallplattenhüllen haben sich längst zu einem artistischen Genre eigener Prägung ausgewachsen.

Die Gedankenwelt der Surrealisten wurde dabei auf vielfältige und witzige Weise popularisiert, auch durch die Photographie. Nicht zufällig verkündet Thomas Herbrich selbstbewußt „Alles, was man zeichnen kann, ist fotografierbar". Und die Zeichner belegen, daß auch die Umkehrung richtig ist. Die vier Bände stecken dafür voller überraschender Beispiele.

Im Gegensatz zur sogenannten „freien" Kunst müssen die Graphik- und Photo-Designer allerdings ihr Handwerk beherrschen. Dadurch erst werden sie in die Lage versetzt, mit allen Stilen zu spielen, Elemente der alten Meister genauso zu verwenden wie Anspielungen auf die Melies-Filme, fremde Manieriertheiten genauso zu persiflieren, wie eine eigene Handschrift zu entwickeln.

In einer Hinsicht unterscheiden sich diese praktischen Künstler allerdings meist von ihren „freien" Kollegen: Sie sind gewöhnlich optimistisch, haben Witz, neigen dazu, selbst ernste Dinge mit Humor zu nehmen. Und das ist offenbar eine Sünde wider die Kunst. Denn einer der wenigen Gebrauchsgraphiker, die es außerhalb der Branche zu einiger Bekanntheit gebracht haben, ist Gottfried Helnwein mit seinem fotorealistischen Pessimismus.

PETER DITTMAR

„Art Dirctors' Index to Photographers No. 10" Vol. I (Europa), 440 S., 130 Mark; Vol. II (The Americas, Asia and Australasia) 448 S., 130 Mark
„Art Directors' Index to Illustration, Graphics Design No. 5", 456 S., 150 Mark
„Omnibook No. 1", 368 S., 130 Mark
alle drei: Rotovision, Genf, über Dely Buchvertrieb, Essen
„Photographis 85", hrsg. v. Walter Herdeg, Graphis Press, Zürich, 220 S., 532 Abb., 138 Mark

KULTURNOTIZEN

Das Festival des phantastischen Films findet vom 11. bis zum 18. Januar in Avoriaz statt.

Volkstümliche Keramik vom Niederrhein zeigt das Museum der Stadt Duisburg vom 15. Dezember bis 26. Januar.

Natur und Antike in der Renaissance heißt eine Ausstellung im Frankfurter Liebieghaus, die bis zum 2. März geöffnet ist.

André Froissard, französischer Schriftsteller, ist in Paris mit dem neugegründeten Byzantion-Preis geehrt worden, der einem Werk gilt, das sich für religiöse Werte und für das geistige Erbe des byzantinischen Reiches einsetzt.

Die Quadriga des Pariser „Arc de Triomphe du Caroussel" ist jetzt zum großen Teil restauriert und wieder zu sehen.

Marionetten aus Asien sind bis zum 2. März 86 im Pariser „Louvre des Antiquaires" ausgestellt.

Die Maiselsynagoge in Prag mit ihrer einzigartigen Ausstellung von Silbergegenständen ist wegen Renovierungsarbeiten für längere Zeit geschlossen worden.

Man nennt ihn „Ol' Blue Eyes“ oder „The Voice“: Frank Sinatra – eine amerikanische Legende – wird morgen 70 Jahre alt

Weltbürger aus Hoboken – zwielichtig und genial

Man nennt ihn „The Voice“, die Stimme oder, wie er's selbst am liebsten hat, „Ol' Blue Eyes“, Altes Blauauge, ein Spitzname, der Vertrauen, Ehrlichkeit und moderates Temperament assoziieren läßt.

Wer seinen Namen hört, denkt an Lieder wie „Pennies From Heaven“, „Witchcraft“, „New York, New York“ und, natürlich, „Strangers in the Night“, an jene Stimme, aus der jener „persönliche Magnetismus“ zu erklingen scheint, „der Revolution auslösen kann“, wie Billy Wilder es an seinem Wesen konstatierte.

Nicht weniger als 40 Millionen mehrheitlich weiblicher Fans im Teenager- und Twenalter hatten sich schon Mitte der vierziger Jahre in satten 2000 Fanclubs in den USA organisiert, um dem Mann mit den sizilianischen Einwanderer-Eltern aus Hoboken, New Jersey, zu huldigen. Heute sind die Anhängerinnen des zum vierten Mal verheirateten Vaters dreier Kinder ein ganzes Stück älter, sind Damen der oberen Mittelklasse mit jeder Menge Nostalgie im Herzen.

Seine Musik, jene so unnachahmliche Mixtur aus Jazz, Swing und Dance-Band-Stil, vorgetragen mit einer Stimme, die dem Sprechgesang stets näher war als dem vollkehligen Kunstgesang, das „magnetische“ Timbre mit dem Naturtalent für alle blue notes und ganz bewußt eingesetzten Lässigkeiten im Umgang mit dem tonalen Material – so klingt ein ausgemachter Macho, und so klingt er schon seit eh und je, auch wenn ihm seit rund zehn Jahren hier und da mal die Stimme wegbleibt: Das tut nichts zur Sache, der Mann selbst ist Attraktion genug.

Das wußten und wissen nicht nur Bobbysoxers von damals und verzückte Ladies von heute: Frank Sinatra, als bettelarmes Immigrantenkind geboren, verkörpert als Sänger und Schauspieler vor allem auch Amerikas Ideal vom Selfmademan.

Neun war Frankie, als er schon zum Lebensunterhalt der Familie beitragen mußte, ein schlechter Schüler, der alles Lebenswichtige in den Straßen von Hoboken erlernte, wo man, ebenso wie in New York oder Chicago, am ehesten mit der Kunst vertraut gemacht wird, sich hemmungslos durchzubeißen.

FOTO: CAMERA PRESS

In der Kapelle der Demarest High School machte er erste musikalische Erfahrungen, boxte und schrieb schon mit 14 Jahren für den „Jersey Observer“ kleinere Sportreportagen: Journalist wollte er werden, doch besiegte ihn am Ende, was wohl jeder Sizilianersohn vor allem anderen im Blut hat – die Musik, der Gesang. Und als er, 1937, 22 Jahre alt war, rief er das Vokalquartett „The Hoboken Four“ ins Leben. Zwei Jahre später sang er schon bei Harry James, 1940 dann bei Tommy Dorsey. Und als in Europa der Krieg aus war, stand Frank Sinatra in der Gunst des Publikums ganz oben – als Sänger im Radio und Konzertsaal und nun auch schon als Schauspieler eher schwächlicher Musikfilme à la „On the Town“ ...

1953 kletterte der zu seinem Leidwesen nur um 1,67 Meter groß geratene Mann – seine genaue Größe war ein stets ebenso gehütetes Geheimnis wie sein Privatvermögen, das auf rund 500 Millionen Mark geschätzt wird – auf der Qualitätsleiter ganz nach oben: Seine Darstellung als Maggio in „Verdammt in alle Ewigkeit“ brachte ihm den Oscar ein. Fortan ging es filmisch Schlag auf Schlag: „Der Mann mit dem goldenen Arm“, „High Society“, „Can Can“ und „Vier für Texas“ oder „Sieben gegen Chicago“. Am liebsten sah die Welt ihn gemeinsam mit Kennedy-Schwager Peter Lawford, Dean Martin und Sammy Davis jr., immer als Schlitzohr, Gangster, Zocker und bärbeißiger Haudrauf, der zunehmend nicht mehr nur auf der Leinwand herumprügelte, sondern auch im privaten Leben. Er verdrosch (Ehe-)Frauen, aufdringliche Interviewer und Fotoreporter – überhaupt war Frankieboys Leben immer auch jede Menge Schlagzeilen wert.

Das Kapitel für sich: Sinatra und die Mafia. Bekannt ist die – nie offiziell dementierte – Geschichte, nach der er, um früher aus dem Vertrag mit Dorsey herauszukommen, sich seines Paten Willie Moretti bediente, der Dorsey mit vorgehaltener Pistole zur Aufkündigung des Vertrages zwang. Bekannt auch ist, daß Sinatra 1947 in Havanna mit den beiden Capone-Vettern Fischetti einen Koffer mit zwei Millionen Dollar zu dem großen Gangsterboß Lucky Luciano, brachte, und sich später im Nachlaß Lucianos ein goldenes Zigarettenetui mit der Widmung befand: „Dem lieben Kameraden Lucky von seinem alten Freund Frank“.

1956 fand man im Adreßbuch des Profikillers Mickey Cohen auch Sinatras Adresse. 1965 setzte das FBI den berüchtigten Momo Ciancana fest, der der Mafia jährlich steuerfreie zwei Milliarden Dollar verschaffte. Frankie sollte aussagen, drückte sich aber.

Der Mafia-Geruch blieb. Die Kennedys ließen daraufhin ihren Gönner fallen. Aber Reagan bewahrt ihm die Treue, auch wenn er seinem Freund 1981 diskret bedeutete, er solle sich bei seinen Geschäften besser nicht auf den amerikanischen Präsidenten berufen. Sinatra hatte sich beim Erwerb einer Spielbankenlizenz in Atlantic City des Reagan'schen Leumunds bedienen wollen.

Mißtrauen, Verdachtsmomente, Gerüchte – kein Wunder jedenfalls, daß der „King“ aus Hoboken einen besonderen Rochus auf die Presse hat – ebenso sprichwörtlich schon wie die Bewunderung seiner Fans.

ALEXANDER SCHMITZ

Stimme bleibt Stimme: Was macht es, wenn sie hier und da mal wegbleibt. Der Mann selber ist Attraktion genug. FOTO: HESTIAN-VERLAG

Schadenersatz bei falschen Testberichten

dpa, Karlsruhe

Falsche Testberichte der Stiftung Warentest können Schadenersatzansprüche begründen. Dies entschied der VI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) in einem gestern veröffentlichten Urteil. Nach Feststellung der Karlsruher Richter hatte die Stiftung im Juli 1982 in der Zeitschrift „Test“ einen Preisvergleich über Lebensmittelpreise in Supermärkten, Warenhäusern und Lebensmittelgeschäften veröffentlicht, wobei Geschäfte gleichen Namens unter einer Rubrik zusammengefaßt wurden. So geschehen mit den „Globus“-Läden, obwohl drei der genannten zu einer anderen Gruppe gehörten. Die Globus-Gruppe klagte vor Gericht die 200 000 Mark Anzeigenkosten zur Aufklärung des Irrtums als Schadenersatz ein.

Haftstrafe für Pop-Musiker

K. P. Wien

Der österreichische Baßgitarrist Harald Fendrich, Bruder des bekannten Pop-Sängers Reinhard Fendrich, wurde gestern wegen Drogenhandels zu zwei Jahren Gefängnis und umgerechnet 114 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Prozeß war einer in einer Reihe ähnlicher Verfahren, in die bekannte Musiker verwickelt sind. Fendrich wurde für schuldig befunden, 400 Gramm Kokain an Drogenkonsumenten weitergegeben zu haben. Nicht nachgewiesen werden konnte ihm jedoch ein Handel mit 4,5 Kilogramm Kokain.

Elektronik unterschlagen

hy. Paderborn

Zwei leitende Angestellte bei der Paderborner Computerfirma Nixdorf, ein 41jähriger Österreicher und ein 44jähriger Deutscher, haben elektronische Teile im Wert von mehr als fünf Millionen Mark privat verkauft. Scheinfirmen vor allem in Süddeutschland übernahmen den Vertrieb des unterschlagenen Guts. Die Spuren der Abnehmer führen bis nach Jugoslawien.

Blockade-Fahrer verurteilt

dpa, Bülach/Schweiz

Wegen Nötigung wurden drei Beteiligte an der landesweiten Grenzblockade-Aktion schweizerischer Lastwagenfahrer vom 4. Februar verurteilt. Das Gericht verhängte gegen zwei Tranportunternehmer 14 bzw. sieben Tage Haft, in einem Fall zusätzlich rund 3600 Mark Buße. Der dritte Mann kam mit einer Geldstrafe von umgerechnet 850 Mark davon.

Zusammenarbeit ausweiten

dpa, Bonn

Bundesgesundheitsministerin Rita Süssmuth (CDU) hat sich anläßlich der Kuratoriumssitzung der Deutschen Krebshilfe für eine stärkere Zusammenarbeit staatlicher Stellen mit der Deutschen Krebshilfe ausgesprochen. Unter anderem hob sie hervor, daß die Deutsche Krebshilfe vor allem dort erfolgreich tätig sei, wo der Bund keine direkte Kompetenz habe oder die öffentliche Hand zu zeitraubend arbeitet.

Tote bei Wohnungsbrand

AP, Kiel

Drei Todesopfer forderte ein Wohnungsbrand in der Nacht zum Dienstag in Kiel. Das Feuer war aus ungeklärter Ursache in der zweiten Etage eines Wohnhauses ausgebrochen. Eine 28jährige Frau und ihre beiden drei und sechs Jahre alten Kinder konnten nur noch tot geborgen werden.

Nicht nur für Behinderte

AP, München

Parkplätze für Schwerbehinderte sind nicht allein Behinderten vorbehalten, die das Auto selbst lenken, sondern auch für „gesunde“ Autofahrer, wenn sie zum Beispiel einen Behinderten zum Arzt bringen. Die Parkvergünstigung dürfe schon deswegen nicht auf Schwerbehinderte beschränkt bleiben, weil viele von ihnen wegen ihrer Behinderung nicht im Besitz eines Führerscheins sein können. Das entschied das Bayerische Oberste Landesgericht in einem gestern vom ADAC veröffentlichten Urteil (Az.: 2 OB Owi 114/85).

LEUTE HEUTE

Was einer auslöst...

Eigentlich hatte **Dieter Spöri**, Finanzexperte der SPD im Bundestag, ja die Großkonzerne im Visier gehabt, als er von Steuerflucht nach Monaco sprach. Doch dann ist ihm dabei auch der Name **Boris Becker** über die Zunge gegangen – und das hat für ihn ungeahnte Folgen ausgelöst. Auf seinem Schreibtisch im Bonner Abgeordnetenhochhaus stapeln sich die Briefe, in denen er von den einen als „politischer Steuerraubritter“ bezeichnet, von anderen für seinen Vorstoß Verständnis und Zustimmung erntete. Am liebsten jedoch wäre Spöri die Geister, die er rief, wieder los. „Ich bin ein Bewunderer von Boris Becker“, meinte er jetzt, „ich bin ja selbst Tennisspieler.“

...andere einlösen und

Puppen, Spielzeugautos, Modellbaukästen, Kleidung und vieles andere, was für gewöhnlich auf den Weihnachtswunschlisten von Kindern und Erwachsenen steht, werden heute in der nüchternen Kantine der 22. Pionier-Brigade der US-Armee in Frankfurt aufgebaut sein. Denn die amerikanischen Soldaten lösen, wie alljährlich, eine gute Tradition ein: Sie wollen zu Weihnachten Waisenkindern und alten Menschen eine Freude bereiten. Wie **Tom Kilcrease** (38), Pressesprecher der Brigade, erzählte, sind heute 30 elternlose Kinder aus einem Waisenhaus und ebenso viele Alte aus einem Frankfurter Altenheim zu Gast bei den Amerikanern. Jeder Soldat wird sich um einen kleinen oder großen Gast persönlich kümmern und ihm das Geschenk überreichen, das er sich gewünscht hatte.

Journalisten anrichten

Es ist kein Geheimnis: Im politischen Bonn versucht jeder sein Süppchen zu kochen und so mancher muß die Suppe auslöffeln, die ihm von anderen eingebrockt wurde. Journalisten wissen ein Lied davon zu singen. In der Landesvertretung von Rheinland-Pfalz haben sie jetzt verraten, was sie selbst so anzurichten pflegen, in der Küche natürlich. Die Idee, Leute von Presse, Funk und Fernsehen ein Kochbuch schreiben zu lassen, kam von **Hannelore Kohl**, der Frau des Bundeskanzlers. Und alles für einen guten Zweck: Ein Teil des Erlöses für das Kochbuch „Was Journalisten anrichten“ (24,80 Mark) geht an Unfallopfer mit Schädigungen des zentralen Nervensystems. Die 169 Rezepte reichen von Rustikalem aus deutschen Landen bis zu exotischen Kreationen, je nach Temperament der Schreiber, unter ihnen Kanzlerberater **Eduard Ackermann** und Regierungssprecher **Friedhelm Ost**. Zu später Stunde kam auch Kanzler **Helmut Kohl** vorbei. Auf die Frage: „Wie kocht denn Ihre Frau?“ meinte er schlagfertig: „Den Erfolg sehen Sie doch an mir.“

Russin auf Suche nach rettendem Engel

1942 als Säugling an Meningitis erkrankt / Im deutschen Lazarett von Kursk geheilt

uhl. Stuttgart

„Ich weiß, daß ich einem deutschen Militärarzt mein Leben verdanke. Ich möchte diesen Arzt gerne finden, um ihm zu danken.“ 43 Jahre ist es jetzt her, daß sie gerettet wurde. Doch jetzt erst erzählte die sowjetrussische Staatsbürgerin Olga Homenya, die heute als Musikpädagogin in der Bundesrepublik Deutschland lebt, der WELT ihre Geschichte.

Es war in den Sommermonaten des Kriegsjahres 1942. Die deutsche Wehrmacht hatte die Stadt Kursk erobert und besetzt, als die kleine Olga, Ende 1941 geboren, an Meningitis erkrankte. Ihre „Babuschka“, die Großmutter Helena Ospenskij, hat ihr später die dramatische Begebenheit immer wieder erzählt. Danach war die Krankheit des Mädchens rasch fortgeschritten und immer bedrohlicher geworden, die letzte Stunde schien gekommen. „Da riß mich meine deutschsprechende Großmutter in ihrer Verzweiflung an sich und lief aus dem Haus, zum deutschen Militärhospital.“

Was dort geschehen sein muß, grenzt an ein Wunder. Ein deutscher Militärarzt nahm das Kind stationär auf, punktierte es, behandelte es mit Medikamenten und gab es, nun schon auf dem Wege der Besserung, nach vier Tagen den Eltern zurück. Er schärfte ihnen noch ein, dem Kinde „Masla und Zachar“ zu geben, Butter und Zucker.

Was an dieser Überlieferung wahrheitsgetreu ist, läßt sich nicht mehr feststellen, Großmutter und die Eltern sind tot. „Fest steht aber“, so Frau Homenya, „daß ich gesund wurde. Und fest steht auch, daß der damalige Militärarzt als Kinderarzt in Österreich gearbeitet hatte. Er war groß, blond und noch jung. Jedenfalls berichtete dies meine Großmutter, und die war eine kleine Frau.“

In den Erzählungen der Familie im Hause am Stadtrand von Kursk, Walowaja Nr. 28, wurde es als Wunder betrachtet, daß ein Deutscher in dieser grausamen Zeit so menschlich gehandelt hat. „Das alles hat mein Leben unbewußt begleitet“, so die Russin. „Ist es möglich, diesen Arzt ausfindig zu machen?“

Das Militärarchiv in Freiburg im Breisgau läßt einige Funken Hoffnung: Bei den vielen Truppenteilen, auch Sanitätstruppenteilen, die zwischen Ende 1941 und Anfang 1943 in und um Kursk eingesetzt gewesen seien, würde es nicht leichtfallen, den Mann zu finden, falls er überhaupt noch lebe. Aber unmöglich sei es nicht. (Die Adresse der Russin liegt der Redaktion vor)

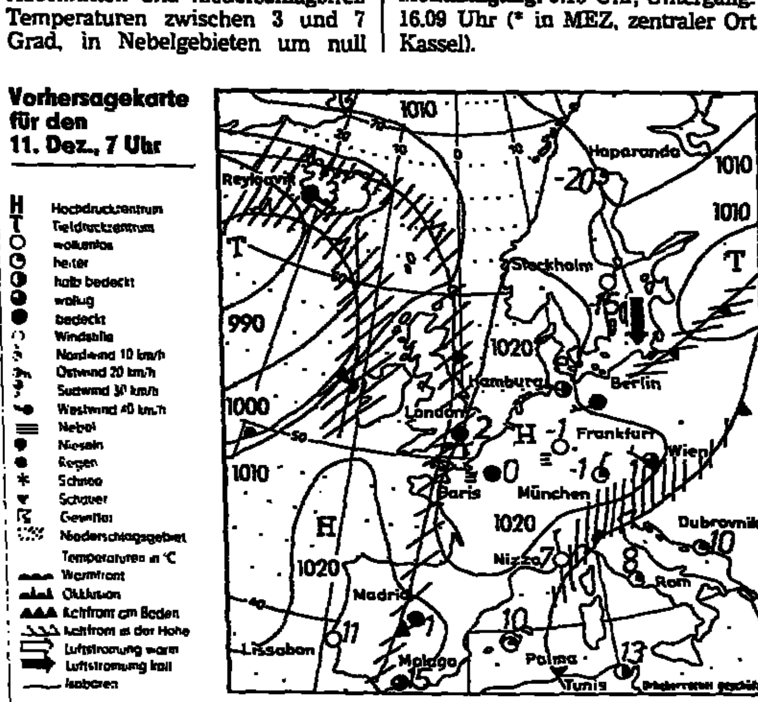
WETTER: Nachtfrost

Lage: Über Mitteleuropa kommt es zum Aufbau einer Hochdruckzelle, in der feucht-kalte Luft unser Wetter bestimmt.

Vorhersage für Mittwoch: Im Osten und Südosten anfangs noch stark bewölkt aber abklingende Niederschläge, sonst teils neblig-trüb, teils aufgelockert mit tagsüber sonnigen Abschnitten und niederschlagsfrei. Temperaturen zwischen 3 und 7 Grad, in Nebelgebieten um null Grad. Tiefstwerte in der Nacht zum Donnerstag null bis minus 5 Grad. Allgemein schwachwindig.

Weitere Aussichten: Teils sonnig, teils neblig-trüb weitgehend niederschlagsfrei, mit Nachfrost.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 8.18 Uhr*, Untergang: 16.13 Uhr; **Mondaufgang:** 9.13 Uhr, Untergang: 16.09 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:			Lübeck	6	bd	Faro	14	bd	Ostende	6	bw
Berlin	7	bw	Mannheim	6	he	Florenz	–	–	Palermo	17	he
Bielefeld	5	R	München	3	R	Genf	7	he	Paris	3	Ne
Braunlage	1	S	Münster	6	bw	Helsinki	-3	bd	Peking	-5	bd
Bremen	5	R	Norderney	6	bw	Hongkong	18	R	Prag	4	R
Dortmund	5	bd	Nürnberg	6	bw	Innsbruck	3	R	Rhodos	19	bd
Dresden	7	he	Oberstdorf	0	S	Istanbul	9	Ne	Rom	12	he
Düsseldorf	5	bw	Passau	1	Sr	Kairo	21	he	Salzburg	4	R
Erfurt	5	bw	Saarbrücken	5	bw	Klagenfurt	-2	Ne	Singapur	25	R
Essen	5	bd	Stuttgart	5	bw	Konstanza	6	Ne	Split	12	bd
Feldberg/S.	-4	Gr	Trier	6	bw	Kopenhagen	5	bd	Stockholm	-13	he
Flensburg	4	bw	Zugspitze	-11	S	Korfu	15	R	Straßburg	8	he
Frankfurt/M.	6	he	Ausland:			Las Palmas	20	bw	Tel Aviv	26	wl
Freiburg	6	bw	Algier	12	bw	Leningrad	-7	bd	Tokio	8	bw
Garmisch	2	Sr	Amsterdam	6	bw	Lissabon	10	bd	Tunis	15	he
Greifswald	5	R	Athen	14	R	Locarno	7	Sp	Valencia	13	he
Hamburg	4	R	Barcelona	11	he	London	4	bd	Varna	7	Ne
Hannover	5	R	Belgrad	12	bw	Los Angeles	–	–	Venedig	9	Ne
Kahler Asten	-1	S	Bordeaux	4	bw	Luxemburg	4	bw	Warschau	4	Ne
Kassel	5	R	Bozen	6	R	Madrid	3	bw	Wien	4	bd
Kempten	1	S	Brüssel	5	wl	Mailand	8	R	Zürich	5	bd
Kiel	5	bw	Budapest	4	be	Malaga	14	he			
Koblenz	7	bw	Bukarest	1	Ne	Mallorca	16	he			
Köln-Bonn	6	he	Casablanca	15	he	Moskau	-8	bd			
Konstanz	5	bw	Dublin	9	bd	Neapel	13	bw			
Leipzig	6	he	Dubrovnik	16	bd	New York	–	–			
List/Sylt	2	bw	Edinburgh	0	bw	Nizza	12	bd			
						Oslo	-11	he			

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

„Tempofix“ bereitet der Marine Kopfschmerzen

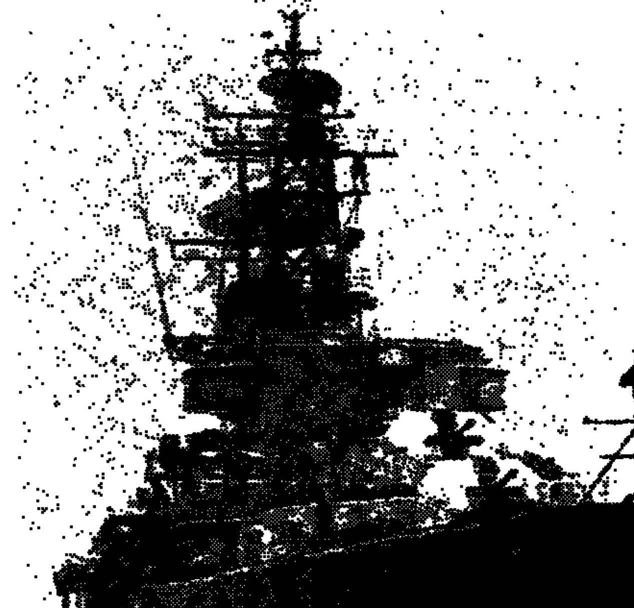
rmc. Bonn

Auf der „Deutschland“, dem Schulschiff der Bundesmarine, hatte die Besatzung in den letzten Wochen häufig mit Übelkeit und Kopfschmerzen zu kämpfen. Lange wußte niemand um die Ursache. Deshalb ließ der Kommandant Teile der Besatzung, die unter Deck arbeiteten, ihren Dienst nur mit Schutzmaske versehen, weil er vermutete, giftige Gase seien der Grund. Nach intensiven Untersuchungen, die auch im chemischen Labor vorgenommen wurden, hat sich diese Annahme als richtig herausgestellt.

Wie ein Marinesprecher gestern in Bonn mitteilte, wurde als Quelle für die Entstehung „toxischer Reizgase“ das Isoliermaterial „Tempofix“ ausgemacht, das anstelle von Asbest zur Wärmedämmung in den Kesselanlagen des Schiffes eingesetzt wurde. Dieses Material enthält Polyurethan. Beim erstmaligen Erhitzen setzt es nach Angaben des Sprechers giftige Gase frei. Asbest mußte ersetzt werden, weil dieses Material als möglicherweise krebserzeugend eingestuft worden war.

Das Schulschiff „Deutschland“, das mit einer Wasserverdrängung von knapp 5000 Tonnen zu den großen schwimmenden Einheiten der Marine gehört, befindet sich seit Monaten zur Instandsetzung auf der Werft Nobiskrug in Rendsburg. Ihre Kesselanlagen werden erneuert. Bei den seit Ende August angestellten Probefahrten litten Soldaten der Besatzung wie zivile Mitarbeiter der Werft und des Bundesamtes für Wehrtechnik an Übelkeit und Kopfschmerzen. Die sofort eingeleitete Untersuchung stieß dann auf das Wärmedämmittel.

Die technischen Anlagen wurden bis zur Klärung des Falles gesperrt. Nach Angaben des Sprechers ist das Betriebspersonal jetzt nicht mehr gefährdet. Lediglich das „Kraftwerk Mitte“ auf dem Schiff sei heute noch für den Zugang gesperrt. Die endgültige Freigabe des ganzen Schiffes sei in Kürze zu erwarten, wenn sicher sei, daß giftige Dämpfe lediglich beim erstmaligen Erhitzen des Isoliermaterials entstehen und dann nicht mehr. Das Isoliermaterial „Tempofix“ wird auch auf anderen Schiffen und Booten der Marine verwendet.



Wegen Austritts giftiger Dämpfe im technischen Bereich monatelang außer Gefecht gesetzt: Das Schulschiff „Deutschland“ FOTO: DPA

Ein Mini-Satellit aus Berlin für den kleinen Mann

DIETER DOSE, Berlin

„Warum bauen wir nicht mal so ein Ding“, fragten Studenten des Instituts für Luft- und Raumfahrt an der Technischen Universität Berlin ihren Professor. Das Ding – ein Experimentalsatellit. 1987 soll er mit dem amerikanischen „Space Shuttle“ auf seine Umlaufbahn ins All befördert werden.

„Die Idee dazu ist von den Studenten in einer Vorlesung geboren worden“, berichtet Professor Udo Renner. Das war im Frühjahr. Inzwischen haben Wissenschaftler des Instituts den Satelliten entworfen. Einen Namen hat er auch schon: „Tubsat“ (TU Berlin Satellit). Beim Bundesministerium für Forschung und Technologie werden derzeit die Finanzierungsmöglichkeiten geprüft. 70 000 Mark berechnet die amerikanische Weltraumbehörde für den Transport.

Die TU Berlin ist nicht die einzige Universität, die sich an sogenannten Kleinexperimenten im Weltraum beteiligen will. „Ähnliche Projekte werden an der Universität Marburg, in England und an der University of Utah in Amerika vorbereitet“, berichtet Renner.

„Tubsat“ wird etwa 70 Kilogramm schwer sein und aus einem sechseckigen Satellitenkörper mit einem Durchmesser und einer Länge von je 50 Zentimetern bestehen. Die Hälfte des Satellitenvolumens stehen der wissenschaftlichen „Nutzlast“ zur Verfügung. Etwa ein Jahr lang wird „Tubsat“ Meßdaten zur Erde funken, bevor er beim Wiedereintritt in die Erdatmosphäre verglüht.

„Der Satellit selbst ist eine technische Herausforderung“, betont Renner. Er wird nicht mit Treibstoff betrieben, sondern durch ein Schwungrad, neuartige Sonnen- und Sternsensoren sowie ausfahrbare Klappen zur Ausnutzung des „Fahrtwindes“. „Die elektrische Energieversorgung wird durch Sonnenzellen und während der Schattenzeiten durch Batterien sichergestellt“, erläutert der Wissenschaftler die Arbeitsweise des Satelliten.

Fünfmal am Tag, durchschnittlich je fünf Minuten, erwartet die TU Berlin von „Tubsat“ Meßdaten zur Auswertung. Sensationelle Erkenntnisse stehen aber nicht auf dem Wunschzettel des Instituts – die Betonung liegt auf Kleinexperimenten. Vor allem der wissenschaftliche Nachwuchs an den Hochschulen und möglicherweise auch an den Schulen, etwa im Rahmen der Aktion „Jugend forscht“, soll davon profitieren.

„Wir denken dabei an die Beobachtung von Waldschäden oder die Luftverschmutzung“, sagt Renner. „Interessant kann auch die Beobachtung von Flugrouten der vom Aussterben bedrohten Zugvögel sein. Vielleicht ergeben die Experimente auch völlig neue Ideen zur friedlichen Nutzung des Weltraums“, hoffen die Forscher der TU Berlin.

„Einen Mini-Satelliten für den kleinen Mann“, nennt Professor Renner „Tubsat“ in Zusammenhang mit den Möglichkeiten für Amateurfunker. Gegen diese Verwendung habe auch die Post nichts einzuwenden, weil sie den Experimentalsatelliten nicht als Konkurrenz empfindet.

Für das erwähnte Beispiel der Beobachtung der Routen von Zugvögeln habe der Satellit den Vorteil, daß er für ein Jahr „oben“ bleibt, während die amerikanischen Raumfähren, die das ebenfalls schon auf ihrem Programm hatten, meist nach einer Woche im All zur Erde zurückkehren. Professor Renner verschweigt auch einen Nachteil nicht: „Tubsat“ ermöglicht zwar Beobachtungen, bringt aber nichts zur Erde zurück.

Die Entwicklung und Herstellung des Satelliten kostet rund 2,5 Millionen Mark. An der TU Berlin ist man zuversichtlich, daß schon in den nächsten Tagen eine vorweihnachtlich gute Botschaft kommt – die Bewilligung des Betrages.

ZU GUTER LETZT

Ein Druckfehlerteufel schlich s[ich] in den Forderungskatalog der Ju[ng]sozialisten für die Bundestagsw[ahl] 1987 ein: „Gesetzliche Regelung [zur] Beseitigung von Frauen im Erwe[rbs]leben und im Sozialsystem“.

